

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	7
Globalisierung & Eine Welt	9
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	16
Stadt & Region	18
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Unternehmen	29

VERBÄNDE



Thema. Umwelt im Web 2.0	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Gesund essen in der Schule Schwerpunkt: Klimawandel	

THEMEN DES MONATS

Elektromobilität

Alte Fehler mit neuem Antrieb?

Elektrofahrzeuge können Klimaschützer sein, aber nicht so, wie es die Autoindustrie verspricht

Seite 2

EU-Meerespolitik

Fischers Fritze fehlen frische Fische

Nachdem die EU bei der Fischereipolitik jahrelang versagt hat, kommt jetzt Bewegung hinein

Seite 4

EU-Kohäsionspolitik

Autobahnen führen nicht zum Ziel

Ohne ökologische Ausrichtung ihrer Förderpolitik wird die EU am Klimawandel scheitern

Seite 5

Interview

„Jeder kann Umweltpolitik gestalten“

Schwarz-Gelb sollte nicht stigmatisiert werden, meint der Chef des Umweltbundesamts Jochen Flasbarth

Seite 23

Elektromobilität

Alte Fehler mit neuem Antrieb?

Elektrofahrzeuge können Klimaschützer sein, aber nicht so, wie es die Autoindustrie verspricht

Auch die neue Bundesregierung setzt auf elektrische Antriebe, um Verkehr klimafreundlicher zu machen. Private Elektroautos können jedoch nur einen geringen Beitrag für die CO₂-Bilanz leisten und auch dafür müssen zuerst die Rahmenbedingungen geändert werden. Trotzdem hat die Elektromobilität eine Zukunft. ■ VON WERNER REH, BUND

Zu Elektroautos haben Umweltschützer sehr unterschiedliche Ansichten. Sie reichen von vollständiger Ablehnung bis zu freudiger Zustimmung. Grund für diese extreme Bandbreite ist, dass die Autolobby, die Energieversorger und nicht wenige unbedarfte Politiker das Elektroauto als Rettungsanker für die Atom- oder Kohleenergie und für die Fortschreibung unverträglicher Mobilitätskonzepte missbrauchen wollen.

Auf der anderen Seite ist Elektromobilität eine regenerative Alternative zur fossilen Mobilität. Mit ihr sind enorme Effizienzsteigerungen verbunden. Ein Elektroauto, das mit Strom aus dem öffentlichen Netz fährt, kommt auf fast 50 Prozent Energieausnutzung – mehr als doppelt so viel wie heutige Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Hinzu kommt die starke Schadstoff- und Lärminderung in den Städten.

Robuste ökologische Leitplanken

Das von der Bundesregierung im Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität angestrebte Ziel von einer Million Elektroautos bis 2020 ist durchaus ambitioniert. Nach Berechnungen des Heidelberger IFEU-Instituts würde dadurch die in Deutschland benötigte Strommenge um zwei Milliarden Kilowattstunden oder 0,3 Prozent steigen.

Der Umwelt nützt der Elektroantrieb allerdings nur, wenn stabile ökologische Leitplanken eingezogen werden. Die Ökobilanz und die Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch müssen geklärt sein. Der Einsatz von Lithium-Ionen-Batterien darf nicht dazu führen, dass ein Ressourcenproblem beim Öl durch ein neues beim

Lithium ersetzt wird. Funktionierende Recyclingverfahren müssen durchgesetzt werden, damit der Ressourcenverbrauch nicht weiter ansteigt.

Elektromobilität ist viel mehr

Elektromobilität umfasst dabei viel mehr als nur Elektroautos. Durch Elektroautos lassen sich in den kommenden zehn Jahren nur geringe Umweltentlastungen erreichen: Etwa 0,5 bis ein Prozent der CO₂-Emissionen können bis 2020 reduziert werden. Mit elektrisch unterstützten Fahrrädern, sogenannten Pedelecs, lässt sich die Reichweite von Fahrrädern deutlich ausweiten oder in topografisch schwierigen Städten ein hoher Radverkehrsanteil erreichen. Berlin hat in den letzten Jahren seinen Radverkehrsanteil auf zwölf Prozent verdoppelt, weitere Städte verzeichnen deutliche Zuwächse. Auch für Elektroroller gibt es ein breites Einsatzfeld in Städten. Außerdem wird häufig vergessen, dass Elektromobilität bei Straßen-, U- und S-Bahnen seit mehr als hundert Jahren funktioniert und diese – wie die Stadtwerke Darmstadt zeigen – ihren Strombezug auf erneuerbare Energien umstellen können. Mehr öffentlicher Verkehr statt Autoverkehr entlastet die Städte von Kohlendioxid, Ruß, Stickoxiden und Lärm.

Aber auch die – lokal emissionsfreien – Elektroautos können zur Schadstoff- und Lärminderung in den Städten einen Beitrag liefern. Dieser wird umso spürbarer sein, wenn die Stadtregierungen die Fuhrparks, Taxi- und Carsharing-Flotten mit Elektroautos ausstatten lassen. Kurorte oder empfindliche Innenstadtbereiche können mit Nutzervorteilen für Elektroautos Nischen schaffen und Zukunftsmärkte

ankurbeln. Asiatische Städte haben durch Verbote von Zweirädern mit Verbrennungsmotoren bereits sehr positive Effekte erreicht.

Kleiner, leichter, effizienter

Die deutsche Autoindustrie hat Innovationen bei Elektroautos meist mit drei Begründungen abgelehnt: Sie seien technisch nicht machbar, zu teuer und von den Kunden nicht gewollt. Die meisten Wortmeldungen der Umweltverbände zu Elektroautos folgen unbewusst diesem Dreiklang. Sicher steht die Batterietechnik bei der Leistungsdichte und der Lebensdauer vor massiven Problemen. Trotzdem gibt es schon viele einsatzreife Elektromobile wie Pedelecs, Elektroscooter vor allem aus China oder Kleinserien von sogenannten Plug-in-Hybrids, einer Mischform aus Hybrid- und Elektroauto wie dem Renault Kangoo Elect'road. Die Batteriekosten müssen allerdings noch um den Faktor zwei oder drei sinken, bis die Fahrzeugpreise breit akzeptiert werden.

Da reine Elektroautos mit Reichweiten unter 200 Kilometern, geringem Platzangebot und niedrigen Spitzengeschwindigkeiten den gängigen Kundenpräferenzen an eine „Renn-Reise-Limousine“ widersprechen, ist eine Einbettung in ein umfassendes Mobilitätsangebot ohnehin geboten. Eine bloße Nutzung als Zweit- oder Drittauto brächte für die Umwelt nichts.

Fahrzeuge wie der mit 55 Kilowattstunden Speicherkapazität betriebene, 250 PS starke Tesla Roadster oder der Elektro-Mini von BMW werden kaum die Straßen der Zukunft bevölkern. Der E-Mini hat nur zwei Sitze, weil die 260 Kilogramm schwere Batterie mit 204 PS Leistung zu viel Platz

in diesem 1,5-Tonnen-Auto wegnimmt. Solche Modelle sind eine Fortsetzung der Energieverschwendung, nur mit anderem Antrieb.

Die deutschen Autobauer scheinen weiter auf große, schwere, übermotorisierte Fahrzeuge zu setzen. Sie wollen die Erfolge der Vergangenheit mit ihren hohen Profitmargen in eine Zukunft verlängern, die es nicht geben wird. Die auf der Automesse IAA 2009 ausgestellten Pkws deutscher Hersteller emittieren nach Auszählung des Umweltverbandes BUND im Durchschnitt über 200 Gramm CO₂ pro gefahrenen Kilometer. Die neuen deutschen Hybridmodelle hatten eine Motorisierung zwischen 370 und 485 PS und stießen im günstigsten Fall 190 Gramm CO₂ aus. Ganz im Gegensatz zum Toyota Prius, der weniger als 90 Gramm emittiert.

Klimafreundlich nur mit Zusatz-Ökostrom

Eine aktuelle, vom IFEU-Institut vorgenommene Umweltbewertung⁽¹⁾ stellt auf der Grundlage einer Ökobilanz fest, dass Elektrofahrzeuge zwar einige lokale Umweltvorteile aufweisen, jedoch nur bei Nutzung zusätzlicher erneuerbarer Energien wirklich besser als konventionelle Fahrzeuge sind. Der Aufwand für die Fahrzeugherstellung ist wegen der Batterieproduktion wesentlich höher. Wird ein Elektroauto der Kompaktkwagenklasse mit dem heutigen deutschen Strommix betrieben, hat es bei den CO₂-Emissionen keinen Vorteil gegenüber Benzinfahrzeugen. Wird das Elektrofahrzeug auf Steinkohlebasis „betankt“, liegen seine Treibhausgasemissionen deutlich über denen eines konventionellen Benzin-Pkw. Dabei sind beim herkömmlichen Pkw mit Verbrennungsmotor sogar noch große Effizienzfortschritte zu erwarten.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert eine wirtschaftliche Einspeisevergütung. Beziehen künftig Elektroautos EEG-Strom, wird dieser jedoch anderen Nutzungen entzogen. Ein Gewinn für die Umwelt ergibt sich nur, wenn die Elektroautos Regenerativstrom aus Anlagen erhalten, die zusätzlich zur EEG-Strommenge errichtet werden. Der

von der alten Bundesregierung vorgelegte Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität wollte die bis 2020 angestrebte eine Million Elektroautos – das entspricht 2,5 Prozent des Pkw-Bestandes – an zusätzlich erzeugte erneuerbare Energie koppeln. Auch die neue Bundesregierung setzt auf Elektroautos, äußert sich aber bisher nicht zur Gretchenfrage: Wo kommt die Energie her?

Dennoch ist die Nutzung der Kaufkraft im Bereich der Personenmobilität auch eine große Chance für den Aufbau zusätzlicher Kapazitäten für regenerative Energien. Gelingen wird das freilich nur, wenn eine intelligente Förderstrategie und ein Anreizsystem für die Kombination von zusätzlichen regenerativen Energien und Elektromobilität etabliert werden. Die Zusammenarbeit von Volkswagen und Lichtblick zur Erzeugung dezentraler, verbrauchnaher erneuerbarer Energien mithilfe von Blockheizkraftwerken deutet an, wie so etwas gehen kann.

Deal mit der Autolobby?

Die neue Bundesregierung will, wie schon ihre Vorgängerin, Deutschland zum Leitmarkt für Elektroautos entwickeln. Dazu fördert sie einige Kooperationsprojekte zwischen einzelnen Herstellern und Energieversorgern. Außerdem will die Bundesregierung einen Förderschwerpunkt bei der Entwicklung der Batterietechnik setzen. Wie die künftigen Tank-Infrastrukturen aussehen, ist bisher noch völlig offen.

Zur CO₂-Minderung bei Pkws können Elektroautos nur einen geringen Beitrag leisten, der bis 2020 zwischen einem und zwei Prozent liegt – sofern die Energie vollständig durch Erneuerbare bereitgestellt wird. Auch solche kleinen Beiträge sind wichtig und willkommen, aber der Löwenanteil der CO₂-Minderung müssen durch Effizienzsteigerung der herkömmlichen Pkws mit Verbrennungsmotoren geleistet werden.

Gerade hier liegt jedoch die größte Gefahr: Die Autolobby wird wahrscheinlich einen politischen Deal anstreben und von der Politik als Gegenleistung für die Markteinführung von Elektroautos den Verzicht

auf die Effizienzsteigerung bei Neuwagen fordern. Ein McKinsey-Gutachten aus diesem Jahr⁽²⁾ hat gezeigt, wie es geht: Durch Mehrfachanrechnung der Elektroautos als sogenannte Nullemissionsfahrzeuge auf den EU-Zielwert für Neuwagen – 95 Gramm CO₂ pro gefahrenen Kilometer ab 2020 – könnte mit 600.000 neuen Elektroautos im Jahr 2020 der Grenzwert auf 127 Gramm angehoben werden.

Intelligente Förderstrategie gefragt

Die Autohersteller verlangen Direktsubventionen für die Einführung von Elektroautos, wie sie bereits in Frankreich und Italien gezahlt werden, um die derzeit noch über 10.000 Euro teuren Batterien erschwinglich zu machen. Das ist genau der falsche Weg. Stattdessen sollten allgemeine Förderkriterien für emissionsarme Fahrzeuge aufgestellt werden, die an der CO₂-Reduzierung ausgerichtet und nicht an eine bestimmte Technik gebunden sind.

Zu einem intelligenten, an Umweltzielen orientierten Ausbau von Elektromobilität gibt es keine Alternative, wenn ein massiver Ausbau beim Agrosprit einschließlich weltweiter Importe für die Autotanks vermieden werden soll. Denn das Ende des billigen Erdöls steht unmittelbar bevor. Richtig angepackt, kann eine breit angelegte Strategie der Elektromobilität mit anspruchsvollen Umweltzielen langfristig einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltiger Mobilität leisten. Allerdings werden die Umweltverbände für eine solche positive Wendung hart kämpfen müssen.

Anmerkungen

- (1) Vgl. VDI-Berichte Nr. 2075 „Elektronik im Kraftfahrzeug“ vom 08.10.2009
- (2) McKinsey (2009): Roads toward a low-carbon future. New York. www.kurzlink.de/mckinsey-lowcarbon

Der Politikwissenschaftler Dr. Werner Reh leitet den Bereich Verkehrspolitik beim Bundesverband des BUND.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27586435, E-Mail: werner.reh@bund.net, www.bund.net/verkehr



EU-Meerespolitik

Fischers Fritze fehlen frische Fische

Nachdem die EU bei der Fischereipolitik jahrelang versagt hat, kommt jetzt Bewegung hinein

Europas Meere sind völlig überfischt. Bisher ist es der EU nicht gelungen, die Fangmengen wirksam zu beschränken. Doch eine öffentliche Konsultation zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik könnte nun für frischen Wind sorgen. Ein neues Bündnis von Interessengruppen will den dramatischen Niedergang der Fischbestände stoppen und endlich ein nachhaltiges Fischereimanagement in Europa durchsetzen. ■ VON VERA COELHO, SEAS AT RISK

Durch jahrzehntelangen intensiven Fischfang in den europäischen Gewässern sind die Fischbestände dramatisch zurückgegangen. Dramatisch sind teilweise auch die Auswirkungen auf Fischereiindustrie und küstennahe Regionen. Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der Europäischen Union hat damit ihr Hauptziel verfehlt, die Bestände zu stabilisieren und den Fischfang in Europa auf den Pfad der Nachhaltigkeit zu führen.

Nach Angaben der Europäischen Kommission sind derzeit 88 Prozent aller untersuchten Fischbestände überfischt. Fast ein Drittel der Bestände wird über die sicheren biologischen Grenzen hinaus genutzt, was bedeutet, dass die Bestände sich möglicherweise nicht mehr erholen können. Die europäischen Fischereien hängen heute von jungen, kleinen Fischen ab, die häufig gefangen werden, bevor sie sich überhaupt fortpflanzen können. So wird zum Beispiel der Nordseekabeljau zu 93 Prozent weggefischt, bevor er die Möglichkeit zur Fortpflanzung hatte.

Dabei müsste die EU eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen, denn sie hat einen enormen Einfluss auf die weltweite Fischerei. Die europäische Fischereiflotte ist die drittgrößte der Welt. Sie ist in allen Ozeanen im Einsatz. Mit einer Einfuhrquote von fast 70 Prozent ist Europa der weltgrößte Importeur von Fischereiprodukten. Außerdem ist die EU in fast allen regionalen Fischereimanagementorganisationen vertreten und kann dort ihren Einfluss auf das Fischereimanagement für internationale Gewässer geltend machen. Die EU ist dieser Verantwortung jedoch nicht gerecht geworden – und deshalb in heftige Kritik geraten. Neben Wissenschaftlern sowie

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bescheinigen auch der Europäische Rechnungshof und EU-Fischereikommissar Joe Borg der GFP, auf ganzer Linie versagt zu haben.

Subventionen für Flottenmodernisierung statt Abbau der Überkapazitäten

Das Scheitern der GFP hat mehrere Gründe. Dazu gehört vor allem, dass die GFP wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele verfolgt, ohne dabei Prioritäten zu setzen. Als Ergebnis werden die ökologischen Fragen, obwohl sie die Basis der gesamten Fischerei darstellen, konsequent vernachlässigt. Um kurzfristige ökonomische Interessen ihrer heimischen Branchen zu befriedigen, einigten sich die EU-Fischereiminister in den letzten Jahren auf Fanggrenzen, die im Durchschnitt fast 50 Prozent über den wissenschaftlichen Empfehlungen liegen.

Der Druck auf die politischen Entscheidungsträger, überhöhte Quoten festzulegen, resultiert im Wesentlichen aus den Überkapazitäten der europäischen Flotte. Schätzungen zufolge sind die Fangkapazitäten einiger Flottensegmente in der EU zwei- bis dreimal größer als es für die Einhaltung der Fischfangquoten vonnöten wäre – die Flotten können also viel mehr Fisch fangen als zur Verfügung steht. Neuere Schiffe mit immer besserer technologischer Ausstattung erschöpfen die Fischbestände: Wegen der überhöhten Quoten, aber auch, da sie häufig mehr fangen als gesetzlich erlaubt ist. Schätzungen zufolge werden manche Fischbestände 30 bis 50 Prozent über die Quote gefischt. Die Überkapazitäten werden mit Milliar-

densubventionen aufrechterhalten und sogar noch ausgebaut. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, die Überkapazitäten zu verringern, zahlt die EU weiterhin Gelder zur Modernisierung von Flotten. Neben der Befreiung von der Mineralölsteuer und nationalen Beihilfen gibt es noch eine Anzahl weiterer, indirekter Subventionen. In einigen Mitgliedstaaten wird sogar davon ausgegangen, dass die Kosten der Fischerei für die öffentlichen Haushalte höher sind als der Gesamtwert des Fangs.

Ein Bündnis für den Wandel

Die derzeitige Reform der GFP bietet die Möglichkeit, einen grundsätzlich neuen Kurs einzuschlagen und die EU-Fischerei umweltfreundlich und somit mittelfristig auch wirtschaftlich und sozial nachhaltig zu gestalten. Hierzu muss die Reform der Überfischung ein Ende bereiten und durchsetzen, dass auch zukünftige Generationen die Ressourcen angemessen nutzen können.

Die EU-Kommission führt zurzeit eine öffentliche Konsultation zu ihrem Grünbuch zur GFP-Reform durch. Das Grünbuch, seinem Charakter nach eine Ideensammlung und Diskussionsgrundlage, beschreibt die strukturellen Schwächen der GFP, befasst sich aber auch mit weiteren Aspekten wie dem Handel auf verschiedenen Märkten oder der Einbettung der Fischereipolitik in die allgemeinere EU-Meerespolitik. Die Kommission hat alle Interessengruppen eingeladen, sich bis Ende des Jahres an der Konsultation zu beteiligen.

Aus umweltpolitischer Sicht ist die Reform der GFP eine einmalige Chance,

die Überfischung zu beenden. Wer das erreichen will, muss deutlich machen, dass die Gesellschaft ein Interesse an gesunden Fischbeständen hat und nicht akzeptiert, dass Politiker Fischarten bis zur Ausrottung jagen lassen, wie es gerade mit dem Blauflossenthun im Mittelmeer geschieht. Im Juni haben sich deshalb mehrere Organisationen zu der neuen Koalition Ocean2012 zusammengefunden. Im Zuge der GFP-Reform will das Bündnis die Überfischung beenden und eine gerechte Nutzung der Fischbestände durchsetzen. Zu den Gründungsmitgliedern von Ocean2012 gehören die europäischen Nichtregierungsorganisationen Coalition for Fair Fisheries Arrangements, Fisheries Secretariat, Pew Environment Group und

Seas at Risk sowie der britische Thinktank New Economics Foundation. In den ersten Monaten haben sich bereits mehr als 30 weitere Organisationen angeschlossen. Ocean2012 versteht sich als Allianz aller, die ein Interesse an einer nachhaltigen europäischen Fischereipolitik haben. Dazu gehören neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Verbraucherchutzorganisationen, Taucher-, Angler- und Fischereiverbände oder Forschungsinstitute.

Als ersten entscheidenden Schritt will das neue Bündnis die Konsultation der EU-Kommission für ihre Ziele nutzen. Ocean2012-Mitglieder werden sich beteiligen und auch andere Organisationen dabei unterstützen, ihren Standpunkt

in den Konsultationsprozess einzubringen. Denn eines ist klar: Es sind vereinte Kräfte erforderlich, damit die europäische Fischerei nicht weiter von Partikularinteressen bestimmt, sondern endlich auf eine nachhaltigere Basis gestellt wird. Was soll Fischers Fritze denn sonst in Zukunft fangen?

Vera Coelho ist Expertin für EU-Meeresspolitik und arbeitet beim Dachverband Seas At Risk in Brüssel. Sie ist Gründungsmitglied von Ocean2012.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 8930965,
E-Mail: info@ocean2012.eu,
www.ocean2012.eu



EU-Kohäsionspolitik

Autobahnen führen nicht zum Ziel

Ohne ökologische Ausrichtung ihrer Förderpolitik wird die EU am Klimawandel scheitern

Die EU will jetzt nicht nur Fernstraßen und Müllöfen, sondern auch den Naturschutz und die Energiewende fördern. Umweltverbände ernten damit erste Früchte ihres Engagements. Doch noch immer sind industrielle Großprojekte die Lieblinge von EU-Staaten und Regionen. Ohne langfristiges und nachhaltiges Denken auch bei der Mittelvergabe kann Europa aber seine Zukunftsaufgaben beim Klima- und Artenschutz nicht erfüllen. ■ VON FRANZISKA MEY, WWF

Bis heute fördert die Europäische Union Infrastrukturprojekte mit negativen Auswirkungen auf Umwelt und Natur. Erst kürzlich wurden Projektförderungen für Autobahnen und Müllverbrennungsanlagen vor allem in den osteuropäischen Staaten bekannt, die nicht nur Schäden für Umwelt und Gesundheit bringen werden, sondern auch wirtschaftlich fragwürdig sind.⁽¹⁾ Auch mit dem Verweis auf die Finanzkrise setzt die EU hier Steuergelder in Millionenhöhe ein, die einer nachhaltigen Entwicklung zuwiderlaufen.

Das Geld für solche Projekte kommt aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU. Mit diesen Finanzinstrumenten setzt die EU ihre Kohäsionspolitik um, die die wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede zwischen den europäischen Regionen vermindern soll. Die Kohäsionspolitik

erfuhr durch stetige Budgeterhöhungen einen immensen Bedeutungsgewinn: Lag das Budget im Jahr 1970 noch bei 95 Millionen Euro, hat es sich heute mit jährlich rund 50 Milliarden Euro zum drittgrößten Ausgabenposten entwickelt. Damit ist die Kohäsion eines der wichtigsten Politikfelder in der EU.

Auch Naturschutz und Energieeffizienz werden nun gefördert

Die Entwicklung der Kohäsionspolitik und der Förderziele in den letzten 20 Jahren kann als zufriedenstellend, aber auch als enttäuschend beschrieben werden, je nachdem, welcher Maßstab angelegt wird. Einerseits hat die sogenannte horizontale Integration von Umweltaspekten viele Fortschritte gemacht. Obwohl der

Schwerpunkt der Förderpolitik weiterhin die Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind, zählen heute auch der Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung zu den Prioritäten der Europäischen Union.

Ein Meilenstein für die Berücksichtigung ökologischer Aspekte in der Kohäsionspolitik war der EU-Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1999. Er verlangt in Artikel 6 die Einbeziehung von Umweltbelangen in alle Politikbereiche der Europäischen Union. Damit konnte der Umweltschutz schon in der Förderperiode 2000 bis 2006 in die neuen Verordnungen und in die Gemeinschaftsstrategie für nachhaltige Entwicklung einbezogen und in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 noch gestärkt werden. So legt die Verordnung 1083/2006 mit allgemeinen Bestimmungen

über die Struktur- und Kohäsionsfonds in Artikel 17 fest, dass alle Förderziele die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes berücksichtigen müssen.

Umweltverbände erkämpfen Verbesserungen

In der laufenden Förderperiode wurde erstmals die Förderung von Naturschutzvorhaben im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 möglich. Neu sind auch Fördermaßnahmen für Energieeffizienz, Erneuerbare-Energien-Technologien und Modellprojekte im öffentlichen Verkehr.

Verbessert hat sich auch die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der Programmplanung und der Bewertung von Förderprojekten. Das frühere Top-down-Prinzip – oben entscheiden, unten ausführen – ist dezentralen, lokal orientierten Beteiligungsstrukturen gewichen. In der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden Umwelt-NGOs ausdrücklich als Partner benannt. Maßgeblichen Anteil an diesen Erfolgen haben die Umwelt- und Naturschutzverbände selbst, die sich in Brüssel immer wieder für eine Ökologisierung der Kohäsionspolitik eingesetzt haben.

Nationalinteressen bedrohen die Erfolge

Es darf aber nicht vergessen werden, dass all die begrüßenswerten Ansätze nur der erste Schritt auf dem Papier sind. Umwelt-NGOs können mit der Ausgestaltung der Kohäsionspolitik noch lange nicht zufrieden sein, denn die Umsetzung der EU-Vorgaben wird von den nationalen und regionalen Interessen in den Mitgliedstaaten bestimmt. Wie vor 20 Jahren konzentriert sich die Kohäsionspolitik immer noch auf wirtschaftliche und infrastrukturelle Investitionen, um zu mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung beizutragen, wie es im EU-Sprachgebrauch heißt.

Die Debatten etwa im Zusammenhang mit der Finanzkrise zeigen aber, dass die

Formel von der Steigerung des europäischen Gemeinwohls und Wohlstandes durch anhaltendes Wirtschaftswachstum deutlich überholt ist.⁽²⁾ So heißt es in der kürzlich veröffentlichten Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, dass die bisherigen wirtschaftlichen Zielsetzungen stärker mit den Umweltschutzziele der EU in Einklang gebracht werden müssen.⁽³⁾ Auch der schwedische Premierminister und amtierende EU-Ratspräsident Fredrik Reinfeldt musste feststellen, dass die Lissabon-Strategie, die die EU bis 2010 zum weltweit „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum“ machen sollte, gescheitert ist. Reinfeldt plädiert dafür, die Lissabon-Strategie zu überprüfen und neu auf eine nachhaltige öffentliche Förderung auszurichten.⁽⁴⁾ Aber auch die Kohäsionspolitik muss der anhaltenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, der Überfischung der Meere, dem Verlust der Artenvielfalt und den Auswirkungen des Klimawandels auf Wälder und Böden in Europa etwas entgegenzusetzen und die damit verbundenen Herausforderungen als Zukunftsaufgaben begreifen.

Ökologische Kernziele setzen

Ab 2014 muss der neue EU-Haushalt Antworten auf die drängenden ökologischen Probleme finden, auch in der Kohäsionspolitik. Nachhaltigkeit darf nicht mehr nur als Querschnittsaufgabe definiert sein, sondern muss die oberste Handlungsmaxime werden. Die Kohäsionspolitik hat damit als temporär wirkendes ökonomisches Instrument ausgedient. Die zukünftige Förderpolitik muss die EU auf einen dauerhaft wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Weg bringen, der sich an den Kapazitäten der natürlichen Ressourcen Europas orientiert. So setzt sich der WWF dafür ein, dass Klimaschutz und Bewahrung der natürlichen Vielfalt als Kernziele in der Kohäsionspolitik formuliert werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben schon viele Anstrengungen zum Klimaschutz unternommen, etwa mit dem europäischen Klima- und Energiepaket. Hier kann die Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle beim

Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft spielen.

Fördermöglichkeiten sollten auf eine ökologisch effiziente, nachhaltige Produktion ausgerichtet sein, um die natürlichen Ressourcen substanziell zu schützen. Die natürlichen Ökosysteme und ihre Funktionen bilden eine wichtige Grundlage, um die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren und gleichzeitig die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Wälder und Torfmoore sind wertvolle Kohlenstoffspeicher. Natürliche Flussläufe und Auenwälder können die negativen Auswirkungen von Überschwemmungen deutlich mildern und haben damit einen unschätzbaren Wert bei der Risikovermeidung. Deshalb sollte der Schutz der Ökosysteme und ihrer Artenvielfalt als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung Eingang in die neue Kohäsionspolitik finden.

Wenn die EU und ihre Mitgliedstaaten es mit dem Kampf gegen den Klimawandel wirklich ernst meinen, ist eine Neuorientierung der Kohäsionspolitik in der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 unausweichlich. Nur so lassen sich die Treibhausgasemissionen verringern, die Auswirkungen des Klimawandels in Grenzen halten und die Regionen und Ökosysteme an die unvermeidbaren Klimaveränderungen anpassen.

Quellen und weitere Informationen

- ▶ (1) www.bankwatch.org/billions/projects-about.html
- ▶ (2) Schmidt, S. u. a. (2009): Sind die deutschen Konjunkturpakete nachhaltig? Studie im Auftrag des WWF. Berlin. www.foes.de/publikationen/studien
- ▶ (3) www.ec.europa.eu/sustainable/docs/com_2009_400_de.pdf
- ▶ (4) www.euractiv.com/de/meinung/article-182804

Die Politologin und Regionalentwicklerin Franziska Mey ist Referentin für EU-Politik und Bioenergie beim WWF und arbeitet seit 2006 in Berlin zu den EU-Strukturfonds.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
30874228,
E-Mail: mey@wwf.de,
www.wwf.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallverbrennung**Müllskandal kein Einzelfall?**

■ Nachdem das Müllheizkraftwerk im nordhessischen Korbach Ende August wegen Überschreitung der Quecksilbergrenzwerte stillgelegt werden musste, regt sich bundesweit Widerstand. Der BUND-Kreisverband Waldeck-Frankenberg forderte staatsanwaltliche Untersuchungen und warf der Betreiberfirma MVV Fahrlässigkeit vor. Die Korbacher Anlage, in der jährlich rund 80.000 Tonnen Abfälle verbrannt werden, hatte Ende August mindestens 30 Stunden lang durch einen Messfehler zu viel Quecksilber ausgestoßen. Die Emissionen überschritten den gesetzlich erlaubten Grenzwert um das 25-Fache. Nach Betreiberangaben wurde über Zulieferbetriebe mit Quecksilber verunreinigter Sondermüll in den „Ersatzbrennstoffen“ angeliefert und verbrannt. Die vom Regierungspräsidium Kassel verfügte Stilllegung wird voraussichtlich bis Ende Oktober dauern.

Da der Unfall in Korbach offenbar kein Einzelfall ist, erarbeitet das Hamburger Umweltnetzwerk zurzeit eine Kampagne für Bürgerinitiativen, die sich gegen Abfallverbrennung zur Wehr setzen wollen. „Die Betreiber dieser neuen Verbrennungsanlagen, die sich schönfärberisch thermische Heiz- oder Industriekraftwerke nennen, haben großes Interesse daran, vom umweltschädigenden Image der herkömmlichen Müllverbrennungsanlage wegzukommen“, sagte Klaus Koch vom Umweltnetzwerk. „Der Bevölkerung wird suggeriert, dass die Verbrennung von sogenannten Ersatzbrennstoffen CO₂-neutral und unbedenklich ist, was jedoch nicht der Fall ist.“ Die Anlagen seien einseitig auf ertragreiche Energie- und Dampfauskopplung ausgerichtet, so der Experte. Am Einbau höherwertiger Rauchgasanlagen werde gespart. Über die Vermischung von Abfällen aus Haushalten, Gewerbe und Industrie finde keine ausreichende Kontrolle mehr statt. Die Praxis zeigt Koch zufolge, dass

diese vorsortierten konzentrierten Abfälle giftige Stoffe wie Chlor enthalten können, die die Ersatzbrennstoffe eigentlich zu Sondermüll machen. Erst einmal als „heizwertreicher Wertstoff“ deklarierter Abfall kann aber ohne jede Grenzkontrolle frei in ganz Europa gehandelt werden. „Für diesen staatlich anerkannten Mülltourismus mit über sechs Millionen Tonnen jährlichen Importen aus dem europäischen Ausland nach Deutschland liegen zurzeit weder EU-Vorschriften zur Schadstoffminimierung noch zwingend erforderliche Grenzwerte vor“, warnte Koch. [jg]

- Umweltnetzwerk, Klaus Koch, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 599811, E-Mail: umweltnetzwerk@vodafone.de

Verpackungsverordnung**Unternehmen schludern**

■ Nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hat bis Anfang Oktober ein Drittel aller Unternehmen die Informationspflicht zu Menge, Art und Entsorgung der von ihnen verwendeten Verpackungen ignoriert. Das verstoße gegen die Verpackungsverordnung. Die im Mai novellierte Verordnung schreibt vor, dass die 3.000 bis 4.000 Unternehmen, die Verkaufsverpackungen einsetzen, jährlich zum 1. Mai bei den örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammern Informationen über die verwendeten Verpackungen hinterlegen. Die DUH kritisiert, dass sich die Informationsverweigerer auf Kosten der Umwelt und der VerbraucherInnen sowie der ehrlichen Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschafften. Sie unterließen das bestehende Entsorgungssystem, das weniger Einnahmen verzeichne, aber immer mehr Verpackungen zu entsorgen habe. „Diffuse Verpackungsströme wirken sich negativ auf die ökologische Qualität der Entsorgung aus“, sagte Maria Elander, DUH-Kreislaufwirtschaftsexpertin. [jg]

- DUH, Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-41, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de (Projekte – Abfall)

Schiffsabwrackung**EU bleibt zögerlich**

■ Der EU-Umweltministerrat hat Ende Oktober Schlussfolgerungen zur EU-Strategie zum Schiffsrecycling verabschiedet. In ihrem Beschluss gehen die MinisterInnen jedoch nicht über die Ziele der im Sommer durch die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO verabschiedeten Konvention von Hongkong hinaus. Sie sprachen sich allerdings dafür aus, dass die IMO zusätzliche Richtlinien erlässt, damit die Konvention zügig umgesetzt werden kann. Des Weiteren soll die EU-Kommission Anreize für freiwillige Maßnahmen der Schiffsindustrie schaffen sowie überprüfen, inwieweit die Basler Konvention zur Regelung grenzüberschreitender Giftmülltransporte und die neue IMO-Konvention zum Schiffsrecycling rechtlich übereinstimmen. Die EU-Mitgliedstaaten sollen die IMO-Konvention möglichst schnell ratifizieren.

Ein Viertel aller Handelsschiffe fährt weltweit unter der Flagge von EU-Mitgliedstaaten. Rund 40 Prozent aller Schiffe gehören zu europäischen Unternehmen. [jg]

- Beschluss: www.kurzlink.de/schiffsrecycling09

EU-Abfallpolitik**Elektroschrott-Debatte**

■ Der EU-Umweltministerrat hat Ende Oktober über zwei Richtlinien zu Elektroschrott diskutiert. Bei der sogenannten WEEE-Richtlinie über Recycling und Wiederverwertung von Elektro- und Elektronikgeräten sowie der RoHS-Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Substanzen in Elektronikgeräten ist unter anderem umstritten, worauf sie sich beziehen sollen. Die EU-Kommission hat aus Harmonisierungsgründen und um die Umsetzung zu vereinfachen vorgeschlagen, beide Richtlinien auf die gleichen Arten von Elektrogeräten zuzuschneiden. Die meisten Mitgliedstaaten sind jedoch der Meinung, dass die beiden Richtlinien unabhängig voneinander existieren sollen. ►

99 Gründe, vom Sofa aufzustehen

Abends mit Chips und Bier auf dem Sofa sitzen und Nachrichten gucken: »Eigentlich müsste da mal jemand was tun«, denkt sich die »Couch Potato« – und bleibt sitzen. Dabei kann jede/r einzelne aufstehen und die Welt verändern! Im »Alphabet der Möglichkeiten« stellen 99 Menschen ihre Ideen vor, die Welt besser zu machen – konkret oder utopisch, amüsant oder ganz seriös. Das Handbuch zum 30. Geburtstag der taz – für alle, die nicht mehr warten wollen, bis andere vom Sofa kommen.

Gina Bucher (Hrsg.)

Alphabet der Möglichkeiten

99 Handlungsanweisungen für eine bessere Welt

196 Seiten, inklusive DVD, 16,90 EUR
ISBN 978-3-86581-170-7



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Einige Mitgliedstaaten griffen Herstellerbedenken auf, dass die Neuregelung zu unübersichtlichen Kosten führen könnte, und forderten zunächst eine Folgenabschätzung.

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) fordern Nachbesserungen für die Neuregelung. So sollten die Abfallströme entlang der gesamten Abfallkette kontrolliert werden. Die Hersteller müssten die Verantwortung für alle entstehenden Kosten (Sammlung, Bearbeitung, Lagerung, Behandlung) übernehmen, die das Produkt nach dem Ende der Gebrauchszeit verursache. Auch müsse die Getrenntsammlung aller Arten von Elektroschrott gefördert werden, um eine umweltgerechte Behandlung zu erleichtern. Grundsätzlich, so das EEB, müsse die Wiederverwertung oder das Recycling Vorrang haben vor der Verbrennung mit energetischer Rückgewinnung („thermische Verwertung“). Außerdem sollten Produkte generell möglichst giftfrei sein. Auch das Ökodesign müsse gefördert werden.

Das EU-Parlament wird sich in Kürze mit den Richtlinien befassen. Berichterstatter für den Umweltausschuss ist Karl-Heinz Florenz (CDU). Voraussichtlich im Mai 2010 findet die erste Lesung im Plenum statt. [jg]

► www.kurzlink.de/eu-news2009-10-22

Negativpreis

Gesundheitsrisiko PVC

■ Den Schmähprijs „Black Planet Award“ erhält in diesem Jahr die Formosa Plastics Group (FPG) in Taiwan. Der jährlich von der Ethecon-Stiftung für Ethik und Ökonomie verliehene Preis für die „herausragende Verantwortung für den Ruin und die Zerstörung des Blauen Planeten“ geht an die Besitzerfamilie Wang, den Geschäftsführer Lee Chih-tsuen und das Management der FPG. Das milliardenschwere Unternehmen sei bekannt für seinen unverantwortlichen Umgang mit Umwelt- und Gesundheitsschutz und zudem eines der weltweit größten Produzenten des Kunst-

stoffes Polyvinylchlorid (PVC). PVC gilt als Auslöser für Krebs, Gefäßerkrankungen und Durchblutungsstörungen sowie für Fehlgeburten und Geburtsfehler.

Der diesjährige Positivpreis „Blue Planet Award“ geht an den israelischen Friedens- und Menschenrechtsaktivisten Uri Avnery. Die Verleihung der Ethecon-Preise findet im November in Berlin statt. [aks]

► www.ethecon.de

Schadstoffregister

Giftkontrollsystem arbeitet

■ Anfang Oktober ist das zur Århus-Konvention gehörende Protokoll über ein Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister (PRTR) in Kraft getreten. Das PRTR verpflichtet Unternehmen, in einem öffentlich zugänglichen Datenregister Berichte zu 86 verschiedenen Schadstoffen, Treibhausgasen und Schwermetallen abzuliefern. Darüber hinaus müssen Giftmülltransporte nachverfolgbar sein, indem Absender und Empfänger klar kenntlich gemacht werden. Sechzehn Länder sowie die Europäische Union haben das Protokoll bereits ratifiziert und werden damit Vertragsstaaten, fünf weitere Länder folgen bis zum Ende des Jahres. Auch Emissionen durch Verkehr, Landwirtschaft und kleine Unternehmen sollen in nationalen Systemen abgebildet werden.

Das PRTR-Protokoll wurde 2003 in Kiew angenommen und bis heute von 38 Ländern unterschrieben. Es ist offen für jedes UN-Mitgliedsland. [jg]

► www.unep.org/press/pr2009/09env_p23e.htm

Luftschadstoffe

EU verfehlt Grenzwerte

■ Nur 14 von 27 Mitgliedstaaten der EU können bis 2010 voraussichtlich alle vereinbarten Luftschadstoffgrenzwerte einhalten. Das ist das Ergebnis des Statusberichts der Europäischen Umweltagentur

(EEA) zur sogenannten NEC-Richtlinie mit Bezugsdaten von 2007. Die Richtlinie 2001/81/EG legt Grenzwerte für den Ausstoß von Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxiden (NO_x), nicht methanhaltigen flüchtigen organischen Verbindungen (NMVOC) und Ammoniak (NH₃) fest, die bis 2010 erreicht werden müssen. Stickstoffoxide scheinen am schwierigsten reduzierbar zu sein. Zwölf Staaten schätzen, dass sie die Grenzwerte nicht einhalten werden. Irland, Belgien und Österreich gaben sogar an, ihre Grenzwerte um bis zu 60 Prozent zu überschreiten.

Frankreich, Deutschland und die Niederlande werden bei zwei der Stoffe die Grenzwerte wohl nicht einhalten können. In Deutschland sind dies Stickoxide und Ammoniak.

Ende dieses Jahres müssen die Mitgliedstaaten ihre Daten von 2008 übermitteln. Ob die Wirtschaftskrise Auswirkungen auf die Emissionswerte hat, sei noch nicht abzusehen, so die EEA. Die NEC-Richtlinie hat zum Ziel, die weitere Versauerung der Böden sowie die Entstehung von bodennahem Ozon und Feinstaub zu verhindern. Zurzeit laufen Diskussionen über eine strengere Reglementierung der nationalen Grenzwerte. [jg]

► www.kurzlink.de/eea-nec-status2008

Innenraumluft

Radonwerte zu hoch

■ Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat Ende September niedrigere Richtwerte für das radioaktive Edelgas Radon in Wohnungen empfohlen. Laut WHO sollte in allen beteiligten Ländern künftig ein maximaler Wert von 100 Becquerel pro Kubikmeter Raumluft gelten. Diesen Wert setzt auch das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) an, jedoch gibt es bisher kein nationales Radonschutzgesetz. Das BfS war an der Veröffentlichung eines Radonhandbuchs beteiligt, das die neuen WHO-Empfehlungen enthält.

Die fachliche Grundlage für die neue WHO-Empfehlung liefern laut BfS mehre-

re neue Studien aus Europa, Nordamerika und Asien. Diese wiesen nach, dass Radon einen erheblichen Anteil der Lungenkrebs-erkrankungen in der Bevölkerung verursacht. Nach derzeitigen Schätzungen werden weltweit drei bis 14 Prozent der Lungenkrebsfälle durch Radon verursacht, in Deutschland waren es 2004 laut BfS rund fünf Prozent. [jg]

- WHO-Handbuch (engl., 110 S., 600 kB): www.kurzlink.de/who-radon09.pdf
- BfS: www.bfs.de/de/ion/radon

Lärm

Europa geht gegen nächtliche Ruhestörung vor

■ Der europäische Zweig der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Leitlinien zu nächtlichem Lärm veröffentlicht. Die vorgeschlagene neue Grenze ist eine Belastung von durchschnittlich höchstens 40 Dezibel im Jahr. Längere Belastungen von über 55 Dezibel, was einer lauten Straße entspricht, können Bluthochdruck und Herzinfarkte auslösen.

Kürzlich veröffentlichte Studien zeigen, dass Fluglärm am frühen Morgen die Herzfrequenz schädlich erhöht. Vor allem Kinder, chronisch Kranke und alte Menschen reagieren empfindlich auf Störungen. Einer von fünf Europäern ist in der Nacht regelmäßig Geräuschpegeln ausgesetzt, die erheblich die Gesundheit schädigen können. Im Schlaf reagieren die Ohren, der Kopf und der Körper weiterhin auf Geräusche. Wenn Schlafende höheren Geräuschbelastungen ausgesetzt sind, können sich Schlafstörungen und Schlaflosigkeit einstellen.

Die WHO fordert die Länder auf, sogenannte Lärmhotspots zu identifizieren und die Gesundheitsgefahren zu reduzieren. „So wie Luftverschmutzung und giftige Chemikalien ist Lärm eine Umweltgefahr für die Gesundheit“, sagte Rokho Kim vom WHO-Regionalbüro für Europa. [aks]

► WHO: www.kurzlink.de/who-laerm-09

Nanotechnologie

Warnung vor Nanoprodukten

■ „Die Verwendung von Produkten, die Nanomaterialien enthalten und freisetzen können, sollte – solange ihre Wirkung auf Mensch und Umwelt weitgehend unbekannt ist – möglichst vermieden werden“, warnte das Umweltbundesamt (UBA) Mitte Oktober. Das UBA hatte für ein Hintergrundpapier Chancen und Risiken der Verwendung von Nanotechnologien analysiert und „gravierende Wissenslücken“ festgestellt. Der zunehmende Einsatz synthetischer Nanomaterialien in Produkten führe zu einem vermehrten Eintrag dieser Materialien in Boden, Wasser und Luft. Die Wirkungen auf die Umwelt und die möglichen gesundheitlichen Risiken für Menschen seien noch „unzureichend erforscht“. Nach Meinung des Umweltbundesamtes müssen deshalb rechtliche Rahmenbedingungen für den sicheren Umgang mit Nanomaterialien geschaffen werden. Dazu gehöre ein Meldesystem für alle Nanomaterialien in Form eines Produktregisters. [jg]

► UBA-Papier: www.kurzlink.de/uba-nano-09

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Alternative Nobelpreise

Regenwaldschützer geehrt

■ Der Biologe und Menschenrechtsaktivist René Ngongo aus Goma in der Demokratischen Republik Kongo ist für sein langjähriges Engagement für den Urwaldschutz mit dem Right Livelihood Award ausgezeichnet worden. Er erhielt den mit 50.000 Euro dotierten Preis „für seinen Mut, sich jenen Kräften entgegenzustellen, die die Regenwälder des Kongo zerstören, und für seine Bemühungen, politische Unterstützung für deren Bewahrung und nachhaltige Nutzung zu schaffen.“ Der Regenwald des Kongobeckens – das grüne Herz Afrikas und zweitgrößter Urwald

der Welt – ist Lebensgrundlage für rund 40 Millionen Menschen und durch industriellen Holzeinschlag in ernster Gefahr.

Die auch als Alternativer Nobelpreis bezeichnete Ehrung erhielten außerdem Alyn Ward aus Neuseeland für seinen Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt und Catherine Hamlin aus Äthiopien für fünf Jahrzehnte medizinischer Versorgung von Frauen mit Geburtsfisteln.

Der Preis geht auf Jakob von Uexküll zurück und wird seit 1980 verliehen. 82 KandidatInnen aus 46 Ländern waren dieses Jahr für den Preis vorgeschlagen worden. Davon kamen 36 aus Industrie- und 46 aus Entwicklungsländern. [jg]

► www.rightlivelivelihood.org

KLIMA & ENERGIE

Internationaler Klimaschutz

Wichtige Fragen weiter offen

■ Wenige Wochen vor dem entscheidenden Klimagipfel vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen sind die wichtigsten Fragen auf dem Weg zu einem neuen internationalen Klimaabkommen weiter ungeklärt.

Offen ist nach wie vor, in welchem Umfang die Industrie- und Schwellenländer bereit sind, ihre Emissionen zu reduzieren. Ebenso steht noch nicht fest, wer die Gelder für eine Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern aufbringt und welche Institutionen dafür geschaffen werden. Eine Einigung steht auch noch in vielen wichtigen Detailfragen aus, etwa ob und wie vermiedene Entwaldung in einen neuen Klimavertrag einbezogen werden kann.

Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch sieht die Verantwortlichen der großen Wirtschaftsnationen in der Pflicht. Sie müssten gewährleisten, dass es in Kopenhagen zu einem neuen Klimaabkommen kommt. Gerade auch für die neue deutsche Regierung sei dies eine „Bewährungsprobe“, sagte der politische Direktor der Organisation Christoph Bals.

Bei zweiwöchigen Verhandlungen Anfang Oktober in Bangkok konnten die Unterhändler zwar gewisse Fortschritte erzielen, die Chancen für ein anspruchsvolles Klimaabkommen in Kopenhagen werden aber immer geringer. Anfang November finden die letzten Vorverhandlungen statt. [ms]

- UN-Klimarahmenkonvention: www.unfccc.int
- Germanwatch: www.germanwatch.org (Klima)
- NGO-Bündnis: www.climate-justice-action.org

Globale CO₂-Emissionen

Finanzkrise verschafft dem Klima eine Atempause

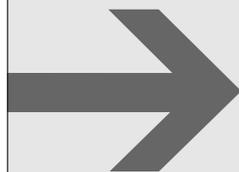
■ Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise verschafft dem Klimaschutz etwas mehr Zeit. Die Treibhausgasemissionen in den Industrieländern sind durch die Krise um drei Prozent zurückgegangen – mehr als jemals zuvor in den letzten vierzig Jahren. Hochgerechnet auf die Zeit bis 2020 würden die Emissionen sogar fünf Prozent hinter den bisher prognostizierten Werten zurückbleiben. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem World Energy Outlook 2009.

Die IEA sieht darin eine Chance, den Klimawandel unter der kritischen Grenze von zwei Grad weltweiter durchschnittlicher Erwärmung zu halten. Allerdings seien dafür massive Investitionen nötig. In den nächsten 20 Jahren müssten zehn Billionen US-Dollar in den Klimaschutz investiert werden. Im Jahr 2030 wären das etwa 1,1 Prozent des weltweiten Bruttonationalprodukts. Diese Ausgaben würden sich jedoch durch den geringeren Treibstoffverbrauch in der Industrie, im Verkehr und im Gebäudesektor fast amortisieren, rechnet die IEA vor. [ms]

► www.iea.org/geo

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Klimapolitik

Dem Übergang in eine postfossile Gesellschaft stehen nicht allein politische und wirtschaftliche Interessen entgegen, das bestehende Energiesystem wird vielmehr von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen. Der Autor wirft einen fundierten Blick auf die komplexen gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die Machtstrukturen der fossilen Energiewirtschaft sowie die marktwirtschaftlichen Instrumente des Kyoto-Protokolls.

A. Brunnengräber
Die politische Ökonomie des Klimawandels
 oekom verlag, München 2009, Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Band 11
 252 Seiten, 34,90 EUR, ISBN 978-3-86581-096-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

Klimawandel

Erderwärmung viel schneller als erwartet

■ Die Geschwindigkeit, mit der der Klimawandel fortschreitet, übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Nach einer Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) treten alle Indikatoren schneller ein als es die extremsten Szenarien vorausgesagt haben: Die Wüsten breiten sich schneller aus, die Gletscher schmelzen rasanter, die Meere versauern eher als erwartet. Auch ein Anstieg des Meeresspiegels um bis zu zwei Meter bis zum Jahr 2100 schließt UNEP nicht mehr aus. Der Bericht ist ein Kompendium aus etwa 400 wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten zwei Jahre. Er wird als eine Art Zwischenbilanz seit dem Erscheinen des letzten Klimaberichts des Weltklimarates (IPCC) im Jahr 2007 gewertet. [ms]

► www.unep.org/compendium2009

Atomkraft

AKW-Renaissance fällt aus

■ Entgegen vielfach geäußerten Ansichten, dass der Kernenergie die Zukunft gehöre, kann von einer Renaissance der Atomkraft keine Rede sein. Zu diesem Ergebnis kommt das Prognos-Institut in einer Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz. Bis zum Jahr 2030 dürfte danach die Zahl der im Betrieb befindlichen Atommeiler sogar um knapp 30 Prozent zurückgehen.

Die Forscher wogen die Wahrscheinlichkeit ab, mit der ein angekündigtes Atomkraftwerk auch tatsächlich gebaut wird. Aufgrund historischer Erfahrungen und gegenwärtiger politischer und wirtschaftlicher Einschätzungen kamen sie zu dem Ergebnis, dass lediglich 23 bis 35 Prozent der als „im Bau“ bezeichneten Werke eines Tages auch Strom produzieren werden. [ms]

► www.prognos.com (Publikationen)

Kampf gegen Kohle gewinnt an Fahrt

Ein durch lokalen Widerstand geprägter Antikohletrend steht dem „Kohlebedarfsmantra“ einiger Unverbesserlicher gegenüber. Der Klimaschutz braucht eine energiepolitische Systementscheidung. Ein Kommentar von Elias Perabo.

Als in Hamburg vor gut einem Jahr das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigt wurde, schien ein Damm für die Planungen von damals 31 Kohlekraftwerksprojekten in Deutschland gebrochen zu sein: Ein flächendeckender Ausbau von neuen Klimakillern war offenbar kaum zu verhindern. Zwölf Monate später ist die Bilanz der Kohlekraftwerkslobby ernüchternd: Nur ein einziges neues Kohlekraftwerk wurde in Mannheim in Betrieb genommen. Dagegen konnten in Germersheim, Berlin, Kiel und Emden die Baupläne gestoppt werden. Damit sind nur noch 27 Kohlekraftwerke in Planung. Gleichzeitig gibt es kaum einen Ort, bei dem sich die Planungen nicht massiv verzögert hätten, teilweise um Jahre. Das Projekt in Mainz wurde wegen fehlender Finanzmittel und nach massivem politischem Druck auf Eis gelegt. Ob es jemals wieder aufgetaut wird, ist zweifelhaft. Und das Oberverwaltungsgericht Münster entschied im September sogar, ein sich bereits im Bau befindendes Kohlekraftwerk in Datteln vorerst zu stoppen – eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

Der neue Antikohletrend hat mehrere Ursachen. So regt sich inzwischen an allen geplanten Standorten Widerstand. Dabei sind es längst nicht mehr nur UmweltschützerInnen, die sich gegen die neuen Klimakiller wehren, sondern ein Querschnitt der Bevölkerung. Durch die Beteiligung von Kirchen, Industrieverbänden, Parteien, Ärzten, Kulturschaffenden oder Wirtschaftswissenschaftlern sind viele sehr aktive lokale Bündnisse entstanden, die sich untereinander vernetzen und Erfahrungen austauschen. Unterstützt werden die lokalen Initiativen durch das Anti-Kohle-Büro der Klima-Allianz und die Rechtsberatung der Deutschen Umwelthilfe.

Auch die überregionale energiepolitische Debatte hat sich in den letzten Monaten maßgeblich verändert. Während die Kohlebefürworter lange Zeit das Mantra vor sich hertrugen, es gebe einen Bedarf an neuen Kohlekraftwerken, um die Atomkraftwerke zu ersetzen und den schwankenden Windstrom auszugleichen, setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass neue Kohlekraftwerke den Ausbau

der erneuerbaren Energien verhindern. So hat zuletzt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung festgestellt, dass wir vor einer energiepolitischen Systementscheidung stehen. Wir können ein Energiesystem wählen, das auf Grundlastkraftwerken mit Atombrennstoff und Kohle basiert, oder ein System, das die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt stellt und durch Kraftwerke ergänzt, die flexibel die Schwankungen der erneuerbaren Energiequellen ausgleichen können, wie etwa Gas- und Biomassekraftwerke.

Zudem hat sich die Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken massiv verschlechtert, weil die Bundesregierung sich auf eine 100-prozentige Versteigerung der CO₂-Zertifikate im Rahmen des Emissionshandels ab 2013 festgelegt hat und weil neue Kohlekraftwerke in Zukunft dank der erneuerbaren Energien wahrscheinlich nicht mehr auf die benötigten Volllaststunden kommen. Die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit, die klimapolitischen Auswirkungen, aber auch die Finanzkrise haben dazu geführt, dass es für die Energiekonzerne immer schwieriger wird, Kredite für den Bau neuer Kohlekraftwerke zu erhalten. Hinzu kommen teure und wegen der Proteste langwierige Genehmigungsverfahren sowie das enorme juristische Risiko einer milliardenteuren Bauruine, wie sie momentan im westfälischen Datteln droht.

Trotz all dieser Risiken und den Erfolgen in letzter Zeit braucht es weiterhin und gerade jetzt starke gesellschaftliche Anstrengungen, um den Kohlewahnsinn zu stoppen. Denn der Umbau des Energiesystems und das Erreichen der langfristigen deutschen Klimaziele werden durch jeden weiteren neuen Kohlemeiler massiv gefährdet.

Elias Perabo arbeitet für das Anti-Kohle-Büro der Klima-Allianz in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 678177571,
E-Mail: perabo@klima-allianz.de,
www.die-klima-allianz.de

Neues Denken, neue Cancen

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen? Hans-Peter Dürr, Kernphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, gibt neue Antworten auf alte Fragen. Er zeigt, dass die Verwerfungen unserer Zeit – Kriege, Klimawandel oder die Krise der Ökonomie – fatale Folgen alten Denkens und eines überkommenen Weltbildes sind. In diesem Buch fasst er sein Lebenswissen zusammen – das intellektuelle Vermächtnis eines der bedeutendsten Vordenker unserer Zeit.

Hans-Peter Dürr

Warum es ums Ganze geht

Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Hardcover, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-173-8



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



GANZE

EU-Umweltministerrat

Geld fürs Klima gibt es später

■ Die EU-UmweltministerInnen haben sich im Oktober nicht auf eine endgültige Position für die Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen einigen können. Offen blieb vor allem die Frage, wie die Anpassung an den Klimawandel finanziert werden kann. Auch die mögliche Verwendung von sogenannter heißer Luft im Emissionshandel – überschüssigen Emissionszertifikaten aufgrund des Zusammenbruchs der osteuropäischen Industrien nach 1990 – blieb ungeklärt. Über beides sollte der Rat der Staats- und Regierungschefs Ende Oktober entscheiden, dessen Ergebnisse bei Redaktionsschluss noch nicht feststanden. Zu anderen klimapolitischen Fragen konnte sich der Ministerrat einigen. So will die EU den Flug- und Schiffsverkehr in den Klimaschutz einbeziehen. Beide sollen bis 2020 zehn beziehungsweise 20 Prozent Emissionen gegenüber 2005 einsparen.

Weiterhin betonte der Rat die Bedeutung einer ökoefizienten Wirtschaft. Er strebt eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch an und will Ökoefizienz als zentralen Baustein in der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung verankern. Die Strategie, die in Kürze überarbeitet werden soll, wird von Umweltorganisationen als einseitig wirtschaftsorientiert kritisiert. Das Europäische Umweltbüro forderte von Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Maßnahmen für eine „grüne Lissabon-Strategie“ zu ergreifen. [ms]

- ▶ Rat der Europäischen Union: www.consilium.eu
- ▶ Europäisches Umweltbüro: www.eeb.org
- ▶ Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung siehe www.eu-koordination.de (EU-News)

EU-Emissionshandel

Gericht erlaubt Geschenke

■ Das Europäische Gericht hat Polen und Estland Recht gegeben, die gegen eine aus ihrer Sicht zu niedrige Zuteilung

von Verschmutzungszertifikaten im Rahmen des Emissionshandelssystems durch die EU-Kommission geklagt hatten. Die Kommission habe ihre Kompetenzen deutlich überschritten, indem sie die beantragte Zertifikatmenge für Polen um 28 Prozent und für Estland um 43 Prozent gesenkt habe, sagte das Gericht. Es sei eine Entscheidung der Mitgliedstaaten, wie viele Zertifikate sie an ihre Unternehmen ausbebe. Die Kommission habe lediglich eingeschränkte Kontrollbefugnisse.

Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Litauen und Lettland haben ähnliche Klagen eingereicht. Es ist anzunehmen, dass das Gericht auch ihnen Recht geben wird.

Die Kommission wird voraussichtlich in Revision gehen. Sollte die zweite Instanz – der Europäische Gerichtshof (EuGH) – dieselbe Auffassung vertreten, wäre das System des Europäischen Emissionshandels (ETS) ernsthaft infrage gestellt. Denn dann könnten die EU-Mitgliedstaaten in der zweiten Verpflichtungsperiode deutlich mehr Zertifikate austellen als bisher vorgesehen und damit ein Überangebot schaffen, wie es schon in der Testphase 2005 bis 2008 bestand. Die Preise auf den Zertifikatmärkten würden einbrechen und der Anreiz für Unternehmen, in emissionsarme Technologien zu investieren, würde stark sinken. Das Klimaziel der EU, die vom ETS erfassten Treibhausgasemissionen bis 2020 um 21 Prozent zu senken, dürfte damit deutlich schwieriger zu erfüllen sein. [ms]

- ▶ www.curia.eu/de
(Pressemitteilungen – 23. September 2009)

Energieeffizienz I

EU will verbindliche Ziele

■ Weil die Europäische Union es offenbar nicht schaffen wird, bis 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent zu reduzieren, wie es ihr Aktionsplan zur Energieeffizienz vorsieht, will die EU-Kommission den Plan modifizieren. Aktuelle Berechnungen zufolge werden bis zum Stichtag lediglich elf Prozent Energie eingespart. Daher

wird der Aktionsplan, der im nächsten Jahr erscheinen soll, derzeit überarbeitet. Ein Entwurf lag dem Informationsdienst EurActiv vor. Mit sieben Maßnahmen sollen zwei Millionen neue Jobs in der EU geschaffen werden – so heißt es jedenfalls in der Überschrift.

Umstritten ist, ob die Maßnahmen für die Mitgliedstaaten verbindlich sein sollen. Im ursprünglichen Entwurf des Aktionsplans wird vorgeschlagen, dass die angestrebten Ziele entweder für einzelne Sektoren gelten oder auf Gebäude beschränkt werden oder für die gesamte Wirtschaft gelten sollen. Oberste Priorität hat die Gebäudesanierung. In der revidierten Fassung schlägt die Kommission vor, bis 2020 15 Millionen Gebäude zu sanieren. Auf diesen Bereich entfallen 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU. Mit der Sanierung könnten laut Kommission 66 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden und bis zu 1,1 Millionen Jobs entstehen. [mbu]

► www.kurzlink.de/effizienzplan-09.pdf

Energieeffizienz II

Jobmaschine in Warteschleife

■ Hunderttausende neue Jobs ließen sich in Deutschland mit den richtigen Anreizen für mehr Energieeffizienz schaffen. Das rechnet das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung in einer neuen Studie vor. Würden allein die im Jahr 2007 beschlossenen Maßnahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) vollständig umgesetzt, könnten demnach 380.000 Arbeitsplätze entstehen, mit einigen weiteren Maßnahmen sogar fast die doppelte Zahl. Das Bruttoinlandsprodukt könne dadurch um bis zu 81 Milliarden Euro steigen. Experten bezweifeln allerdings, ob die Bundesregierung das Potenzial ausschöpfen kann: Weil Deutschland eine EU-Richtlinie zur Energieeffizienz nicht in nationales Recht umgesetzt hat, leitete die EU-Kommission ein Strafverfahren ein. [ms]

► <http://cms.isi.fraunhofer.de> (Presse – 14.10.2009)

EU-Gebäuderichtlinie

Einigung nur bei Neubauten

■ In zehn bis zwölf Jahren gilt voraussichtlich für jeden Neubau in der EU der Niedrigenergiestandard. Darauf dürften sich die EU-Institutionen bei der Neufassung der Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden einigen. Einer solchen zeitlichen Vorgabe werden vermutlich auch die Mitgliedstaaten im EU-Ministerrat zustimmen. Damit bleiben sie deutlich hinter den Forderungen des Europäischen Parlaments zurück, das ab 2019 einen Nullenergiestandard einführen möchte. Auch über die Definition eines Niedrigenergiehauses wird noch gestritten.

Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft verhandelt zurzeit mit Rat, Parlament und Kommission in einem sogenannten Trilog über den Richtlinienvorschlag. Dabei beraten die Vertreter der drei Institutionen hinter verschlossenen Türen über die noch bestehenden Unstimmigkeiten und versuchen einen Kompromiss herbeizuführen. Mitte Oktober fand das zweite von vier Treffen statt. Am 3. und 17. November sollen weitere Verhandlungen folgen. Uneinigkeit zwischen den EU-Regierungen und dem Parlament besteht besonders bei den Vorschriften, die die Steigerung der Energieeffizienz alter Gebäude und damit 99 Prozent des Gebäudebestandes betreffen. Einige Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, lehnen es zum Beispiel ab, Ziele für die Steigerung der Zahl von Niedrigenergiehäusern festzulegen. Auch sind sie gegen die Forderung des Parlaments, finanzielle und steuerliche Anreize für Investitionen in energieeffiziente Gebäude zu schaffen, obwohl die Finanzierung das größte Hindernis bei der Erschließung des enormen Energieeinsparpotenzials ist.

Trotz der Differenzen hat sich die schwedische Ratspräsidentschaft zum Ziel gesetzt, die Richtlinie bis zum 7. Dezember unter Dach und Fach zu bringen. Sie will damit ein positives Signal an die Verhandlungen über ein globales Klimaabkommen in Kopenhagen senden. [mv]

► Hintergrundpapier: www.kurzlink.de/dnr-geeg

Energiotechnologien

EU-Staaten sollen Milliarden investieren

■ Die Europäische Kommission hat gefordert, dass die EU in den nächsten zehn Jahren 50 Milliarden Euro zusätzlich in CO₂-arme Energiotechnologien investiert. Mittel aus dem EU-Haushalt stellt sie dafür allerdings nicht zur Verfügung, vielmehr appelliert sie an die Mitgliedstaaten, sich stärker zu engagieren.

Die Initiative der Kommission ist als Beitrag zur Umsetzung des Strategischen Energiotechnologieplans (SET-Plan) gedacht. Als kohlenstoffarme Technologien gelten darin Windkraft, Solarenergie, Stromnetze, Bioenergie, CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und „zukunftsfähige Kernspaltung“. [ms]

► www.ec.europa.eu/energy/technology (SET Plan)

Treibhausgasemissionen

CO₂-Steuer für Verkehr und Landwirtschaft

■ Die Europäische Kommission schlägt die Einführung einer Steuer auf CO₂-Emissionen vor. Sie soll für diejenigen Sektoren gelten, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind – vor allem Verkehr und Landwirtschaft. Die CO₂-Steuer wäre Teil der derzeit zu überarbeitenden Energiesteuerrichtlinie und würde zusätzlich zu den bereits bestehenden Steuern auf Energie erhoben. Das geht aus dem Richtlinienentwurf hervor, den der Informationsdienst EurActiv veröffentlichte.

Nach den Vorstellungen der Kommission sollen die Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2013 Steuern auf den Ausstoß von CO₂ erheben, und zwar mindestens einen Cent pro Kilogramm CO₂ auf Schweröl, Kerosin und Erdgas sowie einen bis drei Cent für Kraftstoffe.

Die Maßnahme sei nötig, so die Kommission, um bis 2020 das Klimaziel der EU von 20 Prozent weniger CO₂-Emissionen

gegenüber 1990 zu erreichen. Sollte die EU das eigene Ziel auf 30 Prozent verschärfen, was sie für den Fall zugesagt hat, dass andere Industrieländer ähnliche Maßnahmen ergreifen, müssten sich laut Kommission auch die CO₂-Steuersätze erhöhen.

Der Richtlinienentwurf sieht allerdings eine Reihe von Ausnahmen vor. So sollen Biokraftstoffe steuerfrei bleiben, weil deren Verbrauch CO₂-neutral sei. Auch Investitionen in CO₂-arme Technologien sollen von der Steuer verschont bleiben.

Ob der Vorschlag der Kommission Chancen auf eine Realisierung hat, steht noch nicht fest. Großbritannien, das traditionell der EU-Harmonisierung im Steuersektor ablehnend gegenübersteht, hat sich bereits skeptisch über den Entwurf geäußert. [ms]

► www.kurzlink.de/energiesteuer-rl.pdf

Erneuerbare Energien

Windautobahn A7

■ Die Organisation Eurosolar rückt offenbar vom kleinteiligen, dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien ab. Nach den Vorstellungen ihres Präsidenten Hermann Scheer soll ein 1.200 Kilometer langer Windpark entlang der längsten Au-

tobahn A7 in Zukunft Deutschland mit regenerativer Energie versorgen. Die Kosten der Windautobahn veranschlagt Scheer auf 7,5 Milliarden Euro. Damit ließen sich an etwa 1.250 geeigneten Standorten entlang der A7 Anlagen der Fünf-Megawatt-Klasse installieren. Insgesamt könnten diese jährlich 13.500 Gigawattstunden Strom produzieren, was dem Verbrauch von 3,7 Millionen Haushalten entspricht.

Noch handelt es sich nur um eine Idee. Doch Scheer, der andere Großprojekte wie Solarstrom aus der Sahara ablehnt, meint es ernst. Er möchte mit einem „Leuchtturmprojekt“ die Wirksamkeit der erneuerbaren Energien unter Beweis stellen. Bisher griff allerdings noch niemand den Vorschlag auf. [ms]

► www.eurosolar.de

Atom Müll

Asse II – die nächste Panne

■ Das Atom Mülllager Asse II bei Wolfenbüttel liefert weiter regelmäßig Stoff für Pannenberichte. Anfang Oktober stürzte eine Decke in dem Bergwerk ein, in dem 126.000 Tonnen schwach- und mittelradioaktivem Atom Müll sowie – unerlaubterweise – auch einige Kilogramm

hochradioaktives Plutonium lagern. Eine Gefahr bestehe nicht, da in dem Stollen kein Atom Müll gelegen habe, sagte das verantwortliche Bundesamt für Strahlenschutz. Man wolle aber prüfen, ob Hohlräume stabilisiert werden müssten. [ms]

► www.asse2.de

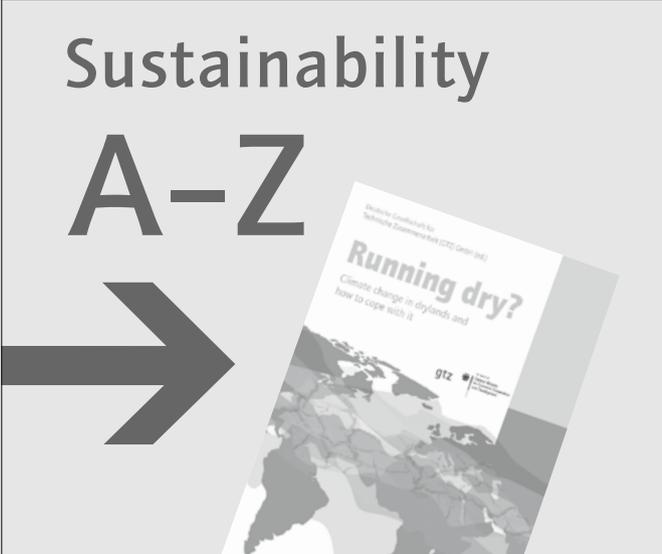
KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Chemikalien in Verpackungen

Verbraucherinformation jahrelang verweigert

■ Ende September legte das Verbraucherschutzministerium die lange erwarteten Untersuchungsergebnisse über die Verunreinigung von Lebensmitteln mit der Druckchemikalie Isopropylthioxanthon (ITX) auf den Tisch. Viel zu spät, wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte.

Laut dem Bericht des Ministeriums lagen den Verantwortlichen schon im November 2005 Informationen über die Chemikalienbelastungen von Getränkkartonprodukten vor. Nach den vorliegenden Daten waren die Substanzen



Sustainability
A-Z

Running dry?
Climate change in drylands and how to cope with it

D

as in Dryland

Drylands cover more than one third of the world's terrestrial area. This book gives the first comprehensive overview of the state of research on the issues surrounding »climate change and drylands«. It reveals the various interrelations and feedback mechanisms and discusses how sustainable land management can be made part of the response to climate change. An essential compendium for all scientists, development practitioners and policymakers.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (ed.)
Running dry?
Climate change in drylands and how to cope with it
oekom verlag, Munich 2009, 222 pages, 29,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-184-4

Available at
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

The good sites of the future



keineswegs gesundheitlich unbedenklich, sondern überschritten den Grenzwert des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) von 50 Mikrogramm je Kilogramm um ein Vielfaches. Zudem habe die wissenschaftliche Datenlage damals keineswegs für gesundheitliche Unbedenklichkeitserklärungen ausgereicht.

Die Hinhaltepolitik des Ministeriums zeigt aus Sicht der DUH, dass das Verbraucherinformationsgesetz nicht zur Aufklärung der BürgerInnen, sondern rechtswidrig zur Informationsblockade eingesetzt werde. Die betroffene Wirtschaft werde vor den Verbraucherinnen und Verbrauchern geschützt statt umgekehrt.

Auch derzeit könne nicht ausgeschlossen werden, dass Chemikalienreste von der Verpackung in das Getränk gelangen, sagte DUH-Abfallexpertin Maria Elander. Die Druck- und Produktionsverfahren hätten sich bis heute nicht geändert. Neue Stoffe seien noch nicht ausreichend geprüft. Daher fordert die DUH, den Einsatz chemischer Substanzen nur dann zu erlauben, wenn diese in Langzeituntersuchungen eindeutig als unbedenklich eingestuft worden seien. [mbu]

► DUH, Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25898612, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de

Umfrage

Viele Kunden achten auf Umweltfreundlichkeit

■ Wie die Umweltfreundlichkeit von Produkten und die Kennzeichnung mit Ökolabels das Kaufverhalten der EuropäerInnen beeinflussen, hat das Statistische Amt der EU Eurostat untersucht. Wie eine Umfrage von Eurostat über die Einstellung der europäischen BürgerInnen zur Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion ergab, macht sich etwas mehr als die Hälfte der Kundinnen und Kunden Gedanken über die Umweltauswirkungen ihrer Konsumgüter. Ungefähr ein Drittel der Befragten sieht den größten Einfluss zur Lösung von Umweltproblemen in der Minimierung

von Abfällen. Dem Kauf von energieeffizienten Geräten schreiben 21 Prozent eine große Bedeutung zu. 85 Prozent der befragten Deutschen sagten, dass Energieeffizienz ihr Kaufverhalten beeinflusst.

Bei etwa der Hälfte der Befragten spielt das Ökolabel eine wichtige Rolle bei der Kaufentscheidung. Die KonsumentInnen wollen durch Umweltkennzeichnungen erfahren, ob das Produkt recycel- und wiederverwertbar ist, aus umweltfreundlichen Quellen stammt und ob die Verpackung recycelbar ist. Drei von zehn EU-BürgerInnen forderten, dass Einzelhändler, die ihre umweltfreundlichen Produkte vermarkten wollen, die KonsumentInnen besser informieren sollen. Gut die Hälfte der Interviewten ist der Meinung, dass bessere Einkommen und gleichzeitig höhere Steuern für umweltzerstörende Produkte die Marktchancen für Ökoprodukte erhöhen. Die Befragung von rund 26.500 zufällig ausgewählten BürgerInnen fand im April in allen 27 EU-Mitgliedstaaten und Kroatien statt. [aks]

► Eurostat-Umfrage (engl., PDF, 86 S., 5,2 MB): www.kurzlink.de/green-consumption

Studie, Claire Schaffnit-Chatterjee, weist auch darauf hin, dass immer mehr arme Bauern von Saatgutfirmen abhängig sind.

Die Verfasser des Weltagrарberichts von 2008 halten einen Paradigmenwechsel in der landwirtschaftlichen Forschung, Entwicklung und Praxis für notwendig, um Hunger und Armut auf der Welt zu bekämpfen. Entscheidend sei dabei weniger die Steigerung der Produktivität, sondern vor allem die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln vor Ort.

Weil das brisante Werk im deutschsprachigen Raum bisher kaum wahrgenommen wird, haben WissenschaftlerInnen der Universität Hohenheim den Weltagrарbericht für Fachleute und Interessierte aufbereitet. Eine vollständige deutschsprachige Fassung des Weltagrарberichts, ergänzt um eine Kurzdarstellung, erschien erst im Oktober dieses Jahres. [mbu]

- Studie der Deutschen Bank (PDF, 44 S., 830 kB): www.kurzlink.de/bank-agrar-studie
- Uni Hohenheim, Eva Schmidtn, Tel. +49 (0) 711 / 45922551, E-Mail: schmidtn@uni-hohenheim.de
- Weltagrарbericht, Kernaussagen und Downloads: www.de.wikipedia.org/wiki/Weltagrарbericht

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Globale Landwirtschaft

Deutsche Banker entdecken Kleinbauern

■ Was die Autoren einer Studie der Deutschen Bank über Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft im Oktober forderten, war schon im vergangenen Jahr im Weltagrарbericht zu lesen: Um die globale Lebensmittelversorgung zu sichern, muss vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert werden. Die Agrarpolitik müsse sich an Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit orientieren, heißt es in der Bankstudie. Gentechnik biete zwar Chancen, langfristige Auswirkungen seien aber noch nicht abzusehen. Die Autorin der

Koexistenz

Genpflanzen schaden Imkerei

■ Weil Bienen zu weit fliegen, ist eine Koexistenz zwischen gentechnisch veränderten und gentechnikfreien Pflanzen zur Honiggewinnung so gut wie unmöglich. Das ist das Ergebnis einer Diplomarbeit am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel.

Der Verfasser David Goertsches ging der Frage nach, ob die Imkerei existentiell durch den Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen gefährdet ist. Die Forschungsfrage konnte zwar nicht abschließend beantwortet werden, aber der Autor stellte zum Teil gravierende Probleme fest. Werde der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ausgeweitet, könnten sich auch die Probleme vermehren. Laut der wissenschaftlichen Untersuchung mit dem Titel „Imkerei und Gentechnik

im Konflikt“ ist die von der EU und der Bundesregierung angestrebte Koexistenz unter Einbeziehung der Imkerei aufgrund der enormen Flugradien der Bienen nur schwer oder gar nicht zu realisieren.

Wie Goertsches in Befragungen herausfand, sehen die Imker und ihre Vereinigungen in der Gentechnik eine Existenzbedrohung. Die Imker gehen davon aus, dass gentechnisch kontaminierte Imkereiprodukte von den Kunden abgelehnt werden.

[mbu]

- Diplomarbeit (PDF, 98 S., 920 kB): www.kurzlink.de/bienen-gentechnik

Zulassung von Genpflanzen

EU will Genmais für Futtermittel erlauben

■ In der EU werden voraussichtlich bald drei neue Genmais-Sorten zugelassen. Beim EU-Agrarministerrat in Luxemburg gab es im Oktober keine ausreichende Mehrheit gegen den Vorschlag der EU-Kommission, die genmanipulierten Produkte in Europa zu vermarkten. In einem solchen Fall, wie er bei der Zulassung von Genpflanzen regelmäßig auftritt, kann dann die Europäische Kommission entscheiden, ob sie die Genmais-Sorten zulässt oder nicht. Bisher stimmte die Kommission in der Regel für eine Genehmigung. Sie folgte dabei stets der Einschätzung der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA. Diese hält die drei Genmaissorten für genauso sicher wie konventionellen Mais.

Es geht um drei genmodifizierte Sorten von Monsanto (MON 88017 und MON 89034) und von Pioneer (59122xNK603). Die Maissorten wurden gegen bestimmte Schädlinge immun gemacht. Die Konzerne beantragten eine Zulassung für den Import als Futter- und Lebensmittel, ein Anbau in Europa ist nicht geplant.

Nach Angaben der europäischen Futtermittelindustrie ist die Versorgung mit Futter gefährdet, wenn der Genmais nicht auf den Markt kommt. Im Sommer war Tierfutter aus den USA wegen Spuren

nicht zugelassener genveränderter Bestandteile an den europäischen Grenzen abgewiesen worden. Industrievertreter und Bauernverbände fordern deshalb die Abschaffung der Nulltoleranz für in der EU nicht genehmigte Genpflanzen.

Dass die Lage auf dem Futtermittelmarkt tatsächlich so prekär ist wie behauptet, bezweifelt unter anderem der BUND. Aus einem Hintergrundpapier des Umweltverbandes geht hervor, dass es sich nur um wenige verunreinigte Futtermitteladungen handelt, die fast ausschließlich aus den USA kamen. Lieferungen aus den anderen Hauptanbauländern Brasilien und Argentinien seien dagegen frei von Verunreinigungen mit illegalen genmanipulierten Bestandteilen.

[mbu]

- Ergebnisse des Agrarministerrates (PDF): www.kurzlink.de/agrartrat19.10.09
- Hintergrundpapier zur Nulltoleranz (PDF, 5 S.): www.kurzlink.de/nulltoleranz-bund

Kontamination

Wieder Gen-Leinsamen entdeckt

■ Im Oktober ist in Müsli und Brötchen aus rheinland-pfälzischen Geschäften wieder gentechnisch veränderter Leinsamen gefunden worden. Dieser Leinsamen ist in der EU nicht zugelassen. Das zuständige Landesuntersuchungsamt (LUA) fand in 19 von 31 Proben aus Bäckereien Spuren von gentechnischer Verunreinigung. Die Behörden der anderen Bundesländer wurden durch das Schnellwarnsystem über die Ergebnisse informiert.

Im September waren die ersten Funde von gentechnisch veränderter Leinsaat in Deutschland bekannt geworden (umwelt aktuell 10.09, S. 16). Dabei handelt es sich um eine herbizidtolerante und antibiotikaresistente Pflanze aus Kanada, wo sie im Jahr 2000 kommerziell angebaut wurde.

[mbu]

- Landesuntersuchungsamt Rheinland-Pfalz: www.kurzlink.de/leinsaatuntersuchung

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Tropenwälder

Waldschutz ist Klimaschutz

■ Zahlungen an Waldbesitzer tropischer Regenwälder zum Erhalt der Wälder sind ein effektiver Beitrag zur Verminderung von Treibhausgasemissionen. Das ergab eine neue Studie des International Institute for Environment and Development (IIED). Rund 20 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen entstehen danach durch die Abholzung tropischer Regenwälder. Daher sollten diese Teil eines neuen Klimaabkommens sein, so das IIED. [bv]

- Studie (PDF, 62 S., 840 kB): www.iied.org/pubs/pdfs/13555IIED.pdf

Desertifikation

Weltweit immer mehr Trockenzone

■ Die weltweite Ausbreitung von Wüsten verstärkt den Klimawandel. Diese Erkenntnis stand am Ende der neunten Konferenz der UN-Konvention gegen Wüstenbildung (UNCCD) im Oktober in Buenos Aires. Einziges handfestes Ergebnis war die dringende Mahnung, bei den UN-Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen den Bodenschutz einzubeziehen. Die Teilnehmer beschlossen zwar einen Zehnjahres-Strategieplan zur Umsetzung der Konvention, dieser sieht jedoch keine konkreten Maßnahmen vor.

Bereits 40 Prozent der Landoberfläche sind Trockenzone. Neben Wüsten gehören dazu alle Gebiete mit allgemein trockenem Klima und wenig Vegetation. Diese Zonen sind sehr anfällig für Bodenverschlechterung. Nach neuen Daten des Weltklimarats IPCC wird der Klimawandel die Trockengebiete in den nächsten Jahren um elf Prozent vergrößern.

Die UNCCD, der alle UN-Mitgliedsstaaten angehören, ist weltweit das einzige

internationale Abkommen, das auf Schutz und Erhalt des Bodens und seiner Fruchtbarkeit abzielt. Bei den Haushaltsmitteln rangiert die UNCCD mit jährlich 14 Millionen Dollar allerdings deutlich hinter anderen UN-Konventionen wie etwa dem Klimaabkommen mit 150 Millionen.

Für Patrice Burger von der französischen Organisation Centre d'actions et de réalisations internationales, die sich mit ökologischer Entwicklungspolitik im ländlichen Raum beschäftigt, liegt ein grundlegender Fehler der UNCCD schon in ihrer Definition von Wüstenbildung. Danach behandle die Konvention nur die Verschlechterung und Schädigung von Böden unter dem Einfluss des Klimawandels, nicht aber gesellschaftliche Folgen wie fehlende Ernährungssicherheit, Instabilität und Migration großer Bevölkerungsgruppen wegen des Klimawandels. [aks]

- ▶ www.unccd.int/cop/cop9/menu.php
- ▶ www.kurzlink.de/unccd-strategieplan

EU-Biodiversitätsschutz

Lebenslinie für die Wirtschaft

■ Über den Zustand der Biodiversität in Europa und ein mögliches Post-2010-Ziel der EU haben rund 120 Vertreter der europäischen Regierungen, aus Umweltverbänden und der Wirtschaft im September im belgischen Lüttich debattiert. Die Delegierten der fünften Konferenz „Biodiversität für Europa“ waren sich einig, dass die europäische Biodiversität auch eine „Lebenslinie für die Wirtschaft“ bildet.

Ergebnis der Konferenz war eine Message from Liège, die Prioritäten und Empfehlungen zum Schutz der Ökosysteme, zur Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität und zur Integration der Biodiversität in andere gesellschaftliche Bereiche auflistet. Als Post-2010-Biodiversitätsziel, also als neues Ziel nach der gescheiterten EU-Biodiversitätsstrategie von 1998, wird vorgeschlagen, „weitere Arten- und Lebensraumverluste zu stoppen und bis 2025 degradierte Gebiete zu renaturieren – mit dem Schwer-

punkt bei den Schnittstellen von Biodiversität, Ökosystemleistungen, Klimawandel und menschlichem Wohlbefinden“. Dabei sei die paneuropäische Kooperation zwischen allen 54 Ländern des Kontinents wichtig.

Nichtregierungsorganisationen hatten im Vorfeld Forderungen formuliert, die teilweise in das Abschlussdokument eingeflossen sind. [bv]

- ▶ Konferenz: www.unep.ch/roe/Biodiv5Conf.htm
- ▶ NGO-Treffen: www.kurzlink.de/biodiv-5-konf-ngo

Klimawandel

Die Rolle der Natur

■ Die EU-Kommission hat die Rolle von Ökosystemen bei der Bekämpfung des Klimawandels hervorgehoben. Marine und terrestrische Ökosysteme spielten eine große Rolle bei der Regulierung von Klima und Artenvielfalt, erklärte die Kommission. Ihre Ökosystemleistungen könnten bei der Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels und bei den notwendigen Anpassungsmaßnahmen helfen, heißt es in einer Informationsbroschüre. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/naturesrole-climate

EU-Naturschutzprojekte

Effektiver verwalten

■ Ein im September veröffentlichter Bericht des Europäischen Rechnungshofes zur Nachhaltigkeit der LIFE-Natur-Projekte hat Defizite in der Effektivität des Managements dieser Projekte und mögliche Verbesserungen aufgezeigt.

Das EU-Förderprogramm LIFE Natur dient der Kofinanzierung von Projekten zur Erhaltung von Arten und Lebensräumen in Natura-2000-Gebieten. Der Rechnungshof kontrollierte 35 Projekte in sechs Mitgliedstaaten. Die Prüfer wollten wissen, wie LIFE-III-Natur-Projekte in der Förderperiode 2000 bis 2006 durchgeführt und überwacht wurden. Ebenfalls auf dem

Prüfstand waren die Verbreitung und langfristige Verwaltung der Projektergebnisse sowie das Auswahlverfahren für das neue Programm LIFE+ für die Förderperiode 2007 bis 2013. Der Rechnungshofbericht gibt zu einzelnen Projektphasen Empfehlungen zur Nachhaltigkeit künftiger LIFE-Natur-Projekte. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/nachhaltig-lifenatur
- ▶ www.ec.europa.eu/environment/life

Donau, Drau und Mur

Schutzgebiet in Sichtweite

■ Für die Schaffung eines 630.000 Hektar großen, grenzüberschreitenden Unesco-Biosphärenreservats zum Schutz der Flusslandschaften von Drau und Mur haben die Premierminister Ungarns und Rumaniens im September eine Absichtserklärung unterzeichnet. Damit rückt die Verwirklichung eines Fünf-Länder-Biosphärenreservats zwischen Kroatien, Serbien, Slowenien, Österreich und Ungarn in greifbare Nähe. Seit 15 Jahren setzen sich die Naturschutzorganisationen Euronatur, WWF und Drava Liga mit zahlreichen Partnern für ein solches Schutzgebiet ein. [bv]

- ▶ EuroNatur, Dr. Martin Schneider-Jacoby, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 927210, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

Waldwirtschaft

Schwarzbuch zeigt Defizite

■ Ein im Sommer vom BUND veröffentlichtes „Schwarzbuch Wald“ hat erhebliche Defizite in der deutschen Waldwirtschaft aufgezeigt. In 15 Fallstudien aus elf Bundesländern werden Verstöße gegen nationale und europäische Naturschutzgesetze und EU-Richtlinien dokumentiert, darunter Kahlschläge, Bodenschäden und Fällungen wertvoller Altbaumbestände. [bv]

- ▶ www.bund.net/schwarzbuch-wald

Exploring Europe's green gems

Europe's national parks are part of the continent's system of protected areas. They are reservoirs of biodiversity, sources of water and places of recreation. The book takes its readers on a journey through the last 100 years of national park history. Detailed profiles of the first parks, founded in many European countries, highlight the biodiversity, beauty and complexity of these green gems.

EUROPARC Federation (ed.)

Living Parks

100 Years of National Parks in Europe

96 pages, 14,90 EUR
ISBN 978-3-86581-187-5



Available at www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Feldvögel

Aussaat mit Mut zur Lücke

■ Der NABU und der Deutsche Bauernverband (DBV) haben im September die Landwirte aufgerufen, bei der Saat von Wintergetreide und Raps kleine Lücken als Lebensraum für bedrohte Feldvögel zu lassen. In diesen sogenannten Feldlerchenfenstern finden Feldvögel mehr Nahrung als im dichten Getreide und brüten deshalb erfolgreicher. Mit dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projekt „1000 Äcker für die Feldlerche“ wollen NABU und DBV innerhalb von zwei Jahren möglichst viele Landwirte für die freiwillige Anlage von Feldlerchenfenstern gewinnen. Als Anerkennung erhalten teilnehmende Landwirte eine Hinweistafel zur Aufstellung am Ackerrand. [bv]

- Michael-Otto-Institut im NABU, Bergenhusen, Tel. +49 (0)4885570, E-Mail: michael-otto-institut@nabu.de, www.bergenhusen.nabu.de

Rote Liste der Wirbeltiere

Ein Drittel bestandsgefährdet

■ Ein Drittel der Wirbeltierfauna in Deutschland ist vom Aussterben bedroht. Das geht aus der Roten Liste der gefährdeten Wirbeltiere Deutschlands hervor, die das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Oktober veröffentlichte. Die entsprechende Studie zeigt, dass 43 Prozent der Wirbeltierarten gefährdet und ein Drittel „akut bestandsgefährdet“ sind. Bedroht sind unter anderem der Feldhamster, der Kiebitz und die Chiemsee-Renke, ein Forellenfisch. Aus der Roten Liste geht aber auch hervor, dass Schutzmaßnahmen erste Erfolge gebracht haben. Die Bestände von insgesamt 44 Tierarten wie Fischotter, Biber und Wolf konnten sich erholen.

Die Präsidentin des BfN Beate Jessel kritisierte, dass Deutschland das Ziel, den Rückgang der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen, deutlich verfehle. Der NABU forderte die neue Bundesregierung auf, entschlossen gegen das Artensterben vorzugehen. Sie solle die Lebensräume der

Tiere vor intensiv betriebener Landwirtschaft schützen und gegen die mangelhafte Betreuung und Pflege bestehender Schutzgebiete vorgehen. [zt]

- BfN, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-0, www.bfn.de
- NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: nabu@nabu.de, www.nabu.de

Biodiversitätsschutz

Ein Gesetz soll alles regeln

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im September ein Eckpunktepapier mit den 15 wichtigsten Handlungsfeldern für ein Biodiversitätsgesetz vorgestellt. Unter anderem mit einem „Biodiversitäts-Check“, der Auswirkungen sämtlicher Planungen der Regierung auf die Biodiversität prüft, soll das Gesetz den Erhalt der Artenvielfalt in Deutschland sichern. Der Schutz der biologischen Vielfalt müsse „Querschnittsaufgabe“ der neuen Bundesregierung werden, forderte die DUH. [bv]

- www.kurzlink.de/duh-biodivgesetz

STADT & REGION

Deutscher Städtetag

Städte wollen Unterstützung

■ Der Deutsche Städtetag hat sich mit zehn Forderungen an die neue Bundesregierung gewandt. Unter anderem wollen die Städte und Gemeinden finanzielle und gesetzliche Unterstützung beim Klimaschutz, um dezentrale Instrumente zur CO₂-Senkung zu erarbeiten, die Luftqualität zu verbessern und den Umgebungslärm zu vermindern. Außerdem müssten die ungleiche Besteuerung im Verkehr abgebaut und der Schadstoffausstoß bei Kraftfahrzeugen durch technische Vorgaben reduziert werden.

Der Städtetag forderte auch die Verabschiedung eines einheitlichen Umweltge-

setzbuches und eine kommunalverträgliche Ökosteuer. Beim Abfallmanagement bräuchten die Städte mehr Kompetenzen bei der wirtschaftlichen Ausgestaltung und „nicht ein allein wettbewerblich gestaltetes Abfallrecht“. Auch Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gehörten zu den Aufgaben der städtischen Daseinsvorsorge und müssten in kommunaler Hand verbleiben. [jg]

► www.staedtetag.de

Konferenzankündigung

Unverwüstliche Städte

■ Resilient Cities 2010 – unverwüstliche Städte – nennt sich der erste Weltgipfel von Städten, die sich mit der Anpassung an den Klimawandel auseinandersetzen müssen. Der für Ende Mai nächsten Jahres geplante Kongress wird vom internationalen Verband von Städten, Gemeinden und Landkreisen für nachhaltige Entwicklung ICLEI organisiert und soll künftig jährlich stattfinden. Schon jetzt können sich Interessierte registrieren lassen oder Vorschläge für die Programmgestaltung machen. Gesucht werden unter anderem gute Beispiele, Bildungskonzepte sowie funktionierende Politikmaßnahmen. [jg]

► www.iclei.org/bonn2010

Klimawandel

Bürgermeister kooperieren

■ Anlässlich der Europäischen Woche der Städte und Regionen Anfang Oktober in Brüssel haben BürgermeisterInnen aus der EU und den USA eine transatlantische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels vereinbart. Städte und Gemeinden haben Selbstverpflichtungen verabschiedet, um Treibhausgase zu reduzieren. Elizabeth Kautz, Vizepräsidentin der US-Bürgermeisterkonferenz, in der Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern vertreten sind, sagte: „Obwohl die Regierung

unseres Landes das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet hat, sind fast 1.000 Städte der Klimaschutzvereinbarung der amerikanischen Bürgermeister beigetreten und haben sich damit verpflichtet, die Kyoto-Ziele zu erfüllen oder sogar zu übertreffen.“ Wie die Bürgermeisterin von Kopenhagen Mona Heiberg erklärte, will die UN-Klimagipfelstadt „alles daransetzen“, bis 2025 „kohlenstofffrei“ zu sein. Ein aufblasbarer Globus mit den Unterschriften der klimabewussten BürgermeisterInnen soll die Verhandlungsführer in Kopenhagen an das Engagement der lokalen Gemeinden zur Bekämpfung des Klimawandels erinnern.

Diskutiert wurden außerdem „grüne Partnerschaftsprogramme“ zwischen Städten in den USA und Europa zum Austausch von erfolgreichen Klimaschutzaktionen sowie Aktivitäten zum Energiesparen und zur Effizienzsteigerung. [jg]

► www.opendays.europa.eu

► www.europa.eu/rapid (Reference COR/09/92)

TIERSCHUTZ & ETHIK

Legehennenhaltung

Nudeln ohne Käfigeier

■ Immer mehr deutsche Nudelproduzenten und Supermarktketten wollen die Verarbeitung und den Verkauf von Käfigeiern beenden. Das teilte die Kampagne „Käfigfrei“ mit, der mehrere Tierschutzorganisationen angehören. Ein gutes Dutzend Produzenten habe versichert, auf Eier aus Käfighaltung zu verzichten. Seit Januar sind Käfigbatterien in Deutschland verboten. Doch die Umstellung bereite Probleme. Bisher würden zu wenig Eier aus Boden- und Freilandhaltung angeboten, so die Firmen. Teilweise habe man auf ausländische Anbieter zurückgreifen müssen. Die Tierschutzorganisation Vier Pfoten kündigte an, spätestens 2010 alle Betriebe öffentlich zu machen, die mit Duldung der Behörden weiter die alten Käfigbatterien nutzen.

Einige deutsche Produzenten wichen auf die sogenannte Kleingruppenhaltung aus, bei der sich die Größe der Käfige nicht wesentlich von der früheren Käfighaltung unterscheidet. Sie ist noch erlaubt, wird von Tierschützern aber als „Mogelpackung“ kritisiert. Die Kampagne geht jedoch davon aus, dass sich die Bodenhaltung als Standard etablieren wird. [zt]

► Kampagne Käfigfrei, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 8639-1659, Fax -5103, E-Mail: kontakt@albertschweitzer-stiftung.de, www.kaefigfrei.de

Tierschutz

Erlaubnis zum Schächten mit Auflagen

■ Das Bundesverfassungsgericht hat einem muslimischen Metzger das rituelle Schlachten von Tieren unter starken Einschränkungen erlaubt. Der Mann aus Hessen streitet seit 1994 um die Genehmigung zum Schächten von Lämmern und Rindern. Aus Gründen der Religionsfreiheit hatte das Verfassungsgericht im Jahr 2002 grundsätzlich entschieden, dass Schlachttiere mit einem Kehlschnitt und ohne Betäubung getötet werden dürfen, wenn die Glaubensrichtung dies gebietet und eine Ausnahmegenehmigung vorliegt. Letztere war für den Metzger 2008 ausgelaufen. Danach erlegte ihm das hessische Verwaltungsgericht so hohe Auflagen auf, dass er praktisch nicht mehr schächten konnte. Dies erklärte Karlsruhe zwar nun für verfassungswidrig, setzte jedoch seinerseits Auflagen fest. Der Metzger darf nur eine bestimmte Anzahl von Tieren schächten und seine KundInnen müssen ihren Bedarf schriftlich begründen.

Während der Metzger weiter vor dem Verfassungsgericht klagen will, erneuerten einige Tierschutzorganisationen ihre Forderung, das Tierschutzgesetz so zu ändern, dass das Schlachten ohne Betäubung, das Wirbeltieren erhebliche Leiden zufüge, ausgeschlossen wird. [mb]

► AZ: 1 BvR 1702/09

Was der Lissabon-Vertrag für die EU-Umweltpolitik bedeutet

Neue Rechtsgrundlage für die EU

Wenn der Lissabon-Vertrag in Kraft tritt, ersetzt er den derzeit gültigen Vertrag von Nizza aus dem Jahr 2000 und schafft damit eine neue Rechtsgrundlage für die EU.

Der Lissabon-Vertrag besteht aus drei wesentlichen Teilen: erstens dem „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV), zweitens dem „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV), der im Wesentlichen dem bisherigen „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften“ entspricht. Und drittens wird eine „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ eingefügt.

Der Begriff „Gemeinschaften“ wird dann endgültig aus dem EU-Vokabular gestrichen. Man spricht in Zukunft nur noch von der Europäischen Union. Auch die bisherige Dreisäulenstruktur, die das Nebeneinander von Europäischen Gemeinschaften, Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Bereich Inneres/Justiz verdeutlicht hat, existiert nicht mehr.

Parlament redet bei Landwirtschaft mit

Fundamentale Änderungen bringt der Vertrag von Lissabon nur in wenigen Bereichen mit sich. In vielen Politikfeldern entspricht er weitgehend seiner Vorgängerversion. Wichtige Änderungen finden bei den Institutionen statt: So wird für zweieinhalb Jahre ein Ratspräsident gewählt, außerdem soll es einen Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik geben. Noch unklar sind die Änderungen bei der EU-Kommission.

Bedeutend ist die deutliche Ausweitung der Kompetenzen des Parlaments. So erhält das Europaparlament in zahlreichen zusätzlichen Politikbereichen gleichrangige Rechte wie der Ministerrat. Dazu zählen auch die Landwirtschaft und die Fischerei, was zu einer neuen Dynamik in diesen zentralen Politikfeldern führen könnte. Auch über den EU-Haushalt entscheiden Rat und Parlament zukünftig gleichberechtigt.

Klimaschutz und Energiepolitik

Im Kapitel Umwelt (künftig Artikel 191 bis 193 neu AEUV) wird der Klimaschutz fortan ausdrücklich als Ziel genannt und somit gestärkt. Neu ist, dass danach mit Artikel 194 ein eigenes Kapitel zu

Energie eingefügt wird. Ziel der europäischen Energiepolitik soll es danach sein, die Funktionsweise der Energiemärkte und die Sicherheit der Energieversorgung sicherzustellen sowie Energieeffizienz, Energieeinsparungen und die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energieformen zu befördern. Den Mitgliedstaaten wird dabei überlassen, welche Energiequellen sie bevorzugen.

Nationale Parlamente und ein Element direkter Demokratie

Der Lissabon-Vertrag stärkt die Rechte der nationalen Parlamente. Sie erhalten zukünftig mehr Informationsrechte und die Möglichkeit, früher in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen. Wie diese Möglichkeiten umgesetzt werden, entscheidet allerdings jeder Mitgliedstaat für sich.

Die entsprechenden deutschen Gesetze hatte das Bundesverfassungsgericht im Sommer für mangelhaft erklärt und das Parlament gezwungen, nachzubessern (siehe nebenstehenden Artikel). Diese stärkere Verflechtung von nationaler und europäischer Ebene könnte die Aufmerksamkeit der Parlamente in den Mitgliedstaaten sowie der Medien für die EU-Politik stärken.

Neu ist zudem die Möglichkeit, mit einer Millionen Unterschriften die Kommission zu einer Gesetzesinitiative aufzufordern. Damit wird erstmals ein Element direkter Demokratie auf europäischer Ebene eingeführt.

Umweltstrafrecht jetzt supranational

Eine interessante Änderung ergibt sich beim Umweltstrafrecht. Bisher hat die EU nicht die Kompetenz, hier die Höhe der nationalen Strafen zu harmonisieren, da der Bereich Inneres und Justiz in den Vorgängerverträgen zwischenstaatlich geregelt war. Mit dem Lissabon-Vertrag würde dieser Bereich aber Gegenstand der supranationalen Gesetzgebung. Damit könnte die Kommission einen Gesetzesvorschlag einbringen, den Rat und Parlament gleichberechtigt verabschieden. Allerdings kann ein Mitgliedstaat das Vorhaben stoppen, wenn es fundamentale Konflikte mit seinem eigenen Strafrecht befürchtet. [ms]

► www.europa.eu/lisbon_treaty

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Lissabon-Vertrag

Neuer EU-Vertrag vor letzten Hürden

■ Nachdem auch Irland, Deutschland und Polen die Hürden für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags aus dem Weg geräumt haben, fehlt nur noch die Ratifizierung durch Tschechien. Dort muss sich das Verfassungsgericht noch mit dem Fall befassen. Zudem ist der tschechische Präsident Václav Klaus gegen den Lissabon-Vertrag und fordert noch Zugeständnisse, weil er Klagen von deutschen Vertriebenen auf Eigentumsrückgabe fürchtet.

Die Europäische Union steht unter Zeitdruck: Sollte der Lissabon-Vertrag nicht in Kraft treten, müsste die EU-Kommission nach dem zurzeit noch geltenden Vertrag von Nizza nominiert werden. Und das hieße, dass nicht mehr jedes EU-Land einen Kommissar oder eine Kommissarin nach Brüssel schicken könnte.

Das zweite irische Referendum zum Lissabon-Vertrag Anfang Oktober ist mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit positiv ausgefallen. Ende September hatte Deutschland und Mitte Oktober Polen ratifiziert. Der Ratifikation durch den deutschen Bundespräsidenten war eine Änderung der Begleitgesetze zum Vertrag vorausgegangen, die Bundestag und Bundesrat im Eilverfahren beschlossen haben. Die Änderung war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende Juni eine Zustimmung zum Lissabon-Vertrag von einer Ausweitung der parlamentarischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in EU-Angelegenheiten abhängig gemacht hatte.

Bundestag und Bundesrat erhalten durch die Begleitgesetze mehr Informationsrechte. Zudem müssen sie zustimmen, wenn Deutschland zusätzliche Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen will (siehe auch Kasten links). [jg, ms]

► www.kurzlink.de/begleitgesetze

Neue Bundesregierung**Koalitionsvertrag und Ministerriege vorgestellt**

■ Die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP haben im Oktober den Koalitionsvertrag und das neue Kabinett vorgestellt. Angela Merkel (CDU) bleibt Kanzlerin, Guido Westerwelle (FDP) wird Vizekanzler und Außenminister. Die CDU erhielt sieben Ministerposten, die CSU drei und die FDP fünf. Neuer Umweltminister ist der 44-jährige promovierte Jurist Norbert Röttgen (CDU). Landwirtschaftsministerin bleibt Ilse Aigner (CSU). Das Verkehrsressort wird von Peter Ramsauer (CSU) angeführt. Dirk Niebel (FDP) ist neuer Minister für Entwicklungszusammenarbeit. Jüngstes Kabinettsmitglied mit 36 Jahren ist Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP). Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist mit 67 Jahren der Älteste.

Der rund 130-seitige Koalitionsvertrag trägt den Titel „Wachstum – Bildung – Zusammenhalt“. Das umweltpolitisch interessante Kapitel „Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz“ enthält etwa 28 Seiten (Kommentar siehe Kasten rechts). [jg]

► www.bundesregierung.de

Öffentliches Beschaffungswesen**Regierung soll grüner einkaufen**

■ 26 Organisationen haben die neue Bundesregierung aufgefordert, beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen auf soziale und ökologische Kriterien zu achten. Das Bündnis, dem unter anderem der BUND und Greenpeace, die Gewerkschaften IG Metall und Verdi, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Terre des hommes und die Christliche Initiative Romero angehören, forderte ein Ende der „Ausbeutung mit Steuergeldern“ und einen Aktionsplan zur sozial-ökologischen öffentlichen Beschaffung. Die öffentliche Hand gebe in Deutschland jährlich rund

Koalitionsvereinbarungen oder Greenwashing pur?

Nach zähem Ringen haben sich CDU, CSU und FDP auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Umweltpolitisch ist darin nicht viel zu holen. Naturschutzrechtlichen Ablasshandel und Atomförderung kommentiert Helmut Röscheisen vom DNR.

Wie man weitreichende politische Veränderungen mit erheblichen negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen als Erfolgsgeschichte darstellen kann, zeigen Verlauf und Ergebnisse der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarungen. Als Einstieg wurde ganz schnell ein offensichtliches Defizit bei der Agenda 2010 beseitigt: Die Freibeträge von privaten Ersparnissen bei Hartz IV wurden deutlich angehoben. Dies ist allerdings nur für die Hartz-IV-Bezieher vorteilhaft, die auch tatsächlich über nennenswerte Ersparnisse verfügen – und das sind nicht allzu viele.

Beim Naturschutz gibt es im Koalitionsvertrag eine ganze Reihe guter Ansätze, wie sie auch von den Umweltverbänden gefordert werden, zum Beispiel ein Bundesprogramm Naturschutz zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, ein Bundesprogramm Wiedervernetzung als Grundlage für den Bau von Querungshilfen bei Straßen, die Sicherung der beim Nationalen Naturerbe noch ausstehenden 25.000 Hektar national wertvoller Naturflächen und die Einstufung des Grünen Bandes Deutschland unter die neu geschaffene Schutzkategorie „Nationales Naturmonument“. Gleichzeitig wird aber den Bundesländern ermöglicht, beim Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft statt der bisherigen realen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen reine Geldzahlungen zu leisten. Dem Ablasshandel ist damit Tür und Tor geöffnet. Wie auf diese Weise der Verlust der biologischen Vielfalt und der Flächenverbrauch von über 100 Hektar pro Tag gestoppt werden sollen, ist völlig rätselhaft.

Die Agrogentechnik wird als wichtige Zukunftsbranche eingestuft, die bereits weltweit etabliert sei. Dabei bleibe der Schutz von Mensch und Umwelt oberstes Ziel des deutschen Gentechnikgesetzes. Auf EU-Ebene sollen aber effizientere Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen geschaffen werden. Warum wohl? Damit endlich die Agrarkonzerne das Bollwerk Europa beim für sie profitablen Geschäft mit der Gentechnik knacken und den Widerstand der Verbraucher durch aufwendige Werbekampagnen brechen

können. Auch das Bundeswaldgesetz soll novelliert werden. Statt dort endlich eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung durchzusetzen, geht es um bessere Vermarktungsmöglichkeiten für die Forstwirtschaft und um die Verkehrssicherungspflicht der Eigentümer. Kabarettreife wird es beim Bundesjagdgesetz. Es soll in seiner jetzigen Form erhalten bleiben, „damit Jäger ihrem Auftrag zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen zugunsten der Erhaltung der Biodiversität nachkommen können“!

Dass ohne Atomenergie weder die Klimaziele noch erträgliche Energiepreise oder eine geringere Abhängigkeit vom Ausland erreichbar seien, haben uns schon die vier Atomkonzerne weismachen wollen. Durch eine bloße Wiederholung in den Koalitionsvereinbarungen wird diese Behauptung nicht richtig. Und bei der vereinbarten Verlängerung der Laufzeiten für die vorhandenen Atomkraftwerke kann großzügig am Neubauperbot im Atomgesetz festgehalten werden. Dafür werden künftig AKW-Neubauprojekte im Ausland unterstützt. Bisher haben die Hermes-Umweltleitlinien die Förderung von Atomexporten durch staatliche Bürgschaften verboten. Doch die sind bereits Schnee von gestern. Wie schließlich Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz behalten will, wenn man anstelle eines überfälligen Energieeffizienzgesetzes lediglich auf Anreize und Verbraucherinformation setzt und international tätige energieintensive Unternehmen von der Versteigerung der CO₂-Zertifikate beim Emissionshandel ausnimmt, bleibt ein weiteres Geheimnis der neuen schwarz-gelben Bundesregierung.

Der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftler Dr. Helmut Röscheisen ist seit 1980 Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 359005,
E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de,
www.dnr.de

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Vom Strippenziehen

Die Folgen von Lobbying & Korruption für Umwelt und Gesellschaft



Industriieberater verwässern Umweltgesetze, AKW-Betreiber finanzieren Bürgerinitiativen pro Atomkraft – auch Greenwashing, Nebenanstellungen oder Bestechung lassen nur schwer durchschauen, wer welche Interessen verfolgt. Die *politische ökologie*¹¹⁷ nimmt die Lobbygruppen und ihre Methoden unter die Lupe. Sie deckt Umweltskandale auf und bietet Ansätze für mehr Demokratie und eine kritischere Öffentlichkeit.

„Warum sorgt die Politik nicht für mehr Transparenz?“

„Welche Strukturen fördern den Filz?“

„Ist die Wirtschaftskrise ein Nährboden für Korruption?“

Mit Beiträgen von T. Leif, U. Müller, G. C. Klug, D. Plehwe, A. v. Bernstorff, B. Bannenberg u.v.m.



Stillen Sie Ihre Neugier!

„Fordern Sie Heft 117 an!“

„14,90 EUR (zzgl. Versand)/26,90 CHF“

„ISBN 978-3-86581-185-1“

„oekom verlag“

„Fax +49/(0)81 91/970 00-103“

„www.oekom.de“

neugier@oekom.de

360 Milliarden Euro für Beschaffungen aus. Das wesentliche Kriterium sei dabei aber immer noch das billigste Angebot. Das Bündnis forderte, dass bis 2014 die Hälfte und bis 2018 alle Beschaffungen des Bundes nach umwelt- und entwicklungs-politischen, sozialen und menschenrecht-lichen Kriterien erfolgen sollen. [jg]

► www.weed-online.org/themen/2880686.html

EU-Nachhaltigkeitsstrategie

Europa soll sich mehr fordern und weniger loben

■ In Sachen Nachhaltigkeit zeigen die EU-Mitgliedstaaten mangelnden politischen Willen und zu wenig praktisches Engagement. Das warf ihnen der Dachverband Europäisches Umweltbüro (EEB) Ende September in einem Kommentar zum Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Nachhaltigkeitsstrategie vor. Die Regierungen müssten sich zu geeigneten Maßnahmen verpflichten, verlangte das EEB. Der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (SDS) selbst fehle es an verbindlichen Zielen, organisatorischen und politischen Strukturen zur Durchsetzung sowie konkreten Fristen und Zeitplänen. Zudem müssten die zu erreichenden Ziele als Querschnittsaufgaben betrachtet werden und nicht isoliert für die einzelnen Politikfelder. Der Fortschrittsbericht der Kommission leide an vielen Stellen unter Selbstbeweihräucherung, statt das eigentliche Problem anzupacken: dass die SDS zwar gut gemeint, aber zu wenig konkret sei. Es gebe zwar übergreifende Ziele und Schlüsselziele, so das EEB, aber ob die anvisierten Aktionen die Situation überhaupt verbessern könnten, sei nicht klar.

Das EEB hat zehn Forderungen aufgestellt, die bei der Erreichung der SDS-Ziele helfen sollen, darunter die Einsetzung eines neuen Gremiums für nachhaltige Entwicklung, eine ökologische Steuerreform und die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen. Auch ein Investitionsprogramm für nachhaltige Entwicklung müsse

aufgelegt werden. Eine weitere Aufgabe sei es, den EU-Haushalt nach ökologischen Kriterien auszurichten und mit einem Programm für „100 Prozent grüne öffentliche Beschaffung“ dafür zu sorgen, dass die öffentliche Hand nur noch umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen bezieht. [jg]

► EEB, John Hontelez, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891090, E-Mail: hontelez@eeb.org

► www.kurzlink.de/eeb-sds-2009

Ressourcenpolitik

Europas Rohstoffe – eingäschert und begraben

■ Während Europa jährlich wachsende Mengen an Ressourcen aus Drittstaaten importiert, werden innerhalb der EU Rohstoffe im Wert von rund fünf Milliarden Euro deponiert oder verbrannt. Das ergab eine Studie, die die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) Mitte Oktober vorlegte. Die EU müsse ihren Ressourcen hunger eindämmen, forderte FoEE. Kein recyclingfähiges Material dürfe mehr ungenutzt weggeworfen werden. Würden die im Abfall enthaltenen Rohstoffe recycelt statt verbrannt oder auf Mülldeponien gelagert, könnte die EU der Studie zufolge 148 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen. Intelligentes Müllmanagement hätte den gleichen Effekt, als würde man 47 Millionen Autos von den Straßen verbannen.

Die Studie rechnet vor, dass rund die Hälfte des anfallenden recyclingfähigen Materials in der EU – darunter Papier und Karton, Glas, Plastik, Aluminium und Stahl – immer noch beseitigt statt recycelt wird. In Geld umgerechnet sei das ein Wert von mindestens 5,25 Milliarden Euro, so FoEE. Neben Umweltschutz und Ressourcenschonung bringe ein funktionstüchtiges Recyclingsystem auch viele positive Effekte für den Arbeitsmarkt mit sich. [jg]

► FoEE-Studie: www.kurzlink.de/foe-waste-09.pdf

„Jede politische Konstellation kann gute Umweltpolitik gestalten“

Der neue Präsident des Umweltbundesamtes fordert nach eigener Auskunft nichts Sensationelles. Doch in seinen Aussagen steckt Brisanz: So hätten die Konjunkturprogramme besser genutzt werden können und umweltschädliche Subventionen gehörten dringend auf den Prüfstand. Auch der Bodenschutz sollte nicht aus dem Blick geraten. Naturschützer dürfen sich aber wegen ihrer Erfolge durchaus mal auf die Schulter klopfen, meint Jochen Flasbarth.

umwelt aktuell: Herr Flasbarth, kaum im Amt haben Sie jede Menge Forderungen gestellt: Anpassung der Kfz-Steuer, Tempolimit, Besteuerung des Flugverkehrs, ein CO₂-freies Deutschland bis 2050, Festhalten am Atomausstieg ... Haben Sie schon viele böse Briefe bekommen?

Jochen Flasbarth: Natürlich gibt es Reaktionen, zum Teil von einzelnen Bürgern durch Zuschriften, zum Teil aber auch durch Stellungnahmen von Interessengruppen in den Medien. So sensationell sind die Positionen, die ich während der letzten Wochen formuliert habe, übrigens nicht. Und es war nichts dabei, was mein Vorgänger nicht auch gesagt hat oder gesagt hätte. Die eigentlich wichtige Botschaft, die ich seit meinem Amtsantritt vermitteln wollte, ist, dass wir zwar vor gewaltigen Herausforderungen im Umweltschutz stehen – insbesondere beim Klima- und Ressourcenschutz. Wir haben aber auch ein großes Potenzial diese Herausforderungen zu meistern.

Die Wirtschafts- und die Finanzkrise beschäftigen die Öffentlichkeit stark. Fallen beim allgemeinen Geldmangel die Umweltthemen hinten runter?

Das ist überhaupt nicht meine Wahrnehmung. Der Umweltschutz ist weit oben auf der Agenda geblieben. Man darf schließlich nicht vergessen, dass Klimaverpflichtungen der EU Ende letzten Jahres formuliert wurden, obwohl wir damals bereits mitten in der Krise waren. Und auch jetzt hat sich die neue Koalition zu den weitreichenden Klimazielen Deutschlands bekannt. Aber es ist auch richtig, dass wir die Wirtschaftskrise besser hätten nutzen können, um das Thema Green Economy noch deutlicher voranzubringen. Klimaschutz ist zu einem guten Teil mit öffentlichen und privaten Investitionen verbunden. Dafür hätten die Konjunkturprogramme konsequenter genutzt werden können. Aber auch jetzt bestehen noch große Chancen. Im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung sollten jetzt vor allem die ökologisch schädlichen Subventionen auf den Prüfstand kommen.

Als UBA-Präsident sind Sie ja eigentlich für alle Umweltthemen zuständig. Gibt es dennoch

Schwerpunkte, die Sie besonders wichtig finden und auf die Sie großen Wert legen?

Es gibt Themen, die in der Öffentlichkeit eine größere Rolle spielen als andere: die Umweltaforderungen an den Verkehrssektor, der Klimaschutz, Energie, Ressourcen sind solche Themen. Aber als UBA-Präsident muss ich natürlich auch darauf achten, dass die gesamte Bandbreite der Umweltthemen im Blick bleibt und wissenschaftliche Expertise sich nicht von Medienkonjunkturen abhängig macht. Das Thema Bodenschutz darf uns zum Beispiel nicht aus dem Blick geraten. Hier geht es einerseits darum, endlich die Flächeninanspruchnahme zurückzuführen, aber auch darum, die Qualität unserer Böden zu bewahren.

Sie kommen aus der NGO-Szene und Ihre Ernennung zum UBA-Präsidenten wurde allerorten gefeiert. Vorher waren Sie im Umweltministerium und alle hatten große Erwartungen. Wie viele schmerzliche Kompromisse als staatlicher Beamter mussten Sie schon schließen?

Ich glaube, dass wir im Naturschutz in den letzten sieben Jahren objektiv sehr viel erreicht haben – was selbstverständlich nicht das Verdienst eines Einzelnen ist. Die Nationale Biodiversitätsstrategie ist mit Sicherheit die weltweit anspruchsvollste Strategie in diesem Themenfeld. Das Nationale Naturerbe einschließlich des Grünen Bandes haben wir gesichert, das Naturschutzrecht wurde auf dem hohen Niveau von 2002 fortgeschrieben, wir haben das Natura-2000-Netzwerk abgeschlossen und durch manche schwierige Debatten geführt. Und international haben wir mit der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt und mit unserer CBD-Präsidentschaft einen weltweit hoch geachteten Beitrag zum globalen Biodiversitätsschutz geleistet. 500 Millionen Euro bis 2012 zusätzlich für den Naturschutz in Entwicklungsländern und ab 2013 jährlich eine halbe Milliarde für diese Aufgabe – das ist etwas, das uns gemeinsam sehr stolz machen kann. Dies war natürlich nur in einer Teamleistung im Ministerium und mit entsprechender politischer Unterstützung möglich. Ich schaue deshalb sehr dankbar auf die Zeit im Umweltministerium zurück.

Seit Ihrer Jugendzeit sind Sie selbst Naturschützer, haben dann sehr lange einen großen Umweltverband geleitet. Was machen Nichtregierungsorganisationen heute aus Ihrer Sicht richtig? Und was falsch?

Das kann man so gar nicht beantworten. Die Rahmenbedingungen für gute Verbandsarbeit ändern sich fortlaufend. Sie sind heute anders als zu der Zeit, in der ich als Jugendlicher bei den Naturschutzverbänden angefangen habe. Manches ist einfacher geworden und manches schwieriger. Wichtig ist meines Erachtens, auch immer wieder die ja durchaus erzielten Erfolge im Natur- und Umweltschutz herauszustellen. Aber das haben die Verbände wohl auch selbst erkannt.

Der Ausgang der Bundestagswahlen ist von der Umweltbewegung alles andere als euphorisch aufgenommen worden. Welche Chancen und welche Herausforderungen sehen Sie in Schwarz-Gelb?

Die Umweltverbände sind gut beraten, die neue Regierung nicht vorab zu stigmatisieren. Jede politische Konstellation hat die Möglichkeit, gute Umweltpolitik zu gestalten.

[Interview: Juliane Grüning]

Der Volkswirt Jochen Flasbarth war elf Jahre lang Präsident des Naturschutzbundes (NABU), von 1987 bis 2003 Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings und in den vergangenen sieben Jahren Abteilungsleiter für Naturschutz im Bundesumweltministerium. Seit Anfang September leitet er das Umweltbundesamt in Dessau.

Kontakt: Tel.
+49 (0)340 / 2103-0,
E-Mail: info@
umweltbundesamt.de,
www.
umweltbundesamt.de



VERKEHR & TOURISMUS

Urbane Mobilität

Grüner Experte zerpflückt EU-Plan für Stadtverkehr

■ Mit einem Aktionsplan städtische Mobilität will die EU-Kommission nach eigenen Angaben einen effizienteren und umweltfreundlicheren Nahverkehr schaffen. Für den Ende September veröffentlichten Plan wurde wurden 20 Maßnahmen ausgearbeitet, von der Stärkung der Fahrgastrechte über eine Citymaut bis hin zur Förderung emissionsfreier Kraftfahrzeuge. Nach Überzeugung der Kommission wird ein besser organisierter Stadtverkehr nicht nur zum Klimaschutz beitragen, sondern auch die öffentliche Gesundheit verbessern.

Das bezweifelt allerdings der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament Michael Cramer. Er bezeichnete das Ergebnis als ernüchternd. Weder seien die Fahrgastrechte im öffentlichen Verkehr gestärkt worden noch unternähme die Kommission etwas gegen die zahlreichen Verkehrstoten auf innerstädtischen Straßen oder die urbanen Umweltprobleme, kritisierte Cramer.

Fast drei Viertel der EuropäerInnen leben laut EU-Kommission in Stadtgebieten. Neun von zehn sind Umfragen zufolge der Auffassung, dass der Verkehr in ihrem näheren Umfeld besser gestaltet werden muss: Es gebe zu viele Staus und Unfälle. Jeder dritte tödliche Verkehrsunfall ereignet sich in einer Stadt oder in Stadtnähe. Die Zahl der Verkehrstoten auf der Straße bis 2010 zu halbieren, wie es die EU als Ziel formuliert hat, hält Cramer jedoch nur für erreichbar, wenn auch im städtischen Bereich die Verkehrssicherheit wesentlich verbessert wird. Die Forderung der Grünen nach einem generellen Tempolimit von 30 Stundenkilometern sei ein Schritt in diese Richtung.

Unterschätzt wird dem Abgeordneten zufolge auch, dass der Stadtverkehr für rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen und 70 Prozent der sonstigen Schadstoffemissionen des Straßenverkehrs verantwortlich ist. Cramer befürchtet, dass die Europäische Union ihr Ziel verfehlt, den Kohlendioxidausstoß bis 2020 um bis zu 30 Prozent zu senken, wenn der Verkehr nicht klimafreundlicher wird. **[mbu]**

- ▶ Aktionsplan städtische Mobilität (PDF, 12 S.): www.kurzlink.de/urban-mobility-plan
- ▶ EU-Parlament, Michael Cramer, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5779, E-Mail: mrcramer@europarl.europa.eu, www.michael-cramer.de

Verkehrswende

EU-Weißbuch ohne grüne Akzente

■ Auf der Agenda des EU-Verkehrsministerrates im Oktober stand die Debatte über das Weißbuch Verkehr, das im kommenden Jahr veröffentlicht werden soll. Darin präsentiert die EU-Kommission Vorschläge für fast sechzig Maßnahmen, um ein „modernes Verkehrssystem“ zu entwickeln, das die unterschiedlichen Verkehrsträger miteinander in Einklang bringen soll. Nach ihren Vorstellungen sollen der Schienenverkehr wieder belebt, der See- und Binnenschiffsverkehr gefördert und der wachsende Flugverkehr geregelt werden. Die Kommission ist überzeugt davon, dass mit dem Weißbuch der Verkehr nachhaltig gestaltet werden kann. Das Dokument folge der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, die der Europäische Rat von Göteborg im Juni 2001 festgelegt hatte.

Verfechter einer ökologischen Verkehrswende halten die vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch für ungenügend oder sogar kontraproduktiv. Michael Cramer, verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament, kritisierte bereits die Datengrundlage des Weißbuches. So betrage nach offiziellen Angaben

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Waldpädagogik

Der Wald macht Karriere - als exemplarisches Themenfeld für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Ute Stoltenberg stellt die ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Bedeutung von Wäldern mit regionalen und globalen Bezügen aus allen Bildungsbereichen dar. Indem sie die gesellschaftlichen Perspektiven und pädagogisch geeigneten Arbeitsweisen herausarbeitet, liefert sie das Handwerkszeug für die Gestaltung nachhaltiger Bildungsprozesse.

Ute Stoltenberg
Mensch und Wald
 Theorie und Praxis einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
 am Beispiel des Themenfelds Wald
 oekom verlag, München 2009, 249 Seiten, 34,90 EUR, ISBN 978-3-86581-126-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

der Anteil des Schienengüterverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen derzeit rund zehn Prozent. Betrachte man die Menge der beförderten Güter, liegt laut Cramer der Marktanteil in Europa bei 17 Prozent, in den USA hingegen bei 40 Prozent. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene müsse deshalb zentrales Ziel bleiben. Bei der Veröffentlichung des Aktionsplans Güterverkehr im vergangenen Jahr hatte Cramer gefordert, mindestens 40 Prozent der EU-Gelder für Verkehr in die Schiene zu investieren. Zudem müsse die Verknüpfung der Verkehrsträger Schiff, Bahn, Lkw und Flugzeug verbessert werden.

Auch aus Sicht der Allianz pro Schiene ist mit dem Weißbuch Verkehr der Wechsel zu umweltfreundlichen, energieeffizienten und sicheren Verkehrsträgern nicht zu schaffen. Dem Weißbuch fehlten sowohl konkrete ökologische Ziele und Maßnahmen als auch eine Vision für die EU-Verkehrspolitik bis zum Jahr 2020, kritisierte der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege. Die EU sei bei der Analyse der Mobilitätstrends „nicht auf der Höhe der Zeit“. Flege zitierte eine aktuelle Umfrage der Bundesregierung, wonach sich fast 90 Prozent der Bevölkerung für die Förderung des öffentlichen Verkehrs aussprechen. Die Allianz pro Schiene forderte die EU auf, den Bürgerwillen im künftigen Weißbuch Verkehr zu berücksichtigen. [mbu]

- ▶ EU-Weißbuch Verkehr:
www.kurzlink.de/verkehrsvision2010
- ▶ EU-Parlament, Michael Cramer, Brüssel,
Tel. +32 (0)2 / 284-5779, E-Mail: mcramer@europarl.europa.eu, www.michael-cramer.de

Güterverkehr I

EU will mehr Warentransporte von der Straße holen

■ Die Europäische Kommission hat im Oktober neue Vorschriften verabschiedet, nach denen Transportunternehmen leichter Zugang zu Geldern aus dem Marco-

Polo-II-Programm erhalten können. Das Programm gewährt den Firmen Finanzhilfen für Projekte, die dazu beitragen, den Güterverkehr auf der Straße zu verringern oder auf andere Verkehrsträger wie Schiff, Schiene oder Binnenwasserstraßen zu verlagern.

Damit die Verkehrsindustrie im kommenden Jahr einfacher Anträge stellen kann, wurden die Teilnahmebedingungen angepasst. [mbu]

- ▶ Verordnung (PDF, 10 S., 770 kB):
www.kurzlink.de/gruene-gueter

Güterverkehr II

Bundesregierung liebäugelt mit Riesen-Lkws

■ Medienberichten zufolge will die neue Bundesregierung Feldversuche mit überlangen und überschweren Lkws auf deutschen Straßen zulassen. Das ging aus dem Abschlusspapier der Koalitionsarbeitsgruppe zum Verkehr hervor, das vor Redaktionsschluss bekannt wurde. Im Entwurf für den Koalitionsvertrag stand: „Wir wollen neue Nutzfahrzeugkonzepte durch die maßvolle Erhöhung der Lkw-Fahrzeuggrößen und -gewichte ermöglichen. Einen Einsatz größerer Lkws sehen wir allerdings nur in geeigneten Relationen. Chancen und Risiken wollen wir in einem bundesweiten Feldversuch evaluieren.“ Allerdings soll die Einführung von 60-Tonner-Lkws ausgeschlossen werden, heißt es in dem Papier.

Die Allianz pro Schiene kritisierte die Pläne. „Hinter einer scheinbar harmlosen Formulierung wird ein Politikwechsel zugunsten von Monstertrucks vorbereitet“, sagte der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege. Dabei schädigten die Riesenlaster die Umwelt, gefährdeten die Straßensicherheit und machten teure Umbauten an Brücken und Kreuzungen nötig, kritisierte der Vorsitzende des Schienenbündnisses Klaus-Dieter Hommel. Die Allianz pro Schiene kündigte „eine gewaltige Protestwelle“ an.

In einer Forsa-Umfrage vor zwei Jahren hatten sich drei Viertel der Deutschen gegen den Einsatz der sogenannten Mega-trucks ausgesprochen. Auch in EU-weit sind die überschweren Laster umstritten. Die Kampagne No Mega Trucks erhielt im Oktober Verstärkung: Der 200. Verband trat der Initiative bei, die europaweit den Widerstand gegen die Riesen-Lkws koordiniert. Zu den Gegnern gehören Umweltverbände, Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften, Autoclubs und Wirtschaftsverbände. In 22 Ländern vertreten sie über zwölf Millionen Einzelmitglieder.

Die EU-Kommission arbeitet derzeit an einer Studie, die eine Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie vorbereiten soll. Bislang dürfen in der EU herkömmliche Lastwagen mit Anhänger nicht schwerer als 40 Tonnen und nicht länger als 18,75 Meter sein. [mbu]

- ▶ Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de
- ▶ www.nomegatrucks.eu/deu

Abgase

Deutsche Pkws Spitze bei CO₂-Emissionen

■ Made in Germany ist wieder einmal eine Marke mit Spitzenwerten – allerdings in einem Bereich, auf den die Industrie nicht stolz sein kann: dem CO₂-Ausstoß von Pkws. Eine Studie des europäischen Verbandes Transport and Environment (T&E), die im September in Brüssel veröffentlicht wurde, zeigt, dass die deutschen Autohersteller bei den Kohlendioxidemissionen ihrer Flotten immer noch über dem europäischen Durchschnitt liegen.

So stießen in der EU verkaufte Autos 2008 im Schnitt 153 Gramm CO₂ pro Kilometer aus. Bei deutschen Autos lag der Wert um zehn Gramm höher. Daimler landete mit 175 Gramm auf dem letzten Platz von 14 ausgewerteten Herstellern in Europa. Auch Volkswagen schaffte es mit 159 Gramm nur auf Platz zwölf. Am besten schnitten Fiat (Italien) und Peugeot

Citroën mit jeweils 139 Gramm CO₂ pro Kilometer sowie Renault (alle Frankreich) mit 143 Gramm ab. Ab dem Jahr 2015 ist in der EU eine Obergrenze von 130 Gramm vorgesehen. Wer dagegen verstößt, muss Strafzahlungen leisten.

T&E hat auch den CO₂-Ausstoß von in unterschiedlichen EU-Ländern verkauften Neuwagen untersucht. Alle dort 2008 verkauften neuen Pkws hatten im Schnitt einen Ausstoß von 154 Gramm CO₂ pro Kilometer. Im Vergleich unter 25 europäischen Ländern belegte Deutschland mit 165 Gramm nur Platz 20. Portugal war bei dieser Untersuchung Spitzenreiter und erreichte einen durchschnittlichen Wert aller Neuwagen von 138 Gramm. Umweltverbände forderten die deutsche Autoindustrie auf, die Entwicklung spritsparender Fahrzeuge voranzubringen. [mbu]

- ▶ Rangliste der Autohersteller:
www.kurzlink.de/herstellerranking
- ▶ Rangliste der EU-Länder:
www.kurzlink.de/ranking-eu-staaten

des Rates zu bringen. Bis zur endgültigen Entscheidung auf der CITES-Vertragsstaaten-Konferenz im März 2010 können die EU-Mitgliedstaaten ihre Position noch revidieren. Umweltorganisationen zeigten sich enttäuscht über die Entscheidung der mediterranen Regierungen.

Besser ergeht es den Haien: Auf demselben Treffen nahmen die EU-Mitgliedstaaten einstimmig den deutschen Vorschlag an, Dorn- und Heringshaie – bei Gourmets als Schillerlocke und Seeaal bekannt – in den Anhang II des auch als Washingtoner Artenschutzübereinkommen bezeichneten CITES aufzunehmen. Damit ist kein Handels- oder Fangverbot verbunden, der Handel ist aber nur mit dem Fang aus Beständen erlaubt, die dadurch nach CITES-Kriterien nicht beeinträchtigt werden. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1294)
- ▶ www.cites.org

Fischereipolitik

Strengere Regeln für Fischerei

■ Die für Fischerei zuständigen EU-MinisterInnen haben im Oktober in Luxemburg einer Verordnung der EU-Kommission für die Kontrolle der Fischerei in EU-Gewässern zugestimmt. Durch gleiche Inspektionsverfahren soll eine einheitliche Kontrolle in den Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Zudem soll ein Punktesystem Verstöße ahnden. Ab einer gewissen Punktezahl wird die Lizenz zum Fischen zunächst vorübergehend, bei einer hohen Zahl endgültig entzogen. Halten die Mitgliedstaaten die neuen Vorschriften nicht ein und schädigen so die Fischbestände, drohen beispielsweise der Entzug oder die Verringerung der EU-Finanzhilfen.

Außerdem einigte sich der Fischereiministerrat auf Fangquoten für die Ostsee. So sinken die erlaubten Mengen für Hering um 16,5 Prozent in der westlichen Ostsee, die für den Dorsch steigen um 8,6 Prozent. Im östlichen Teil darf sogar 15 Prozent mehr Dorsch gefangen werden. Um die Rückwürfe von Beifang zu verhindern, beschlossen die Minister ein Verbot, klei-

ne Fische wieder zurück ins Meer zu werfen. Mit dieser Praxis wollen die Fischer ihre Quote schonen, jedoch überleben die Fische dies in der Regel nicht. Künftig sollen alle Tätigkeiten in der Fischerei mit Hilfe moderner Technologien überwacht werden. Eingeführt wird außerdem ein umfassendes Rückverfolgungssystem, mit dem alle Fische und Fischereierzeugnisse über die gesamte Handelskette zurückverfolgt werden können.

Einen Großteil der vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in einem Ende Oktober veröffentlichten Kommentar zum Grünbuch über die Reform der EU-Fischereipolitik. Im April dieses Jahres hatte die EU-Kommission in dem Grünbuch das Versagen der bisherigen Fischereipolitik eingestanden. 88 Prozent der Fischbestände in den europäischen Meeren gelten nach Angaben der Kommission als übernutzt, fast ein Drittel als bedroht. Der SRU sprach sich nun dafür aus, die Überfischung zu beenden und Maßnahmen zum Schutz der Meeresökosysteme zu ergreifen. Dazu müsse die europäische Fischereiflotte auf ein Maß reduziert werden, das eine ressourcen- und umweltschonende Bewirtschaftung zulasse. Fangquoten sollten künftig nur noch auf der Basis wissenschaftlicher Empfehlungen festgelegt werden. [aks, mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-gpf-reform
- ▶ SRU-Kommentar (PDF, 13 S., 60 kB):
www.kurzlink.de/sustainablefisheries

Nordsee

Aktionsplan nimmt Form an

■ Die Nordsee-Anrainerstaaten haben im Oktober dem Rahmen für einen gemeinsamen Aktionsplan zur Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee zugestimmt. Der Plan selbst soll Ende des Jahres vorliegen und die gemeinsamen Aktivitäten zum Schutz der Nordsee vor Verschmutzung durch die Schifffahrt und anderen Aktivitäten stärken. Beschlossen wurde dieser Schritt bei der Jahreskonferenz der Ver-

WASSER & MEERE

Blauflossen-Thunfisch

Handelsverbot gescheitert

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben die Unterstützung eines Vorschlags für das vorübergehende Verbot des internationalen Handels mit dem Blauflossen-Thunfisch versäumt. Der Vorschlag der EU-Kommission, die Art in den Anhang I des Abkommens zum internationalen Handel mit gefährdeten Arten (CITES) aufzunehmen, scheiterte auf einem Treffen des EU-CITES-Komitees im September am Einspruch der Mittelmeerländer. Deren Stimmen sind für eine qualifizierte Mehrheit notwendig, mit der der EU-Ministerrat den Vorschlag der Kommission für ein Handelsverbot unterstützen müsste. Die Umweltminister haben Ende des Jahres noch einmal die Möglichkeit, das Thunfisch-Handelsverbot auf die Agenda

tragsstaaten des Bonner Übereinkommens zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe. [bv]

► www.bonnagreement.org

Ostsee

Vorbild für Donau und Adria

■ Delegierte der EU haben im September in Stockholm über die EU-Ostseestrategie und die Übertragbarkeit auf andere „Makro-Regionalstrategien“ etwa für Donau und Adria diskutiert. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Strategie soll dazu beitragen, die gravierenden Umweltprobleme der Ostsee in den Griff zu bekommen und die „wirtschaftliche Dynamik“ des Ostseeraums zu verbessern. Neu an der Strategie ist das koordinierte Vorgehen aller Anrainerstaaten. Dieses Modell

nun soll auf andere grenzübergreifende europäische Regionen übertragen werden.

Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft treibt derzeit die Ostsee-Strategie voran, um sie auf dem EU-Gipfel Ende Oktober zu verabschieden (nach Redaktionsschluss). Die Umsetzung könnte dann im nächsten Jahr beginnen. [bv]

► www.kurzlink.de/ostseestrategie-konf

► www.kurzlink.de/ostseestrategie-entw

Elbe

Neue Stiftung Lebensraum

■ Der Hamburger Senat hat im September die „Stiftung Lebensraum Elbe“ gegründet. Mit einer langfristigen Strategie sollen damit der ökologische Zustand des Flusses und Lebensräume für Tiere und Pflanzen an und in der Elbe erhalten, verbessert oder wiederhergestellt werden. Die

Stiftung verfügt über zehn Millionen Euro Gründungskapital aus Ausgleichszahlungen für eine Elbvertiefung. Zudem erhält sie jährlich vier Prozent des Hafengeldes sowie ein Prozent der Ausgaben für den Hochwasserschutz und innerhalb der nächsten zehn Jahre 7,5 Millionen Euro im Zusammenhang mit Hafenumstrukturierungen.

Mit dem Geld sollen neue Flachwasserbereiche geschaffen, Wattflächen entwickelt, alte Elbarme und Nebengewässer wieder tideoffen an die Elbe angebunden sowie Vorlandflächen und Ufer naturnäher gestaltet werden. Nach der Anhörung der Naturschutzverbände und der Handels- und Landwirtschaftskammer könnte die Stiftung mit ihrer Arbeit im ersten Quartal 2010 beginnen. [bv]

► Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, +49 (0)40 / 42840-3249, E-Mail: volker.dumann@bsu.hamburg.de

► www.kurzlink.de/stiftung-elbe



NEUERSCHEINUNG

Nachhaltigkeit ist Veränderung

Akteure der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung im Interview zu Entwicklung, Veränderung und Strategie

Herausgegeben von Richard Häusler, Claudia Kerns und Kristin Parlow

2009, VI, 175 Seiten, Euro (D) 32,80. ISBN 978 3 503 12071 0

Initiativen zum Umweltschutz, Band 76

Dieser Band gibt Non-Profit-Bildungsorganisationen Anhaltspunkte für unternehmerisches Denken und unterstützt dabei, Zielgruppen besser zu erkennen und deren Motive, Verhaltensweisen und Denkmuster zu verstehen.

Weitere Informationen unter [www.ESV.info/978 3 503 12071 0](http://www.ESV.info/978_3_503_12071_0)



ESV

ERICH SCHMIDT VERLAG

Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin

Fax: 030/25 00 85-275

ESV@ESVmedien.de · www.ESV.info

Ihr Geld verändert die Welt

Die Weltwirtschaft ächzt unter den Folgen der Finanzkrise. Wem kann man jetzt noch vertrauen, wie soll man sein Geld zukunftssicher anlegen? Dieser Ratgeber gibt Tipps für den sicheren Umgang mit Geld nach ethischen und ökologischen Kriterien. Die Finanzberaterin Mechthild Uppgang führt in verschiedene Finanzmarktprodukte ein, erläutert Risiken und Renditechancen und vergleicht Anlageformen und Möglichkeiten der Altersvorsorge.

M. Uppgang

Gewinn mit Sinn

Wie Sie Ihr Geld sicher anlegen – mit gutem Gewissen
Der nachhaltige Finanzratgeber

279 Seiten, 18,90 EUR
ISBN 978-3-86581-174-5



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Donau

Regionalstrategie in Planung

■ Bis Ende 2010 will die EU einen Strategieplan zur Entwicklung des Donaumaums erstellen. Der Ausschuss der Regionen (AdR) schlug im Oktober Handlungsfelder für die Strategie vor und betonte die zentrale Rolle der Regionen und Städte bei ihrer Erarbeitung und Umsetzung sowie die strategische Bedeutung des Donaumaums. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen vom Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hochwasserschutz über gemeinschaftliche nachhaltige Tourismuskonzepte bis hin zur regionalen Kulturarbeit.

Mit der Donaustrategie will die EU an ähnliche grenzüberschreitende Regionalkonzepte anknüpfen, die es bereits für den Mittelmeer- und Ostseeraum gibt. Den Auftrag für die Strategie hatten die europäischen Staats- und Regierungschefs der EU-Kommission bereits im Juni erteilt.

Der Ausschuss der Regionen setzt sich aus VertreterInnen der europäischen Regionen und Kommunen zusammen. EU-Ministerrat und Kommission müssen den AdR in Angelegenheiten, die für die Regionen von Bedeutung sind, anhören. Der Ausschuss kann auch auf eigene Initiative Stellungnahmen abgeben. [bv]

► www.kurzlink.de/adr-donaustrategie

Auenzustandsbericht

Mit Auen gegen Hochwasser

■ Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat im Oktober in Bonn den ersten bundesweiten Auenzustandsbericht vorgestellt. Danach sind zwei Drittel der Auen an deutschen Flüssen bereits vernichtet und fehlen damit als wertvolle Überschwemmungsflächen bei Hochwasser. Laut Bericht sind an Rhein, Elbe, Donau und Oder durch den Bau von Hochwasserschutzdeichen an vielen Abschnitten nur noch zehn bis 20 Prozent der ehemaligen Auen vorhanden, davon nur zehn Prozent in einem

naturnahen Zustand. Fast alle Auen sind demnach aufgrund intensiver Nutzung, ausbleibender Überflutungen und Gewässerausbau deutlich bis sehr stark verändert. Gerade in Zeiten des Klimawandels seien aber Flussauen notwendig für den Hochwasserschutz, sagte die BfN-Präsidentin Beate Jessel. Zudem sorgten naturnahe Auen für sauberes Trinkwasser und seien Lebensraum für viele seltene Pflanzen und Tiere. Ein übergreifendes Gesamtkonzept sei notwendig, um den Zustand zu verbessern. [aks]

► www.bfn.de/0324_auenzustandsbericht.html

Wasserrahmenrichtlinie

Anforderungen wachsen

■ Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) müssen die EU-Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren auf neue Herausforderungen wie Wasserknappheit, Dürren, Überflutungen und Klimawandel reagieren. Zu diesem Ergebnis kam im September eine von der Institution für Wasser- und Umweltmanagement CIWEM organisierte Konferenz zu den neuen Anforderungen an die WRRL seit ihrer Verabschiedung. Die TeilnehmerInnen forderten, Preise für Wasserknappheit und Wasserverschmutzung festzusetzen und Anreize für den nachhaltigen Umgang mit Wasser zu schaffen. Ziel der Konferenz war es, Erfahrungen mit der Umsetzung der WRRL auszutauschen und Feedback für innovative praktische Lösungen zu geben. [bv]

► www.ciwem.org/events/lille_outputs.asp

► www.ec.europa.eu/environment/water

Alpen

Alpenwasser beobachtet

■ Der im Sommer veröffentlichte zweite Alpenzustandsbericht beschreibt den Zustand der Gewässer im Alpenraum, die Wasserversorgung der angrenzenden

Gebiete und das Wassermanagement. Die Zielsetzung der Alpenkonvention, gesunde Wassersysteme zu erhalten und wiederherzustellen, deckt sich mit den Zielen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Die Ziele und Maßnahmen der WRRL sind auch im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan Österreichs aufgeführt, zu dem die Öffentlichkeit bis Ende Oktober Stellung nehmen konnte.

Ein weiterer, im September von der Europäischen Umweltagentur EEA veröffentlichter Bericht analysiert die Risiken, die der Klimawandel für die Wasserversorgung und -qualität der Alpenregion mit sich bringt. Darüber hinaus zeigt er Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel auf. Die Alpen haben große Bedeutung für die Wasserspeicherung und -versorgung für ganz Europa. [bv]

- ▶ Alpenzustandsbericht (Kurzfassung, PDF, 67 S., 2,8 MB): www.kurzlink.de/alpenzustand-wasser
- ▶ EEA-Bericht: www.kurzlink.de/eea-alpenwasser
- ▶ Informationsdienst: www.cipra.org/alpmedia

Gewässerpolitik

Neues deutsches Netzwerk für Seenschutz

■ Der Global Nature Fund (GNF) hat im September gemeinsam mit Partnern das Netzwerk Lebendige Seen Deutschland gegründet, um den Seenschutz in Deutschland voranzutreiben. Das Netzwerk will einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren verschiedener Seenregionen erreichen. Unter anderem wurden Foren zum Seen- und Klimaschutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt eingerichtet. Außerdem will das Netzwerk mit Wassersport- und Angelferverbänden sowie Fischern zusammenarbeiten. Die Schauspieler und Bestsellerautoren Michaela Merten und Pierre Franckh fungieren als Schirmherren für das Netzwerk, das mit sieben Seen startete. [bv]

- ▶ GNF, Udo Gattenlöhner, Radokfzell, E-Mail: info@globalnature.org, www.globalnature.org

Wasserverbrauch I

Nachhaltige Visionen

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) und die Europäische Wasserpартnerschaft (EWP) haben im September einen Kooperationsplan für nachhaltigen Wasserverbrauch angekündigt. Der Plan soll die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schärfen und die Informationsflüsse verbessern. EEA und EWP wollen bei der Umsetzung der „Vision für Wasser in einem nachhaltigen Europa“ kooperieren, die die EWP im Sommer veröffentlicht hat. Die Ergebnisse sollen 2010 in den nächsten Bericht der EEA zum Umweltstatus einfließen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eea-wasserpartner
- ▶ www.ewp.eu/vision/historyprocess

Wasserverbrauch II

Nordrhein-Westfalen schafft WasserCent ab

■ Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im September eine schrittweise Abschaffung des Wasserentnahmeentgelts beschlossen. Der BUND-Landesverband und weitere Verbände übten teils scharfe Kritik. Der „WasserCent“ für entnommenes Grund- und Oberflächenwasser beträgt bislang zwischen 0,3 und 4,5 Cent pro Kubikmeter. Die jährlichen Abgaben von insgesamt etwa 86 Millionen Euro werden etwa je zur Hälfte von privaten Haushalten und der Industrie entrichtet. Für die Verbände ist das Wasserentnahme-Entgelt unverzichtbar, um den Wasserverbrauch gering zu halten. Dieser sei allein im Leverkusener Bayer-Werk etwa doppelt so hoch wie der Trinkwasserbedarf der benachbarten Millionenstadt Köln. Die Abschaffung des WasserCent erschwert nach Ansicht der Umweltschützer auch die weitere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. [aks]

- ▶ BUND NRW, Paul Kröfges, Tel. +49 (0)173-2794489, E-Mail: paul.kroefges@bund.net
- ▶ www.cbgnetwork.org/3084.html

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Gemeingüter

Nobelpreis für Umweltökonomin

■ Die US-amerikanische Wirtschafts- und Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom bekommt in diesem Jahr den Nobelpreis für Ökonomie. Die 76-Jährige, die an der Indiana University in Bloomington lehrt, ist die erste Frau, die einen Nobelpreis für Wirtschaft erhält. Zudem wird der Preis zum ersten Mal für ein umweltökonomisches Thema vergeben.

Ostrom erhält die Auszeichnung für ihre Forschungen zu Gemeinschaftsgütern, wie Fischgründe, Grundwasser oder Waldgebiete, und dazu, wie diese kooperativ genutzt werden können. Jenseits vom Glauben, dass Gemeingüter entweder verstaatlicht oder privatisiert gehören, erforscht Ostrom gemeinschaftliche Entscheidungsmechanismen. Sie analysiert das Verhalten bei der Nutzung von knappen natürlichen Ressourcen, deren unkoordinierte Nutzung zu Ausbeutung führt. An Beispielen lokaler Gemeinschaftslösungen zeigt sie, wie sogenannte Allmenderessourcen trotz Knappheit von allen genutzt werden können. Dabei geht sie davon aus, dass Menschen zwar eigennützig handeln, aber lernfähig und kommunikationsbereit sind. Ostrom widerspricht der gängigen Ansicht, dass ein Gemeingut immer übernutzt wird, wenn nicht eine äußere Instanz die Nutzungsrechte vergibt. Dies geschieht ihr zufolge nur, wenn die Nutzer nicht kommunizieren können. Ostroms Erkenntnisse könnten in Fragen des Klimaschutzes und der endlichen Weltressourcen Anhaltspunkte für mögliche Lösungen liefern.

Den Nobelpreis teilt sich Ostrom mit ihrem Landsmann Oliver Williamson, der für seine Arbeiten zum Konfliktmanagement in Unternehmen geehrt wird. [jg]

- ▶ www.nobelprize.org
- ▶ www.wordpress.de/tag/elinor-ostrom

THEMA

Das Copyright – es gibt etwas Besseres

Umweltschutz ins Web 2.0 – Teil 5: Um die eigenen Rechte an Texten und Bildern zu sichern, aber trotzdem ihre Verbreitung zu fördern, ist die Creative-Commons-Lizenz eine viel bessere Möglichkeit als das Copyright. Umweltinformationen sind damit für MultiplikatorInnen einfacher verfügbar. Auch die eigene Arbeit erleichtern Werke mit solchen freien Lizenzen. Zu finden sind sie in der Wikipedia oder in Fotodatenbanken.

■ Umweltinformationen sollen möglichst viele Menschen erreichen – ob es sich nun um große Themen wie politische Forderungen zur Rettung des Weltklimas oder um kleine Tipps etwa für einen ökologischen Garten handelt. Verhaltenstipps, Faktensammlungen und Aufrufe sind umso wirksamer, je mehr Menschen sie erreichen. Die Lobbyarbeit von Umweltverbänden findet ja meist nicht wie bei der Industrie hinter verschlossenen Türen statt, sondern entfaltet ihre Wirkung erst im hellen Licht der Öffentlichkeit.

Doch der weiten Verbreitung eigener Texte und Grafiken steht das Copyright entgegen. Dieses Recht, ein Werk zu kopieren und ökonomisch zu verwerten, widerspricht dem Bestreben nach einer größtmöglichen Vervielfältigung. Bei Literatur, Musik und Filmen wird über das Verwertungsrecht häufig die Finanzierung ermöglicht. Wer Musikstücke im Internet ohne entsprechende Lizenz verbreitet, muss mit Klagen der Verwertungsgesellschaften rechnen.

Kaum verständlich ist es dagegen, wenn Umweltinformationen mit einem Copyright belegt sind. Umweltverbände werden wohl kaum jemanden verklagen, der beispielsweise einen Text von einer Umweltwebseite auf seine eigene kopiert, um das Anliegen zu verbreiten. Rechtlich gesehen handelt es sich jedoch um Diebstahl geistigen Eigentums. Viele Menschen haben sich durch drastische Maßnahmen von „Abmahnanwälten“ oder der Musikindustrie schon abschrecken lassen.

Die Creative-Commons-Lizenz

Wer erreichen will, dass seine Anliegen multipliziert werden, sollte deshalb deutlich und verständlich darauf hinweisen. Es gibt Lizenzen, die die freie Verwendung eines Werkes erlauben, ohne dass für jede Einzelnutzung eine Genehmigung erteilt werden muss. Am weitesten verbreitet und leicht verständlich ist die Creative-Commons-Lizenz (CC). Diese Lizenz gibt es in verschiedenen Abstufungen. In der einfachsten Form müssen nur der Name

des Rechteinhabers und die CC-Lizenz genannt werden.

Weitere Varianten der Creative-Commons-Lizenz sind dadurch möglich, dass die CC-Lizenz zu bestimmten Bedingungen erteilt werden kann. So kann festgelegt werden, dass

- ▶ eine kommerzielle Nutzung ausgeschlossen ist;
- ▶ eine Bearbeitung ausgeschlossen ist;
- ▶ eine Bearbeitung zugelassen ist, aber das neu entstandene Werk zu den gleichen Bedingungen weitergegeben werden muss.

Die einzelnen Lizenzbedingungen lassen sich miteinander kombinieren, soweit das sinnvoll ist.

Eine Creative-Commons-Lizenz kann für eine komplette Webseite, für Bücher, Filme oder andere Werke ebenso gelten wie für einzelne Texte, Fotos oder Musikstücke. Natürlich muss man selbst im Besitz der Rechte sein, bevor man diese erteilt. Wichtig ist auch zu wissen, dass Creative Commons nicht befristet erteilt

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



werden kann und ein Widerruf der Lizenz nicht möglich ist. Das Urheberrecht als nicht übertragbares Recht wird von Creative Commons nicht berührt, denn die Lizenz bezieht sich nur auf das Verwertungsrecht. Wer im Internet mit CC-lizenzierten Werken arbeitet, sollte immer zwei Links setzen: einen zu der Webseite, von der das Werk stammt, und einen zur Erläuterung der entsprechenden Lizenz auf der Creative-Commons-Webseite.

Bei der Bildsuche auf der sicheren Seite

Die freien Lizenzen lassen sich auch für die eigene Arbeit gut nutzen. Zum Beispiel wurde die Lizenz der beliebten Internetenzyklopädie Wikipedia im vergangenen Juli auf eine CC-Lizenz umgestellt. In Fotodatenbanken gibt es mittlerweile eine große Auswahl an frei lizenzierten Bildern. In der Datenbank flickr.com kann man bei der erweiterten Suche einstellen, dass nur CC-lizenzierte Bilder angezeigt werden, und hat immer noch die Auswahl aus über 100 Millionen solcher Werke. Keinesfalls sollte man dagegen über die Google-Bildersuche nach Fotos suchen, ohne auf die Lizenz zu achten. Übrigens dürfen Sie diesen Text gern nicht kommerziell und unter Nennung meines Namens weiterverbreiten. **[Florian Noto]**

- ▶ www.creativecommons.de
- ▶ DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de

EHRENAMT

Zertifizierung

Kompetent nur mit Nachweis?

■ Kompetenznachweise werden nach Ansicht des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) auch im Ehrenamt immer wichtiger. Mithilfe sogenannter Kompetenzbilanzverfahren sollen sich die Engagierten ihrer Fähigkeiten bewusst werden, indem sie diese aufschreiben und in mehreren Schritten

bewerten. Das Bundesprogramm „Freiwilligendienste machen kompetent“ setzt solche neuen Verfahren bereits gezielt bei jungen Freiwilligen ein.

Der Deutsche Bundesjugendring sieht in Nachweis- und Zertifizierungssystemen für Kompetenzen und Qualifikationen aber auch Gefahren. Damit würden selbst organisierte Bildungsprozesse erschwert und das Engagement insgesamt einem Zweck unterworfen. Soziale Fähigkeiten seien nur indirekt zertifizierbar, etwa über Fortbildungsnachweise. In einem Anfang Oktober erschienenen BBE-Newsletter setzen sich mehrere ExpertInnen mit den Chancen und Fallstricken von Kompetenz-zertifikaten auseinander. **[mb]**

- ▶ BBE-Newsletter 20/2009, www.b-b-e.de/?14491

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Firmenwettbewerb

Umweltschonende Büros

■ Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) hat Deutschlands umweltfreundlichste Büros ausgezeichnet. Gewinner sind in der Kategorie Großunternehmen die Spedition Hellmann aus Osnabrück und bei den mittleren Unternehmen der Hersteller von Verbindungstechnik Huber+Suhner aus Taufkirchen bei München. Bei den Kleinunternehmen gewann die Werbeagentur Rittweger aus dem thüringischen Suhl, bei den nicht gewerblichen Einrichtungen die Universität Osnabrück. Die Preisträger haben unter anderem auf eine umweltschonende Büroreinigung geachtet und Recyclingpapier verwendet. In Deutschland verbrauchen allein die 17 Millionen Büroangestellten rund 800.000 Tonnen Papier pro Jahr. Mit dem Wettbewerb will B.A.U.M. zeigen, dass das umweltschonende Büro ein erreichbares Ziel ist. **[zt]**

- ▶ B.A.U.M., Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 4907-1100, E-Mail: info@baumev.de, www.baumev.de

Deutsche Solarpreise

Einsatz für Erneuerbare

■ Die Organisation Eurosolar hat Mitte Oktober zehn Preise für den Einsatz zugunsten erneuerbarer Energien vergeben. Ausgezeichnet werden jedes Jahr innovative Projekte, Initiativen und Engagements in verschiedenen Kategorien wie Kommunen, Unternehmen, Einzelpersonen sowie Organisationen. Zu den diesjährigen Preisträgern gehören Wir-Klimaretter.de in der Kategorie Medien für das Projekt „Greenwashing anschaulich aufgedeckt“ und die SolarWaterWorld AG in der Kategorie Transportsysteme mit einer emissions- und lärmfreien Solarbootflotte. **[aks]**

- ▶ www.eurosolar.org

Tierschutzpreis

Kunstleber spart Tierversuche

■ Den Tierschutz-Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch erhält in diesem Jahr Johanna Schanz vom Fraunhofer-Institut für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik in Stuttgart. Die Bundesregierung verlieh ihr den mit 15.000 Euro dotierten Preis im Oktober für die Entwicklung einer künstlichen Leber für Medikamententests. Das Modell besteht aus einem Blutgefäßsystem mit menschlichen Leberzellen.

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte begrüßte die Entscheidung, forderte jedoch von der Bundesregierung eine drastische Erhöhung der Förderung für Ersatzverfahren. Laut Statistik der Deutschen Forschungsgemeinschaft investieren Bund und Länder in die medizinische und biologische Forschung jährlich rund 800 Millionen Euro, davon aber nur rund ein Prozent für die Entwicklung tierversuchsfreier Verfahren. Gleichzeitig ist nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes die Zahl der Tierversuche erneut um mehr als drei Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen **[mb]**

- ▶ www.kurzlink.de/fraunhofer-schanz

REZENSIONEN

Flugasche verweht

Vor 28 Jahren erschien Monika Marons Roman über die Umweltverschmutzung in Bitterfeld. Anfang dieses Jahrhunderts begab sich die Autorin auf die Suche nach Spuren von der Vergangenheit in die Gegenwart und schrieb einen Bericht über Bitterfeld heute.



■ 180 Tonnen Kohlenstaub täglich, die auf Menschen und die Natur herabregnen und den Himmel anthrazitfarben aussehen lassen. Diese Zahl setzte sich in Monika Marons Gedächtnis so fest, dass sie noch

drei Jahrzehnte nach ihren ersten Berichten über die Chemieindustrie in Bitterfeld präsent ist. Damals war Maron Reporterin bei der DDR-Zeitung Wochenpost. Aus ihren Recherchen entstand das Buch Flugasche, das in der DDR verboten wurde, 1981 aber in der Bundesrepublik erschien. Darin prangerte sie die Umweltsünden in der „schmutzigsten Stadt Europas“ an.

Was ist aus dieser ruinierten Landschaft geworden? Wovon leben die Menschen nach dem Zusammenbruch der Filmfabrik in Wolfen und den Chemieanlagen? Das Augenfälligste, das Maron in Worte fasst, ist der blaue Himmel über Bitterfeld. Während der Zeit, als die Schornsteine der Chemieindustrie rauchten, war das reine Wunschvorstellung. Bunte Farben statt Ruß und Rost beherrschten nun das Straßenbild, schreibt Maron. Gelb, türkis und immer wieder himmelblau – darin sieht die Autorin Symbole für ein neues Zeitalter.

Das Buch ist ein Protokoll darüber, wie sich die Region nach der Wende entwickelt hat. Monika Maron beschreibt Menschen, die aufatmen können, und eine Landschaft, die sich erholt hat. Auf der Industriebraiche in Wolfen wachsen Königskerzen – das sind Heilpflanzen, die ausgerechnet bei Atemwegserkrankungen helfen. 2002 entsteht nach dem Hochwasser im ehemaligen Tagebauloch in der Goitzsche ein Naturschutzgebiet. Im Volksmund heißt es das „Bitterfelder Meer“.

Aber diese positiven Entwicklungen können nicht über das „atmosphärische Defizit in der Stadt“ hinwegtäuschen. Denn auch wenn zahlreiche BitterfelderInnen Arbeit in der Solarindustrie gefunden haben, wandern viele Menschen ab oder siedeln sich erst gar nicht vor Ort an. Es fehlt etwas, das üblicherweise eine Stadt mit Leben füllt. Eine gewachsene Kultur finden viele eher in Leipzig, 30 Kilometer weiter weg. Auch dieser depressiven Stimmung, die sich in der städtischen Architektur widerspiegelt, spürt Maron nach. Die Fotografien im Buch sprechen für sich.

Über die Historie der Chemieregion Bitterfeld-Wolfen von 1893 bis 1910, als die Agfa-Filmfabrik entstand, schreibt Maron, über die Nazizeit und die Demontage und Aufteilung der IG Farben danach. Die nächste Zäsur liegt bereits 20 Jahre zurück, 1989, das Ende der DDR. Drei Jahre nachdem die stinkende Chemieproduktion zurückgefahren wurde, im Jahr 1992, maß man in Bitterfeld 92 Prozent weniger Luftverschmutzung.

Fast ein Jahrzehnt dauerte es noch, bis die Erfolgsgeschichte der Solarindustrie, die sich in der ehemaligen Chemieregion angesiedelt hat, ihren Lauf nahm. 2000 wurde Q-Cells von einem Team um den Kreuzberger Ingenieur Reiner Lemoine gegründet, im selben Jahr schuf der Künstler Claus Bury den Bitterfelder Bogen, das neue Wahrzeichen Bitterfelds. Vorbild für die 70 Meter breite Brücke, über die man einen halben Kilometer lang zu einer 28 Meter hohen Plattform mit Blick über Wälder und Seen wandeln kann, war eine Baggerschaufel. Womit der Bogen von der Natur- zur Kulturlandschaft erneut gespannt wurde. **[Marion Busch]**

► Maron, M.: Bitterfelder Bogen. Ein Bericht. S. Fischer, Frankfurt/M. 2009, 173 S., 18,90 €, ISBN 978-3-10-048828-2

Gedanken aus Absurdistan

Braucht es wirklich nur 50 Menschen, um das System gänzlich gewaltlos zu Fall zu bringen? Derrick Jensen hat darüber mehr als 500 Seiten geschrieben. Zweifel sind angebracht.



■ Derrick Jensen ist Aktivist, Autor, Farmer, Bienenzüchter, Lehrer und Philosoph. Er hat bislang mehrere, von der Kritik gefeierte Bücher geschrieben, unter anderem ein zwei-

bändiges, gut tausendseitiges Mammutwerk mit dem englischen Originaltitel Endgame. Der Pendo-Verlag hat sie beide veröffentlicht, doch nur vom zweiten Band, „Das Öko-Manifest“, soll hier die Rede sein.

Schon bei der Betrachtung des Buchäußeren tauchen erste Ungereimtheiten auf. Ist es nicht sonderbar, dass man es vermieden hat, die beiden Bände – der erste Band firmiert unter „Endgame. Zivilisation als Problem“ – über den Titel oder die Gestaltung des Covers als zusammengehörig zu kennzeichnen? Doch widmen wir uns dem Inhalt. Hier fällt auf, dass sich die Aussage des Klappentexts, wonach das vorliegende Manifest eine Anleitung sei, die „industrielle Zivilisation – gänzlich gewaltlos – zu Fall zu bringen“, mit Jensens geschriebenem Wort nur schwer in Übereinstimmung bringen lässt. Beispiele gefällig? Bitte sehr! Seite 108, Anleitung zur Staudamm-Beseitigung: „Man bittet [die Lachsfreunde] Vorschlagshammer mitzubringen. Wer keine Geräte hat, kann belegte Brote mitbringen. Ich garantiere, dass hunderte kommen würden, um dieses Hindernis, das Fische von ihrem Zuhause trennt, kurz und klein zu schlagen.“ Gewaltlos sieht anders aus. 351 Seiten weiter beginnt dann der Vergleich unserer Zivilisation mit einem „permanenten Holocaust“. Die Zeilen dazwischen füllen übrigens meist wenig konsistente Gedankenketten oder belanglose Erlebnisse aus Jensens Anarcho-Pri-

mitivisten-Dasein. Wüsste man nicht, dass es sich hier um ein ernst gemeintes Sachbuch aus dem Themenbereich Ökologie und Nachhaltigkeit handelt, könnte man in der Tat glauben, man befände sich in einer gewagten, aber misslungenen Mischung aus „Per Anhalter durch die Galaxis“ und „Warten auf Godot“. Spätestens jetzt will man das Buch gerne zur Seite legen, auch weil immer noch nicht klar ist, wo denn nun die „50 Menschen“ sein mögen, die laut Untertitel „das System zu Fall bringen können“. Sind es am Ende die oben zitierten Lachsfreunde? Fakt ist: Ein konkreter Gegenentwurf für unsere – alles andere als perfekte – Zivilisation sieht anders aus. Und so bleibt als Fazit nur ein Brecht-Zitat: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen.“

[Christoph Hirsch]

- ▶ Jensen, D.: Das Öko-Manifest. Wie nur 50 Menschen das System zu Fall bringen und unsere Welt retten können. Pendo, München 2009, 512 S., 24,95 €, ISBN 978-3-86612-215-4

Neues zum Umwelt- und Naturschutzrecht



Das Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts nimmt in seiner hundertsten Ausgabe unter anderem die Harmonisierung der Natura-2000-Richtlinien unter die Lupe. Der Autor Walter Frenz,

Professor an der Hochschule Aachen, beschäftigt sich mit den rechtlichen Widersprüchen zwischen Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Für Vorhaben in FFH-Gebieten ist beispielsweise eine Verträglichkeitsprüfung vorgesehen, die die Vogelschutzrichtlinie so nicht kennt. In die FFH-Richtlinie wiederum sollte laut Frenz in Anlehnung an die Vogelschutzrichtlinie ein „artenschutzrechtliches Verschlechterungsgebot des Erhaltungszustandes“ eingefügt werden. Die

Rechtsprechung darüber, was in Schutzgebieten erlaubt ist und was nicht, sei „schwankend“. Sie kann sich auch auf vorhandene Bauwerke und herkömmliche Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft beziehen, je nach Auslegung eines diesbezüglichen Urteils des Europäischen Gerichtshofes. Begriffe wie „erhebliche Auswirkungen“ auf oder „absichtsvolle Beeinträchtigung“ von Arten oder Populationen in Schutzgebieten gelte es näher zu definieren. Frenz fordert eine vollständige Integration der Vogelschutzrichtlinie in die FFH-Richtlinie – am besten durch eine neue einheitliche Natura-2000-Richtlinie.

Das Autorentrio Felix Ekaradt, Bettina Hennig und Martin Wilke beschäftigt sich mit Gentechnikrecht und Naturschutz und den Beteiligungs- und Klagerechten der Umweltverbände. Ihr Urteil ist scharf formuliert: Das deutsche Recht sei in Teilen völkerrechtswidrig und verstoße gegen die Århus-Konvention, das Übereinkommen, das den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten regelt. Zwar werde die Verbandsklage in der umweltpolitischen Praxis auf jede Menge Probleme stoßen – unter anderem die unzureichende Finanzsituation vieler Verbände, aber gerade auch nach einer Einarbeitung der neuesten Änderungen der Konvention seien „substanzielle Änderungsbedarfe entgegen der deutschen Tradition“ zu erwarten – sofern sich EU- und Bundesebene entschlossen, die internationalen Vorgaben endlich umzusetzen.

Weitere Themen in dem für Fachleute und LiebhaberInnen juristischer Hintergrundtexte gedachten Buch: Folgenabschätzungen, kommunale Solarsatzungen und erneuerbare Energien. Das Jahrbuch ist definitiv keine Feierabendlektüre, aber kann eine wichtige Argumentationshilfe bei der Auseinandersetzung mit EU- und bundesdeutschem Recht sein.

[Juliane Grüning]

- ▶ Hendl, R.; Marburger, P.; Reiff, P. u. a. (Hrsg.): Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 2009. Erich Schmidt, Berlin 2009, 511 S., 138,- €, ISBN 978-3-503-11645-4

Liebeserklärung an die Natur



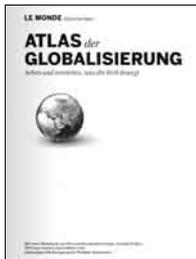
Eine wahre Liebeserklärung an jedes einzelne vorgestellte Tier und jede Pflanze gelingt den Autorinnen und Autoren in diesem Buch über die Vielfalt heimischer Arten. Dabei kommen weder naturwissenschaftliche Fakten noch kulturelles Wissen zu kurz, Exkurse in die Genforschung oder die antike Mythologie inbegriffen. Reich bebildert ist die Schatzkammer mit naturgetreuen Aquarellen von Rita Mühlbauer, die das Bestimmen erleichtern, aber auch vom großen Respekt der Künstlerin für ihre Mitgeschöpfe zeugen. Dass die Bachforelle schneller schwimmt als jeder Olympionike, Lerchen ohne Stimmbänder singen und Pfaffenhütchenfrüchte für die natürliche Magendarm-Wurmkur taugen, erfahren Wissbegierige in leicht lesbarer Weise. Auch praktische Anleitungen gibt es, wie man etwa einen Schmetterlingsgarten anlegt oder die Gewässergüte eines Baches bestimmt. Nicht zuletzt die Lied- und Gedichttexte zeigen, wie eng verwoben das Leben von Mensch und Natur ist.

Das vom Museum Mensch und Natur sowie der Hopffisterei München herausgegebene Buch versammelt eine bunte Mischung von AutorInnen, wie die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz Beate Jessel, den Mitbegründer der Zeitschrift Natur Claus-Peter Lieckfeld oder den Münchener Professor für Christliche Sozialethik Markus Vogt. Allen 33 Beiträgen merkt man Begeisterung an – und wie anders sollten LeserInnen entflammt werden, wenn die AutorInnen nicht selber brennen für den Reichtum der Natur? Ein gelungenes Sammelwerk zum Schmökern, Nachdenken und Tätigwerden.

[Juliane Grüning]

- ▶ Museum Mensch und Natur, Hopffisterei München (Hrsg.): Schatzkammer Natur. Von der Vielfalt heimischer Arten. oekom, München 2009, 221 S., 14,90 €, ISBN 978-3-86581-134-9

Globalisierung verstehen



„Die Karte liegt auf der Mitte zwischen Realität und geistigem Bild“, beschreibt der Kartograf Philippe Rekacewicz seine Arbeit. Diese visuelle Interpretation der Wirk-

lichkeit hat sich der neue Atlas der Globalisierung zur Aufgabe gemacht. Mit 216 Seiten ist er doppelt so umfangreich wie die erste Ausgabe von 2006.

300 Karten und Schaubilder in sechs Kapiteln geben ein Verständnis dafür, was der schwammige Begriff Globalisierung meint. Das Kapitel „Neue Weltkunde“ dient der Einführung und beschreibt auf je einer Doppelseite Themen wie Wasser, Rohstoffe, religiösen Fundamentalismus und „das seltsame Innenleben der Nato“. Schwerpunkte liegen in den weiterführenden Kapiteln „Kapitalismus in der Krise“, „Zukunft der Energie“, „kompliziertes Afrika“ und „ungelöste Konflikte“. Jede Doppelseite enthält neben Karten und Grafiken einen abgeschlossenen Text mit weiterführenden Internetadressen.

Besonderes Augenmerk verdienen die gezeichneten Karten von Rekacewicz. Dieser beschreibt seine Buntstiftskizzen als die Wiederherstellung der Gefühlsdimension, die der gedruckten, kalten und rein wissenschaftlichen Karte fehle. Ergreifend ist etwa die Bleistiftzeichnung zur Darstellung des „Schengenraums und seiner Opfer“. Die betongraue EU wird von einer roten Grenze abgeschottet, an deren Südabschnitt rote, an Blutlachen erinnernde Kreise den Tod von mindestens 10.000 Menschen symbolisieren, die vergeblich versucht haben nach Europa zu gelangen.

Neben der Paperbackausgabe für 13 Euro gibt es den Atlas auch in einer gebundenen Ausgabe mit CD für 23 Euro.

[Florian Noto]

► Le Monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Sehen und verstehen, was die Welt bewegt. Taz, Berlin 2009, 214 S., 13,- €, ISBN 978-3-937683-25-6. www.monde-diplomatique.de

Umwelt deutsch-japanisch

Wer sich auf die nächste Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention 2010 in Nagoya vorbereiten will, dem sei die Broschüre „Voneinander lernen – von Umweltkonflikten zu Lösungen“ empfohlen. Die Forschungsgruppe des Bundes Naturschutz in Bayern hat auf Grundlage eines Symposiums der Evangelischen Akademie Tutzing Texte zu japanisch-deutschen interkulturellen Begegnungen herausgegeben. Neben Texten zu kulturellen Unterschieden, dem Vergleich von deutschen und japanischen Umweltorganisationen und Umweltbildungskonzepten werden auch die unterschiedlichen Naturbilder beschrieben. Besonders spannend zu lesen sind die Erfahrungsberichte – so die ökologische Landwirtschaft in Deutschland aus Sicht eines japanischen Ökolandwirtes oder die beiden Geschichten vom Freiwilligen Ökologischen Jahr. [jg]

► Shimada, S.; Held, M. u. a. (Hrsg.): Voneinander lernen – von Umweltkonflikten zu Lösungen: deutsch-japanische Begegnungen. Bund Naturschutz Forschung, Lauf 2008, 138 S., 9,80 €, ISBN 978-3-9808986-3-8

Klare Worte für Vereine

„Besser schreiben – mehr bewirken“: mit diesem Untertitel wirbt die Kulturwissenschaftlerin und Pädagogin Dorle Weyers für ansprechende Texte im Non-Profit-Bereich. Die als Arbeitshilfe der Stiftung Mitarbeit veröffentlichte Broschüre vermittelt sprachliche Leitlinien für Sachtexte, gibt Tipps bei Schreibblockaden, hilft Beiträge zu strukturieren und nennt neben den guten Formulierungen auch „Textkiller zum Abgewöhnen“. Ein Kapitel beschäftigt sich mit speziellen Texten im NGO-Alltag wie Protokollen, Berichten und Geschäftspost. Humorvoll geschrieben und kompakt – sehr hilfreich! [jg]

► Weyers, D.: Klare Worte für Vereine & Co. Besser schreiben – mehr bewirken. Arbeitshilfe Nr. 34 der Stiftung Mitarbeit. Bonn 2009, 96 S., 8,- €, ISBN 978-3-928053-90-7

INTERNET

Klimaflüchtlinge

Der Klimawandel zwingt Millionen Menschen, ihre Wohnorte zu verlassen. Politische Lösungsansätze gibt es kaum und

auch die Wissenschaft zum Thema ist noch in den Anfängen. Das Global Governance Project, ein gemeinschaftliches Programm von zwölf Forschungsunternehmen, hat deshalb das Climate Refugee Policy Forum gestartet. Die Internetplattform bietet die neuesten Informationen über Klimaflüchtlinge und klimabedingte Migration, darunter wissenschaftliche Studien, politische Papiere und Konferenzdokumentationen. Die Seite verlinkt zudem auf zu dem Thema aktiven Organisationen. Außerdem steht ein umfangreiches Literaturverzeichnis zum Download bereit.

Wer zusätzliche Informationen, Dokumente, Literaturhinweise, Termine oder anderes Material zu Klimaflüchtlingen hat, kann sich an die Koordinatorin Ingrid Boas wenden. [ans]

► www.glogov.org/?pageid=80

► Ingrid Boas, E-Mail: ingrid.boas@imv.vu.nl

Umweltnews in Echtzeit

Die Deutsche Umweltstiftung hat einen neuen Onlineservice für Umweltinformationen gestartet. Der Umweltticker stellt Pressemitteilungen und Artikel von Umweltorganisationen wie Greenpeace, BUND oder WWF sowie seriösen Online-Medien ins Netz. Die Auswahl anhand der Kriterien Qualität und Zuverlässigkeit der Quelle trifft eine unabhängige Redaktion. Die Originalquellen werden verlinkt. Der Dienst soll vor allem für Aktive in Umweltorganisationen, politisch Verantwortliche, Journalisten und Unternehmen der Umwelt- und Energiebranche von Nutzen sein, kostenlos und ohne Registrierung. Finanziert wird er über Eigenmittel der Deutschen Umweltstiftung und Spenden. [ans]

► www.umweltticker.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Albrecht, S.; Engel, A. (Hrsg.): **Weltagrarrbericht. Synthesebericht.** HUP, Hamburg 2009, 286 S., 29,80 €, ISBN 978-3-937816-68-5. Download: www.kurzlink.de/iaastd
- ▶ Alt, S. u. a.: **Streitpunkt Kernenergie. Eine neue Debatte über alte Probleme.** Öko-Institut, Freiburg 2009, 64 S., kostenlos. Download: www.oeko.de/kernenergie.pdf
- ▶ Bechberger, M.: **Erneuerbare Energien in Spanien. Erfolgsbedingungen und Restriktionen.** Ibidem, Stuttgart 2009, 816 S., 59,90 €, ISBN 978-3-89821-952-5
- ▶ Becker, U.; Gerike, R.; Winter, M.: **Grundwissen Verkehrsökologie.** Dresdner Institut für Verkehr und Umwelt, Dresden 2009, 271 S., 18,- €, ISBN 978-3-9807994-3-0
- ▶ Beier, W.: **Biologisch abbaubare Kunststoffe.** Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau 2009, 11 S. Download: www.kurzlink.de/uba-3834.pdf
- ▶ Billen, G.: **Ausgetrickst und angeschmiert. Wie wir Verbraucher uns wehren können.** Westend, Frankfurt/M. 2009, 246 S., 19,95 €, ISBN 978-3-938060-32-2
- ▶ Bundesumweltministerium: **Fördergeld für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Private Haushalte – Unternehmen – öffentliche Einrichtungen.** BMU, Berlin 2009, 140 S. Download: www.kurzlink.de/bmu-foerderung-ee
- ▶ Dettling, D.; Schüle, C.: **Minima Moralia der nächsten Gesellschaft. Standpunkte eines neuen Generationenvertrags.** VS, Wiesbaden 2009, 169 S., 24,90 €, ISBN 978-3-531-16475-5
- ▶ Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (Hrsg.): **Jahrbuch Kleinkläranlagen 2009.** DWA, Hennef 2009, 256 S., 25,- €, ISBN 978-3-941089-41-9
- ▶ Dürr, H.-P.: **Warum es ums Ganze geht. Neues Denken für eine Welt im Umbruch.** oekom, München 2009, 224 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-173-8
- ▶ Ekardt, F.: **Cool Down. 50 Irrtümer über unsere Klimazukunft.** Herder, Freiburg 2009, 160 S., 9,95 €, ISBN 978-3-451-06186-8
- ▶ Goleman, D.: **Ökologische Intelligenz. Wer umdenkt, lebt besser.** Droemer, München 2009, 272 S., 19,95 €, ISBN 978-3-426-27514-6
- ▶ Gottwald, F.-T.; Steinbach, A.: **Nachhaltigkeits-Innovationen in der Ernährungswirtschaft.** Behr's, Hamburg 2009, 140 S., 74,37 €, ISBN 978-3-89947-574-6
- ▶ Haupt, H.-G.; Torp, C. (Hrsg.): **Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990. Ein Handbuch.** Campus, Frankfurt/M. 2009, 504 S., 39,90 €, ISBN 978-3-593-38737-6
- ▶ Helfrich, S.: **Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter.** oekom, München 2009, 24,90 €, ISBN 978-3-86581-133-2
- ▶ Höffe, O.: **Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik.** C.H. Beck, München 2009, 334 S., 14,95 €, ISBN 978-3-406-58717-7
- ▶ Hoffmann, S.: **Die Messung der Vielfalt. Ein konzeptioneller Leitfaden.** Metropolis, Marburg 2009, 240 S., 39,80 €, ISBN 978-3-89518-744-5
- ▶ Sabersky, A.; Zittlau, J.: **Die Qualitätslüge. Einkaufen mit Nebenwirkungen.** Knaur, München 2009, 298 S., 8,95 €, ISBN 978-3-426-78212-5
- ▶ Scherhorn, G.: **Geld soll dienen, nicht herrschen. Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals.** Picus, Wien 2009, 96 S., 8,90 €, ISBN 978-3-85452-584-4
- ▶ Schmidner, E.; Dabbert, S.: **Nachhaltige Landwirtschaft und Ökologischer Landbau im Bericht des Weltagrarrates.** Universität Hohenheim, Stuttgart 2009, 76 S., kostenlos, ISBN 978-3-933403-97-1. Download: www.orgprints.org/15924
- ▶ Schreier, H.: **Bäume. Streifzüge durch eine unbekannte Welt.** Edition Freitag, Berlin 2009, 334 S., 11,80 €, ISBN 978-3-936252-25-5
- ▶ Soentgen, J.; Reller, A. (Hrsg.): **CO₂ – Lebenselixier und Klimakiller.** oekom, München 2009, 304 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-118-9

Impressum

umwelt aktuell November 2009
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anne Schweitzer [ans], Zoé Thio [zt], Ann-Katrin Sporkmann [aks]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Angelika Schiller, Augsburg
Fotos: DLR (Titelseite), Studio Good, Berlin (S. 23)

Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning.

Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,

D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de

Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeileger des Erich Schmidt Verlages und in einer Teilaufgabe der Wochenzeitung Freitag und des Ökoprotjekt MobilSpiel e.V. bei.



TERMINE

NOVEMBER

02.–06.11., Stralsund/
Vorpommern (D)

**Progress in Marine
Conservation in Europe
2009.** Konferenz

► Bundesamt für

Naturschutz, Henning von Nordheim, Vilm, Tel. +49 (0)38301 / 8612-0, E-Mail: henning.von.nordheim@bf-n-vilm.de, www.bfn.de/habitatmare (Conference)

02.–06.11., Internet

Klimaneutrale wissenschaftliche Klimakonferenz

► Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Franziska Mannke, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 42875-6324, Fax -6499, E-Mail: fzt-als@ls.haw-hamburg.de, www.klima2009.net

04.11., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Neue Entwicklungen im Naturschutzrecht

► NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.de

04.–05.11., Paris (F)

Global Forum on Eco-Innovation

► OECD, E-Mail: gfsd.eco-innovation@oecd.org, www.kurzlink.de/oecd-forum-eco-innov

04.–08.11., Port Ghalib (ET)

21st Meeting of the Parties to the Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer

► www.ozone.unep.org (Upcoming Meetings)

05.11., Brüssel (B)

Nachhaltige Industriepolitik für Europa.

Jahrestagung

► Öko-Institut, Freiburg/Br., Tel. +49 (0)761 / 45295-0, E-Mail: event@oeko.de, www.oeko.de/jahrestagung

11.11., Berlin (D)

Green Shopping. Wie können wir beim Einkauf Ressourcen schonen? Symposium

► DNR, BUND, NABU, DNR, Maike Vygen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: maike.vygen@dnr.de, www.dnr.de

12.11., Tutzing am Starnberger See (D)

Grüne Gentechnik: Prognose, Fortschritt oder Hybris? Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Maria Wolff, Tel. +49 (0)8158 / 251-123, Fax 996423, E-Mail: wolff@ev-akademie-tutzing.de, www.ttn-institut.de

12.–13.11., Weil am Rhein (D)

2. Fachtagung Grenzüberschreitender Naturschutz

► Trinationales Umweltzentrum, Dr. Michael Wilke, Tel. +49 (0)7621 / 94078-15, Fax -12, E-Mail: regiobogen@truz.org, www.truz.org/regiobogen

12.11., Frankfurt am Main (D)

Perspektiven und Potenziale metropolnaher ländlicher Regionen. Fachtagung

► Institut für Ländliche Strukturforchung, Daniela Winter, Tel. +49 (0)69 / 77-5001, Fax -7784, E-Mail: ifls-office@ifls.de, www.ifls.de

13.–15.11., Stuttgart (D)

Die Rolle Europas in der globalen Krise

► Stuttgart Open Fair, Attac, SOFa u. a., Johannes Lauterbach, Tübingen, Tel. +49 (0)7071 / 255608, E-Mail: johanneslauterbach@gmx.net, www.stuttgart-open-fair.de/cms/?103

17.11., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Invasive Pflanzenarten – was bedeuten sie für die biologische Vielfalt?

► NNA, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, Fax -95, E-Mail: info@nna.de, www.nna.de

17.–18.11., Berlin (D)

Countdown to Kopenhagen. Deutschlands Verantwortung für Klimagerechtigkeit

► Heinrich-Böll-Stiftung, Tilman Santarius, Tel. +49 (0)30 / 28534363, E-Mail: ecology@boell.de, www.boell.de/calendar/VA-viewewt-de.aspx?evtid=6324

23.11., Berlin (D)

9. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

► RNE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 252932-56, Fax -61, E-Mail: rne-jahreskonferenz-2009@lab-concepts.de, www.nachhaltigkeitsrat.de/konferenz

23.–24.11., Hamburg (D)

B.A.U.M.-Jahrestagung 2009. Energieeffizienz in Unternehmen. Fachtagung mit Preisverleihung

► Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management, Kristina Wahl, Tel. +49 (0)40 / 490711-03, Fax -99, E-Mail: jahrestagung@baumev.de, www.baumev.de/default.asp?Menu=228

24.11., Berlin (D)

Zukunft Haus. Strategien für Energieeffizienz. Kongress

► dena, Christine Upadek, Tel. +49 (0)30 / 726165648, www.zukunft-haus.info/kongress2009

24.11., Berlin (D)

Klimagerechtigkeit. Neue Perspektiven für die internationale Umweltpolitik. Forum Globale Fragen

► Auswärtiges Amt, Kornelia Hau-Zilic, Tel. +49 (0)30 / 18171923, E-Mail: vn03-9@diplo.de, www.diplo.de/diplo/de/Aussenpolitik/ForumGF/Uebersicht.html

24.–25.11., Berlin (D)

4. Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien IRES

► Eurosolar, WCRE, Valentin Hollain, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373, Fax 361279, E-Mail: ires@eurosolar.de, www.eurosolar.de/de

25.–26.11., Rapperswil (CH)

NanoEurope Symposium 2009

► NanoEurope, Tel. +41 (0)71 / 2747-418, Fax -386, E-Mail: stephan.knebel@innovationsgesellschaft.ch, www.nanoeurope.com

28.11., Berlin (D)

DNR-Mitgliederversammlung

► Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

30.11.–02.12., Locomm bei Hannover (D)

Regeln für Zwerge. Risikoregulierung von Nanotechnologie im internationalen Kontext. Tagung

► Evangelische Akademie Locomm, Karin Hahn, Tel. +49 (0)5766 / 81-113, Fax -900, E-Mail: karin.hahn@evlka.de, www.loccum.de/programm/p0973a

DEZEMBER

03.12., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Produktion von Bioenergie – Anforderungen aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege

► NNA, Gudrun Janz, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, www.nna.de

07.–20.12., Kopenhagen (DK)

Klimaforum 09

► Foreningen Civilsamfundets Klimaforum, Copenhagen V, Denmark, Tel. +45 (0)33 / 253253, E-Mail: klimaforum09@klimaforum09.org, www.klimaforum09.org

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Umweltbildung und Ernährung

Gesund essen in der Schule

Die Hälfte der SchülerInnen in Bayern kommt ohne Frühstück und gesundes Pausenbrot in die Schule. Auch ein warmes Mittagessen in der Schulmensa ist nicht selbstverständlich. Außerschulische Akteure der Umweltbildung bieten zeitgemäße methodische Ansätze, um dieses Problem zu lösen.

□ „Unsere Kinder wachsen heute vielfach als Geschmacksanalphabeten auf.“ Das meint jedenfalls Ulrike Johannsen vom Institut für Ernährungs- und Verbraucherbildung der Universität Flensburg. Die Ökotrophologin war eine der ReferentInnen der Tagung „Gesunde Schulverpflegung in Bayern“ im März dieses Jahres in München. Eingeladen hatten Thomas Ködelpeter von der Ökologischen Akademie Linden sowie die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) Bayern und Ökoprosjekt – MobilSpiel als MitveranstalterInnen.

Gelebte Bildung für nachhaltige Entwicklung

Warum ausgerechnet Verbände für Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) die Initiative bei diesem Thema ergreifen, mag zunächst verwundern. Ausgangspunkt waren Diskussionen in der ANU-Fachgruppe Schule und Nachhaltigkeit über Ernährung und Klima, Umweltbildung und ökologische Landwirtschaft sowie Konzepte zur Schulentwicklung. Schnell wurde klar: Um etwas zu erreichen, müssen alle Akteure an einen Tisch. Mit der Tagung gelang es Thomas Ködelpeter und seinem Team, alle verantwortlichen Akteursgruppen zusammenzubringen. Rund 170 Teilnehmer, darunter Eltern, Schüler, Lehrer, Staatsminister, Köche, Ernährungswissenschaftler, Kantinenpächter und Hausmeister, Schulträger, Krankenkassen und Umweltpädagogen, informierten sich über Initiativen, Konzepte und Projekte, diskutierten, schmiedeten Pläne und vernetzten sich.

„Das Thema gesunde Schulverpflegung ist BNE pur, weil es alle Aspekte der BNE enthält“, erklärte Marion Loewenfeld in ihren Grußworten zum Auftakt der Veranstaltung. So könne man das Thema

aus ökonomischem Blickwinkel (wie viel kostet die Verpflegung?), aber auch aus sozialer (wer isst was?), kultureller (wie verändert sich unsere Esskultur?) und ökologischer Sicht (gesunde Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft sind wichtig) betrachten. Es biete eine Fülle von Anknüpfungspunkten für die Zusammenarbeit zwischen Umweltbildungsakteuren und Schulen. „Gesundes Essen ist nicht nur gut für das ‚Schulklima‘, die Gesundheit und Lebensfreude, sondern auch ein praktischer Beitrag zum Klimaschutz“, ergänzte Ködelpeter.

„Die Ernährungspyramide steht quasi auf dem Kopf“, beschrieb Johannsen die Essgewohnheiten der heutigen Kinder und Jugendlichen. Sie essen zu wenig Obst, Gemüse und Vollkornprodukte und trinken zu wenig Getränke wie Wasser oder Obstschorlen. Zudem, so die Expertin, gehe der Trend zu unregelmäßigen Mahlzeiten zum verstärkten Genuss von Functional Food mit Geschmacksverstärkern, Aroma- und Konservierungsstoffen sowie zu einseitiger Ernährung mit zu viel Fett, Zucker und Salz. Hauptsache billig und schnell, laute das Motto bei den deutschen VerbraucherInnen. Schnellimbisse, Billignahrung und Süßigkeiten führten jedoch leicht zu Gesundheitsproblemen wie Zahnschäden, Allergieanfälligkeiten und Adipositas.

Umweltbildung liefert zeitgemäße Methoden

Doch nicht nur die körperliche Gesundheit ist gefährdet. „Essen ist eine allumfassende, ganzheitliche Sache“, stellte Hildegard Rust, Ministerialrätin im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF), fest. Esskultur sei eine Alltagskompetenz. Menschen müssten heute „gesundheits- und ernährungsgebildet sein“, pflichtete Johannsen bei, deshalb

sei die Gesundheitskrise eigentlich eine „verkannte Bildungskrise“. Eine gesunde Ernährung wirke sich bei Kindern und Jugendlichen positiv auf Konzentration, Leistungsfähigkeit, Sozialverhalten und Lernklima aus.

Daher stehen heutzutage Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen gleichermaßen vor der Aufgabe, Ernährungs- und Gesundheitsfragen aufzugreifen. Umweltbildung ermöglicht dabei spannende Projekte mit kreativen, partizipativen Methoden. Gerade hier haben die außerschulischen Akteure viel zu bieten, wie die auf der Tagung vorgestellten Beispiele zeigten, darunter das Schulklassenprojekt „Fit, fair und frisch“ von Ökoprosjekt – MobilSpiel aus München.

In Sachen gesunde Schullernahrung ist in Bayern ein Stein ins Rollen gekommen. Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten richtete im Frühjahr die Vernetzungsstelle Schulverpflegung ein, die in rund 20 Modellschulen Projekte startet und ein landesweites Informations- und Beratungsnetz aufbaut. Hier sind ein Austausch und gegebenenfalls Kooperationen mit der Initiative der Umweltbildner geplant.

Die Akteure der Umweltbildung wollen bei insgesamt sieben Runden Tischen auf Regierungsebene die Zusammenarbeit verbessern und das Thema in den Bezirken verankern. Die außerschulische Umweltbildung muss hier beweisen, dass sie durch Veranstaltungen, Projekte und Beratung SchülerInnen in besonderem Maße motivieren kann. [Mareike Spielhofen]

- ▷ Langfassung des Beitrags in: Rundbrief Netzwerk Umweltbildung Juni 2009, www.mobilspiel.de/Oekoprojekt/pdf/Rundbrief_Juni09.pdf
- ▷ Ökoprosjekt – MobilSpiel e.V., München, Tel. +49 (0)89 / 7696025, www.praxis-umweltbildung.de/erna_web.php
- ▷ Ökologische Akademie, Thomas Ködelpeter, Dietramszell/Linden, Tel. +49 (0)8027 / 1785, E-Mail: oekologische-akademie@gmx.de, www.oekoakademie.de
- ▷ StMELF, Vernetzungsstelle Schulverpflegung Bayern, München, Tel. +49 (0)89 / 21820, E-Mail: poststelle@stmelf.bayern.de, www.stmelf.bayern.de/ernaehrung/33905

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bundestagung 2009: Kostet unser Geld die Welt?

□ Die deutsche Unesco-Kommission hat das Thema Geld als Jahresthema 2010 für die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ausgerufen. Die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) lädt vom 24. bis 26. November zu einem bundesweiten Austausch nach Hamburg ein. Im Mittelpunkt stehen die Wechselwirkungen von Geld und Umweltbildung/BNE. Uwe Möller vom Club of Rome und Uta von Winterfeld vom Wuppertal-Institut werfen einen kritischen Blick auf Finanzmärkte und Geldwirtschaft angesichts der vielfältigen globalen Auswirkungen der Bankenkrise. Nach einer Diskussion mit Bankenvertretern über nachhaltige Geldanlagen steht der zweite Tag im Zeichen der pädagogischen Praxis. Am Ende heißt es Pläne schmieden für die Zukunft: Wie können Umweltzentren und BNE-Akteure das Thema Geld und Nachhaltigkeit im Dekadejahr 2010 gemeinsam voranbringen?

▷ www.umweltbildung.de

ANU-Projekt Leuchtpol: Mit den Kleinen Großes denken

□ Leuchtpol, das größte deutsche Bildungsprojekt im Elementarbereich, bietet jetzt bundesweit Fortbildungen für ErzieherInnen an. Die Veranstaltungen sollen die Grundlagen dafür schaffen, dass schon bei den Kleinen zukunftsbedeutsame Fähigkeiten gefördert werden und sie Entscheidungskompetenzen und Handlungsmöglichkeiten für eine gemeinsame, partizipative und gerechte Gestaltung der Zukunft entwickeln können. Die ANU-Tochter „Leuchtpol – gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung von Umweltbildung im Elementarbereich mbH“ hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Acht Regionalbüros setzen das von Leuchtpol entwickelte pädagogische Rahmenkonzept gemeinsam mit Bildungszentren und ANU-Fachleuten um. Über 4.000 Kindergärten, rund zehn

Prozent aller Einrichtungen in Deutschland, sollen bis Ende 2012 dabei unterstützt werden, BNE am Beispiel von Energie und Umwelt bei sich zu verankern. Leuchtpol-Geschäftsführerin Christine Sauer war zuvor Bundesgeschäftsführerin der Naturschutzjugend im NABU. Pädagogische Leiterin ist die stellvertretende ANU-Bundvorsitzende Susanne Schubert. Partner für die wissenschaftliche Beratung ist das Institut für integrative Studien der Leuphana-Universität Lüneburg.

▷ www.leuchtpol.de

ANU-Brandenburg: Wie mit Unternehmen zusammenarbeiten?

□ Wie Umweltbildungseinrichtungen zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten finden können und welche Fallstricke es beim Sponsoring gibt, steht im Mittelpunkt einer Fachtagung der ANU Brandenburg am 5. November im Haus der Natur in Potsdam. Erfahrene Einrichtungen geben wertvolle Tipps, wie man einen guten Einstieg ins regionale Fundraising findet. Im Anschluss findet die diesjährige Mitgliederversammlung statt.

▷ www.anu-brandenburg.de

SCHWERPUNKT: KLIMAWANDEL

Experten erklären Klimawandel

□ Eine Broschüre des Umweltbundesamts (UBA) stellt die neuesten Erkenntnisse des Weltklimarates IPCC vor. Verständlich erläutern die Autoren die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, schätzen die zu erwartenden Klimaänderungen ab und beschreiben die Auswirkungen des Klimawandels in verschiedenen Teilen der Welt, darunter auch Deutschland. Die kostenlose 36-seitige Broschüre „Klimaänderung“ ist gut geeignet für Schulen und Bildungseinrichtungen. Sie kann auf der Internetseite des UBA bestellt oder heruntergeladen werden.

▷ www.uba.de/uba-info-medien/dateien/3840

RUZ Reinhausen: BioenergieErlebnis

□ Das Regionale Umweltbildungszentrum (RUZ) im südniedersächsischen Reinhausen hat zusammen mit dem Bioenergiehof Obernjesa das Programm „BioenergieErlebnis“ für alle Schuljahrgänge entwickelt. Es vermittelt Einblicke in wissenschaftliches Arbeiten und Experimentieren mit Bioenergien. Auch Exkursionen zu Biogasanlagen und einem Bioenergieort im Göttinger Land werden angeboten. Schulen können sich beim Umstieg auf alternative Heizsysteme beraten lassen.

▷ www.ruz-reinhausen.landesforsten.de

EUZ Hannover: Klimaschutzprogramm für Ganztagschulen

□ Das Energie- und Umweltzentrum (EUZ) bei Hannover offeriert Ganztagschulen ein umfangreiches Programm mit dem Titel „Schule – nachhaltige Entwicklung – Klimaschutz“ (SnEK). SchülerInnen der Klassen 3 bis 7 können als Ergänzung zum Unterricht zwischen Experimenten, Umfelderkundungen, Schulgeländegestaltungen, Selbstlernprozessen und Simulationsspielen wählen. Einen Teil der Kosten übernehmen Sponsoren.

▷ www.snek.info

Aktion: Das Limit ist 350

□ Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre steigt und steigt. Die Umweltinitiative 350.org will eine Obergrenze von 350 ppm (0,035 Prozent) durchsetzen, weil nur dann der Klimawandel beherrschbar ist – doch wir liegen schon bei 387 ppm! Deshalb sollen Politiker auf der UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen rasche, wirksame Schritte zur CO₂-Minderung beschließen. Um die Öffentlichkeit wach zu rütteln, veranstalteten Umweltinitiativen am 24. Oktober einen globalen Klimaaktionstag. In Deutschland koordinierte Tilman Langner vom Umweltbüro Nord in Stralsund die Aktion.

▷ www.350.org

▷ www.umweltschulen.de/klima/350.html

Buchtipps: Tatort Klimawandel

□ Ein aufziehendes – ein wichtiges Buch: Fast täglich überschlagen sich die Medienberichte, dass unser Klima sich immer schneller verändert. Während die Felder der armen Bauern in Bangladesch versalzen, breiten sich an den Stränden von Sylt die Austern aus. Investmentbanker in London sichten ihre Gelder in „Clean-Tech“-Aktien um, Ölscheichs aus Abu Dhabi investieren in Klimaschutzprojekte. Stilistisch brillant beschreibt Bernhard Pötter in „Tatort Klimawandel“ anhand von 26 Beispielen Täter, Opfer und Profiteure dieser globalen Revolution. Der Autor malt jedoch nicht schwarz-weiß. Profiteure von heute können morgen Verlierer sein – oder Retter? Das Buch ruft dazu auf, den Klimawandel zu personifizieren und noch stärker zu diskutieren. Alle Menschen, so Pötter, haben die gleichen Rechte – aber auch Pflichten und Verantwortung.

- ▷ Pötter, B.: Tatort Klimawandel. Täter, Opfer und Profiteure einer globalen Revolution, oekom, München 2008, 264 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-121-9

Dokumentation:**Klimavorsorge durch Städtepartnerschaften**

□ Die Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit sind in den letzten Jahren zu einem neuen, zentralen Thema in der internationalen Zusammenarbeit geworden. Eine Dokumentation der Tagung „Klimavorsorge und Entwicklungszusammenarbeit durch kommunale und regionale Partnerschaften“ hat jetzt die Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg veröffentlicht. Vorgestellt werden Beispiele und Handlungsoptionen anhand verschiedener Projekte und Initiativen von Kommunen, Kirchengemeinden und ehrenamtlicher Akteure. Der ehemalige UNEP-Direktor Klaus Töpfer schrieb einen Gastbeitrag zum Thema „Unser Planet – ein globales Dorf: Herausforderungen Klimawandel und Armutsbekämpfung“.

- ▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de (Publikationen – Beiträge der Umweltakademie)

Zukunftsreport 2035: Die Erde schlägt zurück

□ Noch weiß niemand, wie der Klimawandel unser Leben verändert. Der „Zukunftsreport 2035“ stellt acht szenische Episoden aus dem Alltag im Deutschland des Jahres 2035 vor: Eine Ärztin kämpft gegen eine geheimnisvolle Krankheit, die durch eine Insekteninvasion ausgelöst wird. Eine Familie verliert bei einem Erdbeben in den Alpen Hab und Gut und wird in ein Flüchtlingslager abtransportiert, in dem bereits viele Kinder ein unwürdiges Leben führen müssen. Jedes Bild dieser düsteren Fiktion wird durch gut aufbereitete harte Fakten und Grafiken erläutert. Zum Glück enthält der Anhang nicht nur ein umfangreiches Glossar, sondern auch ein Klimaschutz-Handbuch mit vielen Beispielen, die zum Handeln auffordern, damit eine solche Zukunft nicht eintritt.

- ▷ Hutter, C.-P.; Goris, E.: Die Erde schlägt zurück. Wie der Klimawandel unser Leben verändert. Szenario 2035, Droemer, München 2009, 264 S., 25,- €, ISBN 978-3-426-27503-0

Münchener Schulprojekte zum Klimaschutz

□ Die Mai-Ausgabe des Rundbriefs vom Netzwerk Umweltbildung hat den Schwerpunkt „Energie fürs 21. Jahrhundert! Projekte zu den Themen Energie, Klima und Mobilität mit Kindern und Jugendlichen“. Vorgestellt wird unter anderem das Viscardi-Gymnasium Fürstenfeldbruck, das Energie- und Umweltbeauftragte in allen 5. bis 10. Klassen eingesetzt hat. Sie erklären die richtige Lüftung und Überprüfung der Raumtemperatur. Die SchülerInnen können Punkte sammeln und damit Kinokarten gewinnen. Eine weitere pfiffige Idee ist die Aktion „Bus mit Füßen“, bei der GrundschülerInnen sich an Bushaltestellen versammeln und dann gemeinsam wie ein Bus zu Fuß in die Schule gehen.

- ▷ www.mobilspiel.de/Oekoprojekt/down.html#netz

Mehr Klimaschutz durch Berufsreformen

□ Das Schweizer WWF-Bildungszentrum begleitet auf nationaler Ebene sämtliche Berufsreformen. Der WWF setzt sich

dafür ein, dass dabei Ressourcennutzung, Energieeffizienz und Biodiversitätsschutz berücksichtigt werden. So brauchen Wirtschaftsinformatiker Kenntnisse über „Green IT“, weil Computer inzwischen genauso viel CO₂-Ausstoß verursachen wie der Flugverkehr. Flugsicherungsangestellte sollen treibstoffsparendes und lärmreduzierendes An- und Abflugverhalten lernen. Vermesser, Kartografen und Geoinformatiker müssen potenzielle Dächer für Solaranlagen und geeignete Standorte für Windräder erkennen sowie mögliche ökologische Ausgleichsflächen für Biotop, Erholungs- oder Naturschutzgebiete sichten können.

- ▷ www.wwf.ch/berufsbildung
▷ www.umwelt-berufe.ch

LehrerWink für gute Klimaschutzideen

□ Die Angebote im Internet mit Informationen und Unterrichtsmaterialien für Lehrer sind kaum noch zu überblicken. Das gilt auch für das Thema Klima. Das Bundesumweltministerium hat in Zusammenarbeit mit dem Zeitbild-Verlag Deutschlands erste „humane Suchmaschine“ entwickelt. Der „LehrerWink“ ist eine Internetseite, auf der Lehrer sich gegenseitig auf interessante Online-Angebote für den Unterricht aufmerksam machen können. Die Winke sind dabei Links zu externen Unterrichtsmaterialien, die kurz vorgestellt und von Lehrern bewertet, kommentiert und weiterempfohlen werden können. Gesucht werden kann nach Fächern, Themengebieten oder Schlagworten.

- ▷ www.klimawink.de

Mehr Jobs bei erneuerbaren Energien trotz Wirtschaftskrise

□ Die Zahl der Stellenangebote im Bereich der erneuerbaren Energien ist im ersten Quartal 2009 gegenüber den Vorjahren weiter gestiegen. So gab es im Vergleich zu 2008 rund ein Viertel mehr offene Stellen. Doch die Dynamik ist in den Bundesländern unterschiedlich: Niedersachsen und

Baden-Württemberg konnten zulegen, Nordrhein-Westfalen nicht. Die Zahlen sind das Ergebnis einer Untersuchung durch den Wissenschaftsladen Bonn und den Bundesverband Erneuerbare Energie. Während die Gesamtwirtschaft in ihrer tiefsten Krise steckt, sei die Branche der Erneuerbaren weiterhin ein verlässlicher Jobmotor in Deutschland, so die Autoren.

▷ www.jobmotor-erneuerbare.de

NEUE MATERIALIEN

Heftausgabe „ZusammenLeben“

In der neuen Ausgabe 3/09 der Zeitschrift *umwelt&bildung* stehen der Klimaschutz, die Natur und das zwischenmenschliche Zusammenleben im Mittelpunkt. Neben einem beeindruckenden Bericht über Eis und Klimawandel in Grönland gibt es Beiträge über Migration und Partizipation, akustische Umweltverschmutzung, Gender und Ernährung sowie Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit.

▷ www.umweltbildung.at

Studie zeigt Defizite in der BNE

Eine ausgezeichnete Analyse zum aktuellen Stand der UN-Dekade BNE hat der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) herausgegeben. „Halbzeit: Kurskorrekturen auf den Lernwegen zu nachhaltiger Entwicklung“ heißt die Broschüre, die die wichtigsten politischen Beschlüsse zur BNE beleuchtet – und einen Abgrund zwischen Anspruch und Wirklichkeit feststellt. Am Ende stehen zehn Empfehlungen für Kurskorrekturen im Bildungssystem.

▷ www.venro.org/publikationen.html

Ausstellungen: Wegweiser Evaluation

Bildungseinrichtungen suchen ständig nach neuen Wegen, um die Besucherzahl zu erhöhen. Ihren Geldgebern und der Po-

litik müssen sie positive Rückmeldungen zur Qualität und nachhaltigen Wirkung ihrer Anstrengungen vorlegen. Der „Wegweiser Evaluation – von der Projektidee zum bleibenden Ausstellungserlebnis“ gibt einen Überblick über die Möglichkeiten, diesen Anforderungen in der täglichen Praxis gerecht zu werden. Das Buch zeigt, wie man schon bei der Planung einer Ausstellung die Qualität verbessern kann und welche Möglichkeiten zur Evaluation es gibt. Vorgestellt werden sowohl neue als auch bekannte Evaluationsinstrumente, außerdem die Ergebnisse einer Onlinebefragung unter Führungskräften und Mitarbeitern aus Einrichtungen der Umweltbildung und Museen.

▷ Pyhel, T. (Hrsg.): *Wegweiser Evaluation. Von der Projektidee zum bleibenden Ausstellungserlebnis*, oekom, München 2009, 245 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86581-115-8. www.oekom.de

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

05.–08.11., Rott/Westerwald (D)

Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche in der Umweltbildung

▷ www.crenatur.de

08.11., Dorsten/Westfalen (D)

Nicht für die Ehre ins Amt. Wie bekommen wir aktive Freiwillige in unsere Organisation? Seminar

▷ www.nrw-neueslernen.de/kalender (unten)

09.–10.11., Erfurt (D)

Neue Wege in der Waldpädagogik

▷ www.sdw.de

10.–11.11., Plankstetten/Oberpfalz (D)

Geld. Jahrestagung des Plankstettener Kreises

▷ Anmeldung: Mattias Kiefer, München, Tel. +49 (0)89 / 2137-12 51, E-Mail: umweltbeauftragter@ordinariat-muenchen.de

12.–13.11., München (D)

Runder Tisch der deutschen UN-Dekade BNE

▷ www.bne-portal.de

19.–21.11., Potsdam (D)

WeltWeitWissen2009. Bildung für unsere Zukunft. Bundesweiter Bildungskongress

▷ www.weltweitwissen2009.org

19.–22.11., Rott/Westerwald (D)

Naturerlebnis-Projekte planen und durchführen

▷ www.crenatur.de

20.11., Berlin (D)

Conference on Education and Climate Change

▷ www.ambberlin.um.dk/de
(Aktuelles – UN-Klimagipfel-Events)

20.–22.11., Bad Herrenalb/Schwarzwald (D)

Endliche Ressourcen – unendliches Wachstum?

▷ www.ev-akademie.de

23.–25.11., Loccum bei Hannover (D)

Bildung für Nachhaltigkeit stärken. Wie geht es in Niedersachsen weiter nach Transfer-21?

▷ www.loccum.de

24.–26.11., Hamburg (D)

Geld. ANU-Bundestagung (siehe S. 38)

▷ www.umweltbildung.de/veranstaltungen

27.11., Berlin (D)

Konsumwende. Eine Motto-Show zur Nachhaltigkeit. Tagung

▷ www.stratum-consult.de

02.12., Krefeld (D)

Globales Lernen und Klimaschutz/Zoopädagogik.

Treffen des AK UmweltpädagogInnen Ruhrgebiet

▷ Anmeldung: Gaby Borg, Zoo Krefeld,
E-Mail: zoofuehrungen@zookrefeld.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de